

Cicero

Nº 05
MAY
2026
€ 12.50
CHF 17.90

Cicero

MAGAZIN FÜR POLITISCHE KULTUR

„WAS FEHLT,
IST EINE
BÜRGERLICHE
ELITE“

Rüdiger Safranski
im Interview

Sprengstoff

Der brisante Prozess um das Nord-Stream-Attentat

Österreich: 12.50 €, Benelux: 12.50 €,
Italien: 12.50 €, Spanien: 12.50 €





SO GEHT
SÄCHSISCH.

MUTTER. VATER. KUNST.

SACHSEN WERDEN MIT KUNST UND KULTUR GROSS.

Von Raffaels „Sixtinischer Madonna“ bis zur zeitgenössischen Leipziger Kunstszene, vom ergreifenden Konzerterlebnis in Semperoper oder Gewandhaus bis zur Vogtländer Instrumentenmanufaktur, vom größten Streetart-Festival bis zu den lebendigen Theatern - die Kunst inspiriert Einheimische, Gäste und Kunstfreunde von morgen. Sachsen ist ein optimaler Nährboden für Kunst, Kreativität und Innovation. Hier findet jeder seine Bühne. Deswegen unterstützt der Freistaat Sachsen auch den Deutschen Pavillon auf der Biennale in Venedig.



www.so-geht-sächsisch.de



SACHSEN

Schockwellen

Am 26. September 2022 kam es zwischen zwei Uhr morgens und dem frühen Abend auf dem Grund der Ostsee nahe der dänischen Insel Bornholm zu vier schweren Explosionen. Sie ließen drei von insgesamt vier Strängen der Nord-Stream-Pipelines bersten – und machten binnen eines Tages eine der wichtigsten Infrastrukturen zur Versorgung Deutschlands mit russischem Gas zunichte. Die Detonationen lösten allerdings auch politische Schockwellen aus. Denn es konnte kein Zweifel daran bestehen, dass die Attentate im Zusammenhang mit Russlands Vollinvasion in der Ukraine verübt worden waren. Über die möglichen Urheber kam es umgehend zu wilden Spekulationen; der damalige Europaabgeordnete und heutige polnische Außenminister Radosław Sikorski, ein altgedienter Nord-Stream-Gegner, postete wenige Tage später ein Luftbild der Schadstelle und schrieb dazu folgende drei Worte: „Thank you, USA.“

Einer der Hauptverdächtigen sitzt inzwischen in einem deutschen Gefängnis, in wenigen Wochen wird gegen ihn vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht Anklage erhoben – wobei der Fall weit über strafrechtliche Fragen hinausgeht. Denn sein Name ist Serhii Kuznetsov: ein ukrainischer Staatsbürger, der das Kommando angeführt haben soll. Doch in wessen Auftrag handelte der tiefgläubige Mann, den seine eigenen Wärter mit James Bond vergleichen? Sollte sich herausstellen, dass der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj höchstpersönlich hinter der Pipeline-Attacke steckt, käme dies einem politischen Erdbeben gleich: Wie

würde die Bundesregierung der Bevölkerung wohl erklären können, warum man die Kyjiwer Regierung mit deutschem Steuergeld alimentiert, wo diese doch Sabotageakte gegen die hiesige Energieversorgung in Auftrag gegeben hat?

Mein Kollege Ulrich Thiele hat viele Monate lang zum Nord-Stream-Fall recherchiert – und dabei zahlreiche brisante Erkenntnisse zutage gefördert, die auch das Berliner Kanzleramt betreffen. Die Titelseite dieser Ausgabe ist das Substrat seiner journalistischen Tiefenbohrung: Sprengstoff zum Nachlesen. Oder um einen früheren deutschen Innenminister zu paraphrasieren: Teile der Antwort auf die Frage nach den Pipeline-Drahtziehern könnten die Bevölkerung verunsichern.



Mit besten Grüßen

**ALEXANDER
MARGUIER**
Chefredakteur

DIE NÄCHSTE CICERO-AUSGABE ERSCHEINT AM 29. MAI.

Inhalt



TITELTHEMA

14

Auf der Anklagebank: die Ukraine


Der bevorstehende Prozess gegen einen Koordinator des Nord-Stream-Anschlags führt hinein in eine verdeckte Operation ukrainischer Netzwerke, in die Schattenwelt der CIA – und in das Machtzentrum der deutschen Politik

Von ULRICH THIELE

Cicero einfach
 online weiterlesen
 für nur 9,80 €



Online-Artikel
 zum Hören

- Alle Artikel auf cicero.de frei zugänglich
 - Cicero als E-paper und via App
 - Monatlich mit 7 Tagen Frist kündbar
 -  Jeden Monat drei Cicero-Plus-Artikel verschenken
- cicero.de/cicero-plus-info

Cicero
 MAGAZIN FÜR POLITISCHE KULTUR





BERLINER REPUBLIK

26 „Die Konservativen bleiben intellektuell eingeschüchtert“
Der Autor Rüdiger Safranski im Interview über Friedrich Merz, die Brandmauer und eine bürgerliche Elite
Von CLEMENS TRAUB

32 Die Unaufgeregte
Sie hat als Referentin im Justizministerium angefangen. Jetzt ist Stefanie Hubig die Chefin des Hauses
Von MIA KILIAN

34 Mehr Profil wagen
Die FDP brauche endlich eine Richtungsentscheidung, meint Martin Hagen. Er soll Generalsekretär werden
Von VOLKER RESING

36 Die Therapie passt nicht zur Diagnose
Eine große Steuerreform soll das Land auf Wachstumskurs bringen. Doch dazu müssen die Kosten runter
Von MATHIAS BRODKORB

43 Landauf, landab
Feministin mit Goldhaube
Von SOPHIE VON MALTZAHN

44 Ohne Worte keine Welt
Ein großer Irrtum der digitalen Welt ist die Verachtung der Sprache
Von FRANK A. MEYER



WELTBÜHNE

46 Im Land der Verschwundenen
Seit Jahrzehnten gehört die organisierte Kriminalität in Mexiko zu den größten Wirtschaftszweigen. Kann dort eine Fußball-WM stattfinden?
Von RONNY BLASCHKE

58 Das mysteriöse Mädchen
Die Teenagerin Kim Ju-ae gilt als wahrscheinlichste Nachfolgerin auf Nordkoreas Diktator Kim Jong-un
Von FELIX LILL

60 Der Kreuzritter
Ex-Soldat Pete Hegseth führt als Kriegsminister den größten amerikanischen Militäreinsatz seit Jahrzehnten
Von LISA DAVIDSON

62 „Da wurde mir klar, dass wir ein Todesurteil unterschrieben haben“
Hunderte Kenianer haben gefälschte Angebote für Jobs in Russland angenommen – und landeten an der Front in der Ukraine
Von VERONIKA WETZEL



KAPITAL

68 Schon da, aber noch nicht angekommen?
Machen Migranten wirklich nur Friseur- und Dönerläden auf? Oder werden sie zum Pfeiler des deutschen Unternehmertums?
Von ILGIN SEREN EUISEN

77 Wohin mit Ihrem Geld?
Aufgrund der riesigen Sonderschulden-Pakete wird der Staat für Anleger immer mehr zum Risiko
Von DANIEL STELTER

78 Der Aussteiger
OpenClaw-Gründer Peter Steinberger ist aufgrund der EU-Regulierungswut in die USA geflohen
Von CARSTEN KORFMACHER

80 Der Pate der Prignitz
Großhotelier Jan Lange kauft sich Stück für Stück seinen eigenen Landkreis
Von BENJAMIN LASSIWE

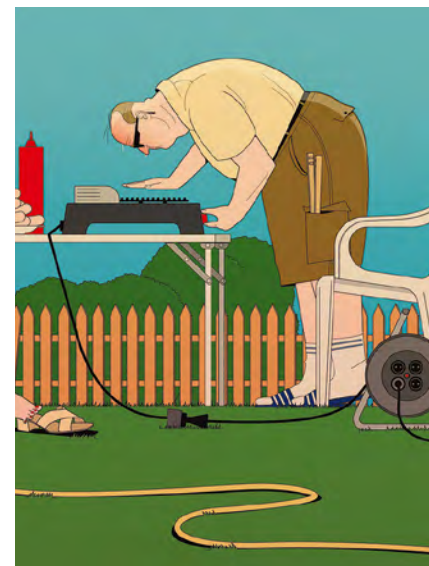
82 Auf alten Irrwegen
Weil die deutsche Politik die Fehler der Vergangenheit wiederholt, droht schon bald die nächste Energiekrise
Von STEFAN LIEBING

36



62

82



Illustrationen: Marie Wolf, Matthias Seifarth/Z Agenten; Foto: Alfredo Bosco



SALON

90 Der Förderer der Form

Brauchen wir einen
Kulturstaatsminister?

Von RALF HANSELLE

100 Fisch sucht Verrat

Yuki Chizui revolutioniert
die japanische Küche

Von FELIX LILL

102 Geschichten aus dem Pfälzerwald

Jan-Christoph Gockel
liebt großes Theater

Von BJÖRN HAYER

104 Die Prediger des Präsidenten

Auf welchen Ideologien fußt
die Maga-Bewegung?

Von SEBASTIAN MOLL

110 Kulturkampf mit doppelten Maßstäben

Die Fälle Collien Fernandes
und Buchhandlungspreis
zeigen das unfaire Spiel der
linken Meinungswächter

Von BERND STEGEMANN

112 Literaturen

Mit Büchern von Jonathan
Haidt, Thomas Hettche, Michael
Wolffsohn und Georg Cremer

117 Brodkorb liest

Aktuelle Sachbücher

Von MATHIAS BRODKORB

118 Das politische Buch

„Theorie des kommunikativen
Handelns“ von Jürgen Habermas

Von CARSTEN BROSDA

119 Der Flaneur

Das Glück,
angekommen zu sein

Von STEFAN AUS DEM SIEPEN

120 Die letzten 24 Stunden

Eine letzte Komposition:
fetzig, fröhlich, was mit Beat

Von LEVI.SCT



CICERO STANDARDS

3 ATTICUS

Von ALEXANDER MARGUIER

8 STADTGESPRÄCH

10 FORUM

12 IMPRESSUM

122 POSTSCRIPTUM

Von RALF HANSELLE



Zum Titelbild

Die Ereignisse des 26. September 2022 liegen noch immer im Dunkeln. Die Sprengung der Nord-Stream-Pipeline vor der dänischen Insel Bornholm wirkt auf die Öffentlichkeit ähnlich mysteriös wie das düstere Titelbild, das der 1985 in Saarbrücken geborene Illustrator Simon Prades für unsere Mai-Ausgabe gestaltet hat: Ein Taucher, eine Pipeline, ein Segelschiff. Im Hintergrund zwei Gesichter im Zwielficht. Unweigerlich beginnt unser Gehirn, Sinnzusammenhänge zu konstruieren. Doch wie war es wirklich? Die wahren Begebenheiten lesen Sie in unserer Titelgeschichte.





Berliner Sparpakete: Wer als Tourist den Hauptstadtmüll wegräumt, bekommt einen Bonus. Gleichzeitig kostet es viel Geld, das Licht abzuschalten.

Visit Berlin

Saustall, aber billig



Berlin ist ein Touristenmagnet. Doch an alte Rekordwerte vor der Pandemie reichen die Zahlen der deutschen Hauptstadt noch nicht wieder heran. Wie lässt sich das ändern? An der Spree will die Tourismusagentur Visit Berlin nun die Not zur Tugend machen. Gäste sollen am Schmutz der Stadt verdienen können. Wer als Besucher Berlins Müll aufräumt und die Gewässer sauber hält, kriegt einen Rabatt fürs Sightseeing. Was verrückt klingt, hält man in Berlin schnell für genial. Es erinnert an den alten Slogan „Arm, aber sexy“, jetzt modifiziert nach dem Motto: „Saustall, aber billig“. Die Hauptstädter erklären ihr Defizit zum Vorteil: „Es stinkt, mach was draus!“ Wahrscheinlich muss man in den Berliner Hotels auch bald sein Bad selbst putzen und bekommt dafür ein Frühstücksei gratis. *vr*

Falsches Straßenschild

Das „t“ des Philosophen

Berlin kehrt zur regelbasierten Ordnung zurück. Das mag in den Ohren von Multilateralisten zunächst großartig klingen, führt im trivialen Alltag aber zu merkwürdigen Stilblüten. Dabei mag die Einhaltung grundlegender Regeln zunächst ja nachvollziehbar erscheinen: Nach „l, m, n, r“, das merke ja, steht nie „tz“ und nie „ck“, wäre etwa so eine grundlegende Regel. Kompliziert wird es aber schon bei jener Order, nach der man nach kurzem Vokal stets „tz“ und niemals „z“ schreiben soll. Denn was wäre dann zum Beispiel mit der Charlottenburger Leibnizstraße? Muss die nicht regelkonform in Leibnitzstraße umbenannt werden? Eben! Kurz entschlossen und normenfixiert machte man sich also daran, ein Straßenschild mit „t“ vor dem „z“ aufzustellen. Regel ist eben Regel. *han*



Blockade gegen Rheinmetall

Ankleben ist wieder in



Die Klimakleber der „Letzten Generation“ schienen angesichts so vieler dramatischer Nachrichten in der Zwischenzeit schon fast vergessen. Nun haben sie – oder Nachahmer – ein neues Einsatzgebiet für ihre hochinnovative Methode gefunden: die Munitionsfabrik von Rheinmetall in Berlin-Gesundbrunnen. Nachdem zuvor eine Handvoll Protestierer mit Palästinaflagge auf deren Dach geklettert waren, haben sich ein paar Tage danach vorm Eingang junge Palästinaflagge mit der bewährten Kleber-Sand-Mischung die Hände auf die Straße geklebt. Die Polizei war so freundlich, sie mit ebenso bewährten Meißeln, Pinseln und Lösungsmitteln zu befreien. Einfach mal ein paar Stunden kleben lassen, wäre vielleicht pädagogisch wirkungsvoller. *fk*

Millionenteures Sparpaket Dunkle Autobahn



Sparen kann ganz schön teuer sein. Zum Beispiel beim Abschalten der Straßenbeleuchtung an der Berliner Stadtautobahn A100: eine Aktion, mit der der Bund weniger Geld ausgeben und Energie verbrauchen will. Klingt so weit plausibel. Zunächst jedoch verursacht die Umstellung Millionenkosten. Einem Bericht des *Tagesspiegel* zufolge hat der Bund insgesamt 8,1 Millionen Euro unter dem Titel „Maßnahmen zur Abschaltung der Beleuchtung auf den Bundesautobahnen im Stadtgebiet Berlin“ im Haushalt eingeplant. Demnach waren bereits für das vergangene Jahr in diesem Zusammenhang 2,3 Millionen Euro bewilligt worden; 2026 sind 1,9 Millionen Euro veranschlagt, im nächsten Jahr beläuft sich der entsprechende Betrag auf 3,7 Millionen Euro. Aber warum ist es eigentlich so kostenaufwendig, die Beleuchtung der Autobahn abzuschalten? Insgesamt 1,1 Millionen Euro entfallen auf die Deaktivierung selbst, die restlichen 7 Millionen Euro gehen drauf für die Erneuerung von Fahrbahnbelägen sowie die Verbesserung der Sichtbarkeit der Fahrbahnmarkierungen. Die Berliner Senatsverkehrsverwaltung war in das „Sparpaket“ übrigens nicht eingeweiht, nachdem die Autobahn GmbH bereits Anfang 2025 eigenmächtig mit dem Abschalten der ersten Laternen begonnen hatte. Der Konflikt ist inzwischen so eskaliert, dass ein vorübergehender Stopp der Maßnahme verhängt wurde. Es bleibe Licht! *ci*

Wahlkampf als Therapie Kranke Politik?

Im politischen Berlin ist mal wieder die Hölle los. Der Grund diesmal: SPD-Politikerin Uta Francisco Dos Santos wollte Bezirksbürgermeisterin in Berlin-Mitte werden – ist aber als Angestellte im öffentlichen Dienst seit fast zwei Jahren krankgeschrieben. Gearbeitet hat sie laut *Bild* als „Gremienreferentin“ in der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen, Gehaltsstufe E15, also bis zu 7641 Euro monatlich. Die SPD-Frau führt zu ihrer Verteidigung ins Feld, dass sie nach einer längeren Krankschreibung aufgrund eines Sportunfalls wieder zurück zur Arbeit kehren wollte, ihre Behörde ihr dies aber verweigerte. Sie sei freigestellt worden, was zu einer psychischen Erkrankung geführt habe – und ihr Wahlkampf sei, ärztlich attestiert, Teil ihrer Genesung. Dabei macht es das noch schlimmer: Denn Demokraten sollten Bürger nicht zu funktionalen Bestandteilen ihres Gesundungsprozesses (und damit zu Co-Abhängigen) machen. Aber vielleicht sollten wir das alles nicht so eng sehen. Denn eigentlich spendet diese Geschichte doch Hoffnung. Die Hoffnung nämlich, dass sich der eine oder andere Bundespolitiker ein Beispiel an Frau Dos Santos nimmt. Wer krank ist, kann keine Schäden anrichten. Und was wäre uns alles erspart geblieben, wenn sich Merz, Klingbeil und Co. öfter mal, gerne auch länger, einen gelben Schein abgeholt hätten? *cko*



Überraschende Selbstkritik Schröter und Kahane



Es gibt eine Krankheit im politischen Berlin, die sich am Rednerpult im Bundestag genauso zeigt wie auch im Hinterzimmer bei Pasta und Grauburgunder. Es ist das Virus der Langeweile. Alles, was gesagt und geredet wird, ist in vielen Fällen erwartbar. Ob im Interview oder in der Talkshow, die meisten Bewohner der Hauptstadtblase verhalten sich rollenkonform, dafür sind sie gewählt oder gecastet worden, darauf beruhen auch etliche Geschäftsmodelle. Selten sind also die überraschenden Momente. Meist gelingen solche Séancen des Erkenntnisgewinns im geschützten Raum. Doch neulich passierte es sogar vor laufender Kamera. Die Denkfabrik Republik 21 hatte zu einer Tagung zum Thema Meinungsfreiheit eingeladen. Auf dem Eröffnungspodium saß unter anderen die Gründerin der linken Amadeu Antonio Stiftung, Anetta Kahane. Die einstige Stasi-IM kritisierte dort ausgerechnet die vielfältigen „Meldestellen“ ihrer eigenen, höchst umstrittenen Organisation: Das sei keine gute Idee gewesen. Noch überraschender wurde es, als sie auf die Islamwissenschaftlerin Susanne Schröter reagierte. Diese hatte für den universitären Raum beklagt: „Wer nicht gendert, wird als rechtsradikal abgestempelt.“ Kahane darauf: „Ich stimme Ihnen vollkommen zu, was da passiert, ist absurd.“ Es gibt also Heilungschancen. Die Langeweile kann bekämpft werden, wenn man sich nur traut. *vr*

Forum

Post zur KI, zur SPD und zu Russland.

„Epochenbruch“ von Carsten Korfmacher, April 2026

Wie gewonnen, so zerronnen

Wir stehen noch ganz am Anfang, die eigentliche Welle der Veränderung kommt noch. Was dieses Mal anders sein könnte als bei vorherigen industriellen Revolutionen ist die Tatsache, dass die neuen Jobs, die die KI schafft, auch bald durch KI ersetzt werden könnten. Dann braucht man irgendwann nur noch Leute für manuelle Tätigkeiten und für komplexe Koordinations- und Führungsaufgaben.

Nils Tarnow, per E-Mail

Mehr Demokratisierung?

Carsten Korfmacher stellt in seinem Essay die entscheidenden Fragen – nach dem technologischen Potenzial von Künstlicher Intelligenz, nach den möglichen ökonomischen Kettenreaktionen und wie die Menschen darauf reagieren (würden).

Trotz aller Euphorie, die auf Korfmachers Grundvertrauen in die menschliche Kreativität basiert, ist er natürlich nicht in der Lage, die Fragen auch nur annähernd zufriedenstellend zu beantworten. Er argumentiert vorsichtiger als marxistisch geprägte Philosophen und Historiker, deren Vorstellungen von der Entwicklung ökonomischer

Systeme deterministischen Charakter hatten.

Dass alle bisherigen bahnbrechenden Erfindungen und neuen Technologien sowohl eine friktionelle Arbeitslosigkeit, aber auch das Entstehen vollkommen neuer Berufsbilder nach sich zogen, ist unbestreitbar. Entscheidend ist darüber hinaus, ob KI zur Demokratisierung der Gesellschaften beiträgt. Weniger Spezialistentum und Rückkehr zum Generalistentum sieht Korfmacher als große Chance an.

Eine Chance also gerade für mehr Teilhabe bildungsferner Schichten? Das Internet – so glaubten viele – trüge zu mehr

Chancengleichheit und Demokratisierung der Gesellschaften bei. Ein zweischneidiges Schwert, wie die bisherigen Erfahrungen lehren. Beispiele für dessen Nutzen und Missbrauch lassen sich zuhauf finden. Dabei spielen mächtige IT-Konzerne eine nicht unwesentliche Rolle.

Ulrich Krause, Travemünde

Andere Sozialisation

Ohne nähere Begründung unterstellt der Autor, dass Menschen „weiterhin Erfinder, Erschaffer, Innovatoren et cetera“ bleiben. Diese Eigenschaften werden bisher in den ersten Lebensjahren auf unterschiedlichem Niveau aktiv erlernt.

Was, wenn sich ab 2035 die Grundlagen der „Sozialisation“ über Spielen, Schule (dann mit Internetplattformen statt Fachbüchern) samt Elternhaus, Ausbildung et cetera durch immer raffiniertere „Internetspiele“ und ähnliche Ablenkungen dank „KI“ noch weiter massiv verändern? Erleben eventuell nur noch 20 Prozent eines Jahrgangs die „klassische Jugendzeit“ mit Neugierde und eigenem aktiven Denkeinsatz?

3 × CICERO MIT TASCHE SICHERN.



**3 AUSGABEN
FÜR ZURZEIT 26 €**
33% GÜNSTIGER
ALS IM
EINZELVERKAUF

Jetzt 3 Ausgaben Cicero bestellen:

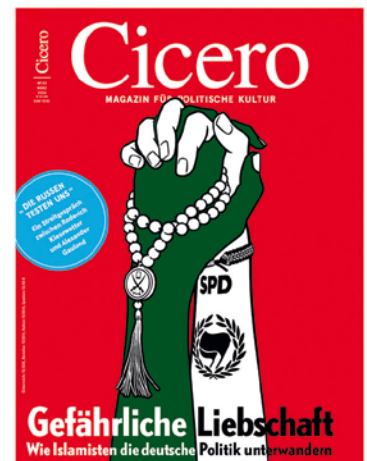
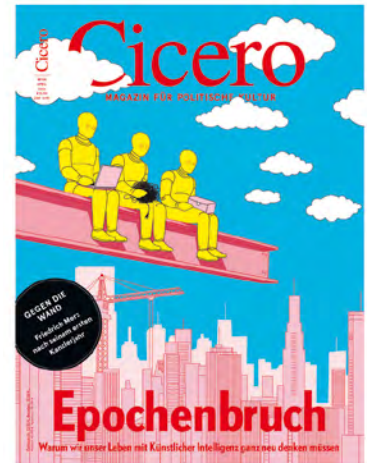
CICERO.DE/3AUSGABEN

TEL: 03861-5339 703

3 Ausgaben für zurzeit nur 26 € – ggf. zzgl. 1,- € Zuzahlung (inkl. MwSt. und Versand). Es besteht ein 14-tägiges Widerrufsrecht. Zahlungsziel: 14 Tage nach Rechnungserhalt. Als leistender Unternehmer und Anbieter übernimmt die Res Publica Verlags GmbH die Betreuung und Abrechnung des Abonnements.

Cicero

MAGAZIN FÜR POLITISCHE KULTUR



EINFACH
SCANNEN UND
BESTELLEN:



Gleich bestellen
und sparen:

cicero.de/3ausgaben

HERAUSGEBER

Alexander Marguier, Dr. Dirk Notheis

CHEFREDAKTEUR

Alexander Marguier

STELLVERTRETER DES CHEFREDAKTEURS

Ralf Hanselle

CHEFIN VOM DIENST

Kerstin Schröder

REDAKTION

Ralf Hanselle (Salon), Ferdinand Knauß (Literaturen),

Carsten Korfmacher (Kapital),

Volker Resing (Berliner Republik),

Ben Krischke (Leitung Cicero Digital),

Ingo Way (Chef vom Dienst Cicero Online),

Clemens Traub (Redakteur),

Ulrich Thiele (Investigativ)

ART-DIREKTION (PRINT)

Viola Schmieskors (fr)

BILDREDAKTION

Antje Berghäuser (fr)

PRODUKTION

Jeff Harwell (fr)

VERLAG**GESCHÄFTSFÜHRUNG**

Alexander Marguier

VERLAGSLEITUNG

Martin Stedler

LEITUNG CORPORATE PUBLISHING

Julia Marguier

LEITUNG REDAKTIONSMARKETING

Janne Schumacher

OFFICE MANAGERIN

Jennifer Stuewe

ONLINE-MARKETING

Mario Cruz

HERSTELLUNG/VERTRIEB

Erwin Böck

ART-DIREKTION

Dominik Herrmann

VERTRIEB

DMV Der Medienvertrieb GmbH & Co. KG

Meßberg 1

20086 Hamburg

ABONNEMENT / LESERSERVICE

MEXO

Cicero Leserservice

Postfach 1154

23600 Bad Schwartau

Tel.: +49 3861-5339 703

cicero@medienexpert.com

www.shop.cicero.de

DRUCK

Westermann DRUCK | pva,

Georg-Westermann-Allee 66

38104 Braunschweig

Gedruckt auf Steinbeis Silk Papier,

Umweltzeichen: EU Ecolabel und blauer Engel

LITHO

respub@modus-media.de

ANZEIGENVERKAUF

EV Media GmbH

Rungestraße 6

D-10179 Berlin

Telefon + 49-151-11701170

Internet: www.ev-media.com

Armin Roth

Geschäftsführer

Armin.roth@ev-media.com

Christian Strobl

Anzeigenleiter / Brandmanager

christian.strobl@ev-media.com

Lisa Tippelt

Head of Advertising

lisa.tippelt@ev-media.com

Julian Barg

Sales Manager

julian.barg@ev-media.com

Marcello Picasso

Sales Italy

direzione@picassomediacons.com

Tel: +39 335 785 4008

ANZEIGENVERKAUF BUCHMARKT

PremiumContentMedia

Thomas Laschinski

advertisebooks@laschinski.com

VERKAUFTE AUFLAGE 52.625 (IVW Q4/2025)**REICHWEITE 548 000 Leser (AWA 2025)****CICERO ERSCHEINT IN DER****RES PUBLICA VERLAGS GMBH**

Fasanenstraße 7-8, 10623 Berlin

www.respublicaverlag.com

REDAKTION Tel.: +49 (0) 30 981 941-200, Fax: -199**VERLAG** Tel.: +49 (0) 30 981 941-100, Fax: -199

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Aufnahme in

Onlinedienste und Internet und die Vervielfältigung

auf Datenträgern wie CD-ROM, DVD-ROM etc. nur

nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Verlags.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder

übernimmt der Verlag keine Haftung.

Copyright © 2026, Res Publica Verlags GmbH

V.i.S.d.P.: Alexander Marguier

Printed in Germany

**AWA****SERVICE****LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,**

haben Sie Fragen zu Ihrem Abonnement? Ihr Cicero-Leserservice hilft Ihnen gerne weiter. Sie erreichen uns werktags von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr.

ABONNEMENT UND NACHBESTELLUNGEN

Cicero-Leserservice

23600 Bad Schwartau

TELEFON +49 3861 5339 703

E-MAIL cicero@medienexpert.com

ONLINE www.shop.cicero.de

ANREGUNGEN UND LESERBRIEFE

Cicero-Leserbriefe

Fasanenstraße 7-8

10623 Berlin

E-MAIL info@cicero.de

Einsender von Manuskripten, Briefen

o. Ä. erklären sich mit der redaktionellen

Bearbeitung einverstanden.

Abopreise inkl. gesetzlicher MwSt.

und Versand im Inland, Auslandspreise

auf Anfrage. Der Export und Vertrieb

von Cicero im Ausland sowie das Führen

von Cicero in Leserkreisen ist nur mit

Genehmigung des Verlags statthaft.

**EINZELPREIS**

D: 12,50 €, A: 12,50 €, CH: 17,90 CHF

JAHRESABONNEMENT (ZWÖLF AUSGABEN)

D: 150,- €, A: 150,- €, CH: 201,60 CHF

Schüler, Studierende, Wehr- und Zivildienst-

leistende gegen Vorlage einer entsprechenden

Bescheinigung in D: 90,- €, A: 90,- €, CH: 120,- CHF



Cicero erhalten Sie im gut sortierten Presse Einzelhandel sowie in Pressegeschäften an Bahnhöfen und Flughäfen. Falls Sie Cicero bei Ihrem Pressehändler nicht erhalten sollten, bitten Sie ihn, Cicero bei seinem Großhändler nachzubestellen. Cicero ist dann in der Regel am Folgetag erhältlich.



Zusätzlich bietet Ihnen MYKIOSK.com Verkaufsstellen in Ihrer Nähe an.

Wenn auf Dauer letztlich immer mehr Menschen politisch (und auch wissenschaftlich) „entmündigt“ und manipulierbar werden, weil sie komplexe Probleme inhaltlich nicht mehr verstehen, geschweige denn selbst aktiv bearbeiten können, folgt Orwells „1984“ rund 50 Jahre verspätet.

Prof. emer. Dr. W. Ströbele, Travemünde

Handwerk bleibt

Der Autor greift ein wichtiges Zukunftsthema auf und zitiert KI-Experten. Wie immer ist die Vorhersage der Zukunft mit vielen Fragezeichen behaftet. Jedoch werden meines Erachtens Handwerksberufe (Elektriker, Klempner, Installateure allgemein, Maler ...) ihre Bedeutung auch im KI-Zeitalter nicht verlieren. Die Zahl der hier Beschäftigten nimmt ja seit Jahren ab, und diese Arbeitskräfte werden immer gefragter.

Die Bildungspolitik geht dagegen in die völlig andere Richtung: enorme Zunahme von Schülern in Gymnasien und Studenten in Hochschulen bei ständig sinkendem Bildungsniveau. Wann wachen die Verantwortlichen endlich auf? Abgesehen von den meisten MINT-Fächern wird sich durch KI die Nachfrage nach vielen Hochschulabsolventen drastisch verringern.

Im Behördensektor könnte man jetzt schon drastisch Stellen einsparen. Doch man macht stattdessen das Gegenteil. Ich nehme an, dass der Staat sich am längsten gegen KI in diesem Bereich wehren wird, er muss ja nicht effektiv arbeiten und kann sich immer mehr verschulden.

Dr. Matthias Posselt, Radebeul

Das Ende ist offen

Der Autor hat recht: Verteufeln und Verstecken sind ganz schlechte Strategien. Dennoch bin ich nicht so optimistisch wie Korfmacher

in seinem Artikel – das Thema ist komplexer und unentschiedener.

Wir müssen uns fragen, wie sich Kreativität verändert, wenn KI kreativer wird und das Musikstück schon fertig hat, noch bevor ich überhaupt anfangen kann. Das verändert auch mich als Menschen.

Markus Michaelis, per E-Mail

„Genosse ganz unten“ von Frank A. Meyer, April 2026

Mehr Praxiswissen

Die Analyse von Frank A. Meyer geht in die richtige Richtung. Schließlich lautet die wichtigste Diagnose für die leider ziemlich selbst verschuldete und mittlerweile existenzbedrohliche Ausmaße angenommene Krise der SPD, dass es vor allem die Partei gewesen ist, die mit ihrer Art eines scheinbar abgehobenen Auftretens und einer Politik von immer höheren (Sozial-) Abgaben die einfachen Menschen zuerst verlassen hat und nicht umgekehrt. Wobei die hochpeinliche Aussage im Landtagswahlkampf von Baden-Württemberg mit der Entenpastete lediglich den berühmten Tropfen auf den heißen Stein bedeutet, da es schon sehr viel über verkrustete Parteistrukturen aussagt, wenn man für eine solche Wahl einen Spitzenkandidaten aufstellt, der bereits schon einmal bei der vorherigen krachend an dieser Aufgabe gescheitert ist.

Deshalb hilft der einstmalen stolzen Sozialdemokratie neben einer besseren beziehungsweise überhaupt vorhandenen Fehlerkultur nur deutlich mehr frischer Wind in den eigenen Spitzenpositionen aus der Misere, für den es in der Tat ein guter Anfang wäre, über eine Arbeiter- oder Werkstättenquote nachzudenken, bei der man mindestens drei Jahre Berufserfahrung in der freien Wirtschaft nachweisen muss, da gerade enorme Herausforderungen für den Arbeitsmarkt, wie etwa



durch die Künstliche Intelligenz, mehr denn je echtes Praxiswissen erfordern und nicht wie in einem akademischen Proseminar erfolgreich zu bewältigen sind!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

„Einladung zur Eskalation“ von Roland Wöllner, April 2026

Mangelnde Entschlossenheit

Ich schätze Kiesewetter als sachkundig und klug ein, dennoch glaube ich nicht – wie er – an eine reale Angriffsgefahr durch Putins Truppen. Meiner Ansicht nach beweist die Tatsache, dass Putin es in vier Jahren Krieg nicht geschafft hat, die Ukraine zu erobern (er kontrolliert ca. 20 Prozent des Landes), seine militärische Schwäche. Er muss sich auf einen Abnutzungskrieg einlassen, den er nicht gewinnt, solange die Ukraine durch den Westen unterstützt wird.

Das Beispiel Vietnam zeigt, dass man einen Krieg allein mit Luftangriffen nicht gewinnen kann. Putin sollte auch mal an Russlands Pleite in Afghanistan denken.

Von zentraler Wichtigkeit sind die Geschlossenheit und Entschlossenheit des Westens, die leider durch Trumps irrationale Politik, aber auch durch die German Angst gefährdet ist (siehe Taurus). Sollten die USA der Ukraine tatsächlich die Unterstützung bei der Luftabwehr entziehen, könnten die Europäer die Lücke nicht schließen und Putin würde gewinnen – aber nicht aus eigener Kraft, sondern wegen der Schwäche der Nato.

Das Problem liegt nicht in Russlands Stärke, sondern in der mangelnden Entschlossenheit des Westens, ihm ernsthaft Paroli zu bieten.

Claus Priesner, München

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Wünsche, Anregungen und Meinungsäußerungen senden Sie bitte an redaktion@cicero.de



NORD STREAM 2

TITEL

Auf der Anklagebank:

Von
ULRICH THIELE

Illustrationen
JAN FEINDT

Ein Koordinator
des Nord-Stream-
Anschlags sitzt
in Hamburg in
Untersuchungshaft.
Der kommende
Prozess gegen ihn
führt tief hinein
in eine verdeckte
Operation
ukrainischer
Netzwerke, in die
Schattenwelt der
CIA – und in das
Machtzentrum der
deutschen Politik.

die Ukraine

Die Ferienanlage liegt in Stille, als die Carabinieri im Morgengrauen anrücken. Schnell ist das Areal umstellt. Schatten zwischen den Bungalows, Schritte auf Kies. Ein SUV mit ukrainischem Kennzeichen vor der Tür. Hier sind sie richtig. Ein Schlag gegen die Tür, kurz, hart. Rufe. Sekunden später flackert Licht auf. Ein Mann taucht im Türrahmen auf, nur in Unterhose, halb verschlafen. Serhii Kuznetsov.

Er ist nicht auf der Flucht. Er ist im Urlaub, mit Frau und Kindern. August 2025, San Clemente bei Rimini, wenige Kilometer von der italienischen Adriaküste entfernt. Hier wollte der 49-Jährige ein paar Tage abschalten.

Stattdessen klicken Handschellen. Der Generalbundesanwalt in Deutschland hat einen europäischen Haftbefehl gegen ihn erlassen. Als Kuznetsov in San Clemente mit seinem echten Pass eincheckte, meldete Interpol sofort Alarm. Er braucht die Erklärungen der Beamten nicht. Deutschland. Auslieferung. Nord Stream. Ihm drohen 15 Jahre. Er leistet keinen Widerstand.

Bis das Berufungsgericht in Rimini den europäischen Haftbefehl geprüft hat, landet er im Hochsicherheitstrakt. Die Zelle teilt er sich mit Islamisten. Sie rauchen Kette, beten lautstark, gucken italienisches Fernsehen. Und mittendrin Kuznetsov, Nichtraucher, Gesundheitsfanatiker, tiefgläubiger Christ. Die Wärter nennen ihn den „ukrainischen James Bond“. Aus der ukrainischen Diaspora in Italien bekommt er Solidaritätsbriefe, Kinder schicken ihm selbst gemalte Bilder. Seinem Rechtsanwalt sagt er: „Ich kann Ihnen nicht sagen, was ich getan habe – aber was ich getan habe, habe ich auf Befehl getan.“

Acht Monate später sitzt Serhii Kuznetsov in Hamburg in Untersuchungshaft. In wenigen Wochen soll Anklage erhoben werden. Dann beginnt vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht ein Prozess, der weit über strafrechtliche Fragen hinausgeht. Die Bundesanwaltschaft wirft ihm vor, den wohl spektakulärsten Sabotageakt der jüngeren europäischen Geschichte koordiniert zu haben.

Am 26. September 2022 explodierten bei Bornholm drei von vier Röhren der umstrittenen Nord-Stream-Pipelines, durch die jahrelang russisches Gas nach Deutschland floss. Die Bilder der Methangasblasen an der Meeresoberfläche gingen um die Welt. Russland beschuldigte den Westen. Der Westen beschuldigte Russland. Die Journalistenlegende Seymour Hersh behauptete, die USA hätten den Befehl gegeben. Inzwischen ist klar: Die Täter sind Ukrainer. Fünf Männer und eine Frau charterten in Rostock-Warnemünde eine Segeljacht, um in 80 Metern Tiefe Sprengladungen an den Ostseepipelines zu befestigen. Einer von

ihnen, der Koordinator des Kommandos, war Serhii Kuznetsov: geboren im russischen Omsk, ukrainischer Staatsbürger und Patriot.

In Hamburg wird mehr verhandelt als die Schuld eines Angeklagten. Im Januar 2026 veröffentlichte der Bundesgerichtshof einen Beschluss, in dem die Sabotage als „höchstwahrscheinlich in fremdstaatlichem Auftrag“ eingeordnet wird. Welcher Staat gemeint ist, steht dort nicht ausdrücklich. Doch aus dem Zusammenhang ist alles klar: die Ukraine. Wenn der Prozess beginnt, sitzt Kuznetsov nicht allein auf der Anklagebank. Mit angeklagt ist, zumindest politisch, ein Land, das seit Jahren um sein Überleben kämpft. Futter für all jene, die von einer unzuverlässigen Ukraine sprechen, die Gebietsabtretungen an Russland fordern und die deutsche Unterstützung am liebsten auf ein Minimum begrenzen würden.

Wer verstehen will, wie es so weit kam, muss zurück auf die Ostsee.

September 2022. Ein ukrainischer Skipper lenkt die Andromeda aus dem Hafen Hohe Düne. Die Segeljacht vom Typ Bavaria Cruiser 50 hat ihre besten Jahre hinter sich. Der Lack ist stumpf, der Motor rattert träge. Erster Zwischenstopp ist Wiek auf Rügen. Dorthin bringt ein Fahrer eines polnischen Transportdienstes den Rest der Crew in einem weißen Citroën-Transporter, darunter Kuznetsov. In Lietzow wird der Wagen geblitzt. Das Foto werden deutsche Ermittler später sichern. Auf dem Beifahrersitz: einer der Taucher.

Der Hafen in Wiek ist klein, Zeugen gibt es kaum. Der Transporter kann nah an den Liegeplatz der Andromeda fahren. An Bord kommen Taschen, Ausrüstung, Verpflegung – und die als Druckflaschen

Ein ukrainischer Skipper lenkt die Andromeda aus dem Hafen, die Segeljacht hat ihre besten Jahre hinter sich



getarnten Bomben, die die Gruppe „Geschenke“ nennt. Kuznetsov hat Prepaid-Handys dabei. Nach fast jedem Telefonat wechselt er das Gerät. So hält er Kontakt zu dem Mann in der Ukraine, der die Operation aus dem Hintergrund führt.

Dann sticht die Andromeda in See. Kuznetsov, der Skipper, ein Sprengmeister mit militärischem Hintergrund, zwei zivile Taucher und eine Taucherin aus dem Umfeld einer Kyjiwer Tauchschule. Keine Uniformen, keine Rangabzeichen, keine martialische Pose.

Die Hauptsaison ist vorbei, auf der Ostsee sind nur wenige Schiffe unterwegs. Tagelang sucht die Crew mit einem Sonar nach den Röhren der beiden Doppel-Pipelines. Die Ladungen sollen in einer Tiefe angebracht werden, in der eine Reparatur besonders schwierig wäre. Das klingt in der Theorie nüchtern. In der Praxis bedeutet es: 80 Meter Tiefe, Dunkelheit, Kälte, Druck, schlechte Sicht, wenig Zeit.

Doch die Ostsee spielt nicht mit. Der Seegang nimmt zu, die Crew wird seekrank. Am 13. September zwingt ein Sturm die Jacht in den schwedischen Hafen Sandhamn. Die Stimmung kippt. Einige wollen abrechen. Nur die Frau an Bord drängt weiter. Später wird einer der Beteiligten über sie sagen: „Am Ende hatte das Mädchen die dicksten Eier von allen.“

Nach einem weiteren Zwischenhalt auf Christiansø, einer kleinen dänischen Insel nordöstlich von Bornholm, findet die Crew einen geeigneten Punkt. Weit und breit nur trübes Wasser. 80 Meter darunter: die Röhren. Sie werfen ein Gewicht über Bord, befestigen daran ein Seil, ein in Mülltüten gewickelter Kanister dient als Boje. Das Seil soll den Tauchern Orientierung geben. Dann aktiviert der Sprengmeister die Zeitzünder.

Über eine Plattform am Heck steigen die Taucher ins Wasser, die Ladungen an Leinen mit Karabinern gesichert. Unten bleiben ihnen jeweils nur wenige Minuten, um die Naht zwischen zwei Röhrenteilen zu finden und die Sprengladung zu befestigen. Zwischen Stahl und Bombe legen sie ein Silikonkissen, um die Wirkung zu verstärken.

Sie brauchen 40 Minuten, um wieder an die Oberfläche zu kommen. Die Andromeda fährt währenddessen Achten. Wenn die Taucher die Oberfläche erreichen, wartet die Jacht in der Nähe der provisorischen Boje. Jeder Tauchgang ist ein Wettlauf gegen Zeit und Körper. Manchmal finden sie die Röhre nicht wegen der schlechten Sicht.

Drei Sprengladungen werden an zwei Strängen von Nord Stream 1 und an einem Strang von Nord Stream 2 angebracht. Eine Bombe verlieren sie, die Druckflasche mit dem Sprengstoff sinkt in die Tiefe. Wieder Zeitverlust. Wieder neue Unsicherheit. Die Jacht muss bald zurückgegeben werden, das Wetter wird nicht besser, die Nerven liegen blank.

Am 19. September läuft die Crew im polnischen Kolobrzeg ein. Ein Freund aus dem Umfeld der Taucher stößt dazu. Plötzlich kommen Grenzschützer, kontrollieren die Besatzung. Serhii Kuznetsov und seine Leute zeigen gefälschte EU-Pässe vor. Später wird die *Welt am Sonntag* unter Berufung auf „Sicherheitskreise“ berichten, die polnischen Behörden hätten die Crew nach einem Geheimdiensttipp unter die Lupe genommen. „Unsere amerikanischen Freunde waren mit vor Ort“, wird die Zeitung eine anonyme Quelle zitieren.

Die Grenzschutzbeamten notieren die Passnummern der Crew. Eine Überwachungskamera zeichnet die Passkontrolle auf. Dann verschwinden die Beamten wieder, lassen die Crew unbehelligt. Die polnischen Behörden werden sich später weigern, deutschen Ermittlern die Videoaufnahmen zu übermitteln.

Die letzte Sprengladung ist kleiner, kann dafür aber leichter auf den Meeresgrund transportiert werden. Die Zeit drängt, in ein paar Tagen müssen sie die gemietete Segeljacht zurückgeben. Südlich von Bornholm werden sie fündig, auf der Rückroute nach Rostock-Warnemünde gelegen. Da versetzt eine Meldung, die Serhii Kuznetsov erhält, die Crew in Angst. Eine russische Flotte ist gleichzeitig in der Nähe von Bornholm unterwegs. Zu ihr gehören Spezialschiffe zur Unterwassersabotage und Kampfschwimmer. Zufall? Oder hat der Kreml Wind von dem Plan bekommen? Und lässt auf der Ostsee patrouillieren? Die Russen entdecken sie nicht. Und wieder: durchatmen. Doch sie machen einen Fehler. Sie befestigen die Bombe an Strang A von Nord Stream 2. Derselbe Strang, an dem

**Eine Bombe
verlieren sie, die
Druckflasche mit
dem Sprengstoff
sinkt in die
Tiefe – wieder ein
Zeitverlust**

Anfang 2015 baute die CIA eine Sondereinheit aus ukrainischen Agenten auf, das „Fünfte Direktorat“

sie bereits nordöstlich von Christiansø eine Sprengladung befestigt haben. An Strang B ist keine Bombe.

Am 23. September läuft die Crew der Andromeda in den Hafen auf Rügen ein, verlädt am Vormittag ihre Ausrüstung und Verpflegung. Kuznetsov geht von Bord, fährt mit einem Teil der Crew zurück Richtung Polen, während der Skipper die Andromeda zurück zum Hafen in Rostock-Warnemünde lenkt.

Auf dem Rückweg ruft Kuznetsov seinen Vorgesetzten an, den Strippenzieher in der Ukraine. Der Name des Mannes: Roman Cherwinsky. Kein Jubel. Arbeitsmodus. Job erledigt. Die Zeitzähler sind auf den 26. September eingestellt.

Ein paar Tage nach den Explosionen, als die Welt noch rätselt, wer dahintersteckt, hat einer längst seinen Schluss gezogen. Radosław Sikorski, polnischer Europaabgeordneter, Nord-Stream-Gegner der ersten Stunde, postet ein Luftbild der Schadstelle und schreibt dazu nur drei Worte: „Thank you, USA.“

Ganz falsch ist der Reflex nicht. Denn hinter der Operation stehen Männer, deren Karrieren ohne die CIA kaum denkbar wären. Ihre Namen: Roman Cherwinsky und Wassyl Burba. Cherwinsky, einst Offizier des ukrainischen Inlandsgeheimdiensts SBU, galt früh als fanatischer Patriot und kompromissloser Operateur. Burba stieg später zum Leiter des Militärnachrichtendienstes GUR auf. Beide wurden ab 2015 Teil eines geheimdienstlichen Milieus, das nach Kriegsbeginn im Donbass mithilfe der Amerikaner aufgebaut wurde.

Damals stand die CIA vor einem Problem. Der SBU war tief von russischen Agenten infiltriert, man verfügte kaum über verlässliche Quellen. In manchen Bezirken, so schätzte man, arbeiteten bis zu 60 Prozent der Geheimdienstoffiziere weiter für Moskau.

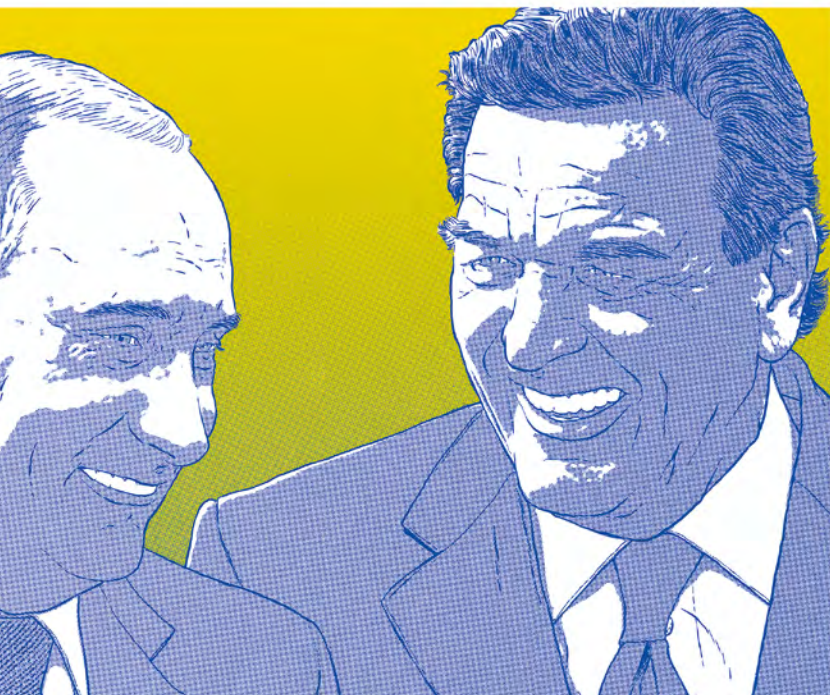
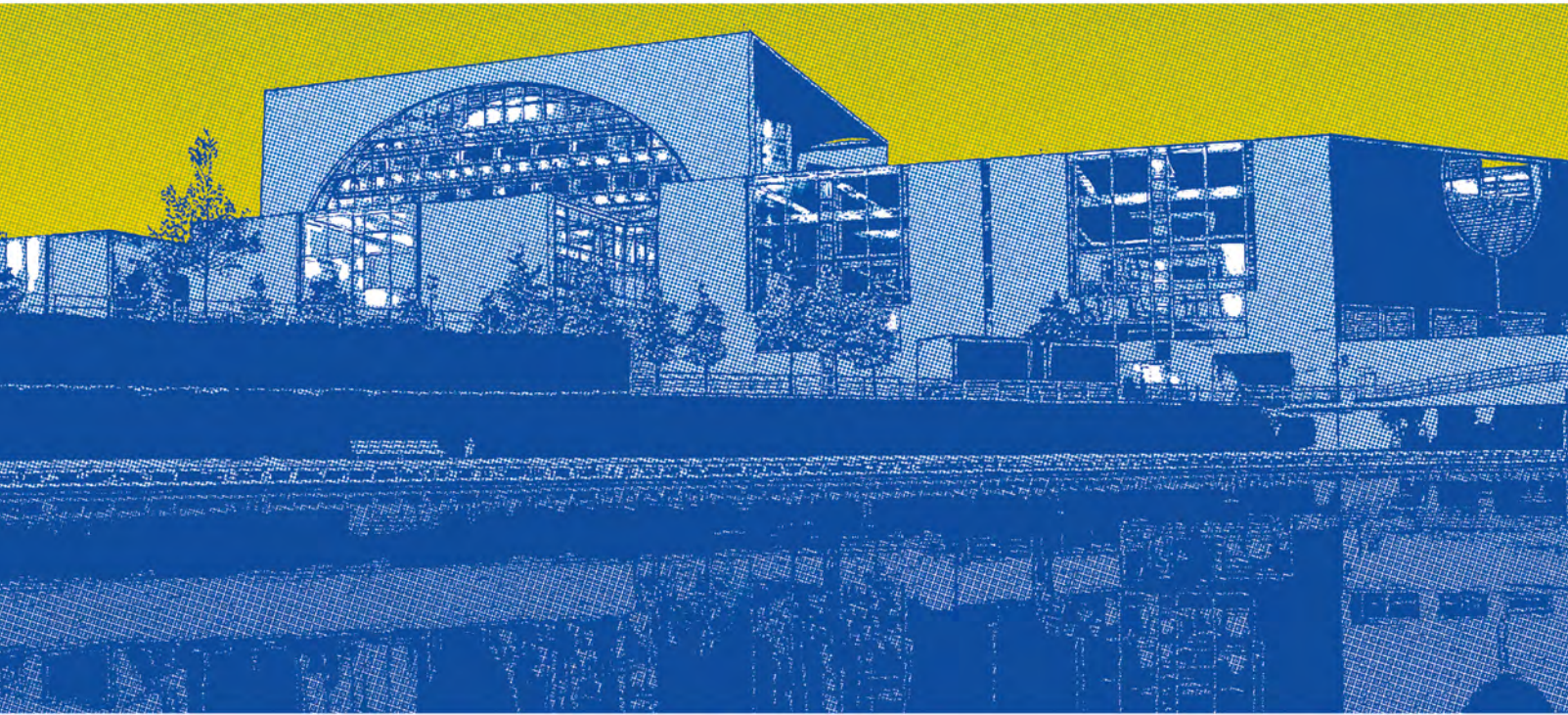
Anfang 2015 baute die CIA eine Sondereinheit aus ukrainischen Agenten auf, das „Fünfte Direktorat“: formal im ukrainischen Dienst verankert, praktisch aber eng von Amerikanern geschult, finanziert und ausgerüstet. Das „Fünfte Direktorat“ war ein amerikanischer Geheimdienst im ukrainischen Geheimdienst. Cherwinsky wurde Leiter der Sondereinheit – und für die Amerikaner eine Schlüsselfigur. Cherwinsky lieferte Quellcodes zu russischen Cyberangriffen, rekrutierte Informanten in den von Russland besetzten Gebieten. Durch ihn verdoppelte sich das Nachrichtenaufkommen über Russland.

Er verfügte über ein erprobtes Agentennetzwerk. Und er zeigte keine Skrupel. Gewalt, Erpressung, Bestechung gehörten zu seinem Instrumentarium. Gefährliche Sabotageoperationen und Mordanschläge waren für ihn kein Problem. Autos prorussischer Kommandanten wurden mit Bomben präpariert, Prostituierte eingeschleust, um Sprengstoff unter Betten zu befestigen. Per Fernzähler wurden die Kommandanten dann liquidiert. Den Amerikanern waren solche Aktionen untersagt. Doch hinter vorgehaltener Hand hieß es: „good job“, gute Arbeit.

Parallel baute Wassyl Burba den GUR aus. Anders als der SBU durfte der Militärnachrichtendienst auch jenseits der Landesgrenzen operieren. Unter Burba intensivierte sich die Zusammenarbeit mit der CIA weiter. Informanten wurden im russischen Sicherheitsapparat angeworben, Cyberangriffe dem Kreml zugeordnet, operative Fähigkeiten ausgebaut.

Dann kam Wolodymyr Selenskyj. Mit seinem Amtsantritt 2019 verlor das alte sicherheitspolitische Lager in Kyjiw an Einfluss. Selenskyj trat mit dem

Hinter der Operation stehen zwei Männer, deren Karrieren ohne die CIA kaum denkbar wären



Die Transitfunktion für russisches Gas war für die Ukraine eine geopolitische Sicherheits- garantie

Versprechen an, den Krieg im Donbass diplomatisch einzudämmen. Burbas und Cherwinskys Methoden waren plötzlich nicht mehr gefragt. Nach dem Debakel der sogenannten Wagner-Operation, einer gescheiterten Geheimdienstfalle gegen russische Söldner, eskalierte der Konflikt. Beide wurden entlassen. Burba und Cherwinsky warfen dem Präsidentenbüro vor, die Operation sabotiert zu haben. Andrij Jermak, Selenskyjs engster Berater, sei ein prorussischer Einflussagent, behaupteten sie öffentlich, in Fernsehtalkshows, vor einem Millionenpublikum.

Als Russland im Februar 2022 die Vollinvasion beginnt, kehren sie faktisch zurück. Cherwinsky schließt sich einer Spezialeinheit der ukrainischen Streitkräfte an, Burba hält im Hintergrund die Fäden zusammen. In seine Einheit holt Cherwinsky einen alten Freund: Serhii Kuznetsov. Die beiden kennen sich seit Jugendtagen, haben in den 1990er Jahren gemeinsam die Ausbildung beim SBU absolviert. Während Cherwinsky Geheimdienstmann blieb, ging Kuznetsov zunächst in die Wirtschaft, arbeitete im Energiesektor, pflegte seinen kranken Vater. Nach dessen Tod wurde er zum Gesundheitsfanatiker, vegan, asketisch, trainingsversessen. Erst der Krieg holte ihn zurück.

Im Frühjahr 2022 treffen sich Cherwinsky, Kuznetsov und Burba mit Verbündeten in Cafés und angemieteten Büroräumen. Man sucht nach einem Ziel, das Russland wirklich schaden würde. Auf den Tisch kommt eine alte Idee: Nord Stream. Für die Ukraine war die Pipeline seit je ein Symbol deutscher Naivität und russischer Erpressung. Gazprom, der russische

Staatskonzern, wollte die Ukraine explizit als Transitland umgehen. Die Transitfunktion für russische Gaslieferungen nach Deutschland war für die Ukraine eine geopolitische Sicherheitsgarantie, man sah darin einen Schutzschild vor russischen Angriffen. Nord Stream entzog Kyjiw Transitgebühren, schwächte die geostrategische Rolle des Landes. Und im April 2022 spült Nord Stream 1 immer noch Milliarden in Putins Kriegskasse. In den Augen der Gruppe ist Nord Stream eine Waffe – gegen die Ukraine, aber auch gegen Europa. Wer sie zerstöre, greife ein legitimes militärisches Ziel an, glauben sie.

Sie wenden sich an Walerij Saluschnyj, Oberkommandant der ukrainischen Streitkräfte. Der hat keine Einwände. Er hat nur eine Einschränkung: Er kann keine Leute zur Verfügung stellen. Er sichert zu, die Idee vor Präsident Selenskyj geheim zu halten. Cherwinsky und Burba sind sicher, dass der Präsident ihren Plan durchkreuzen würde. Auch Saluschnyj misstraut dem Präsidenten. Der General ist sein innenpolitischer Gegenspieler, hat politische Ambitionen, will selbst Präsident werden.

Ende April 2022 stellt ein CIA-Verbindungsmann in Aussicht, 200 000 Dollar für das Unternehmen zu organisieren. Doch das Geld kommt nicht. Der Beamte zieht seine Zusage zurück. Anfang Juni treffen sich Roman Cherwinsky und Wassyl Burba mit ihren Verbindungsleuten der CIA in Kyjiw. Sie unterhalten sich auf Russisch. Fragen, Antworten, Andeutungen. Wie früher. Burba und Cherwinsky berichten. Die beiden Ukrainer fragen noch einmal nach dem versprochenen Geld. Die CIA-Agenten bleiben stumm. Ein Verbot sprechen sie nicht aus.

**Ende April 2022
stellt ein CIA-
Verbindungsmann
in Aussicht,
200 000 Dollar für
das Unternehmen
zu organisieren**

Wenige Tage später erreicht die CIA-Zentrale in Langley eine Nachricht vom MIVD, dem niederländischen Militärgeheimdienst. Die Niederländer schreiben, sie wüssten von einem Plan der Ukrainer. Die Depesche listet Details auf. Sechs Personen, falsche Identitäten. Ein gechartertes Segelschiff. Der MIVD nennt sogar ein Datum: zwei Tage nach dem Ende von BALTOPS22, einem Ostseemanöver der Nato, am 19. Juni 2022. Ein Absatz ist besonders brisant. Bislang wusste die CIA von Burba und Cherwinsky. Doch nun steht dort, das Team unterstehe dem Befehl von Walerij Saluschnyj, Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte.

Die Depesche zwingt zum Handeln. Wenn die Operation gelingt, wird man fragen, wer wann was wusste. Und wer geschwiegen hat. Nicht nur Langley stünde im Feuer, sondern auch das Weiße Haus. Die Entscheidung fällt schnell: Man muss in Kyjiw intervenieren. Und zwar unmissverständlich. Die Operation muss gestoppt werden. Man interveniert auf allen Ebenen. Im Präsidentenpalast. Beim Militär. Bei Burba. Parallel informiert man den Bundesnachrichtendienst und weitere europäische Dienste. Auch die Niederländer ziehen ihre Kreise. Burba meldet sich zurück. Er werde die Nachricht an Cherwinsky weiterleiten, antwortet er. Kurz darauf meldet sich Saluschnyj bei der Gruppe: Sollte das Team die Operation durchführen, könne es im Gefängnis enden. Alle verstehen die Botschaft. Ein ausdrücklicher Befehl zum Abbruch ist es nicht.

Roman Cherwinsky sucht nach neuem Geld. Ein ukrainischer Geschäftsmann springt ein.

Was in Berlin mit der Warnung geschieht, ist eine eigene Geschichte. Und sie führt direkt ins Kanzleramt.

„Wolfgang Schmidt hat sich den Fall zur Chefsache gemacht und ist sehr gut informiert über alle Details des Verfahrens“

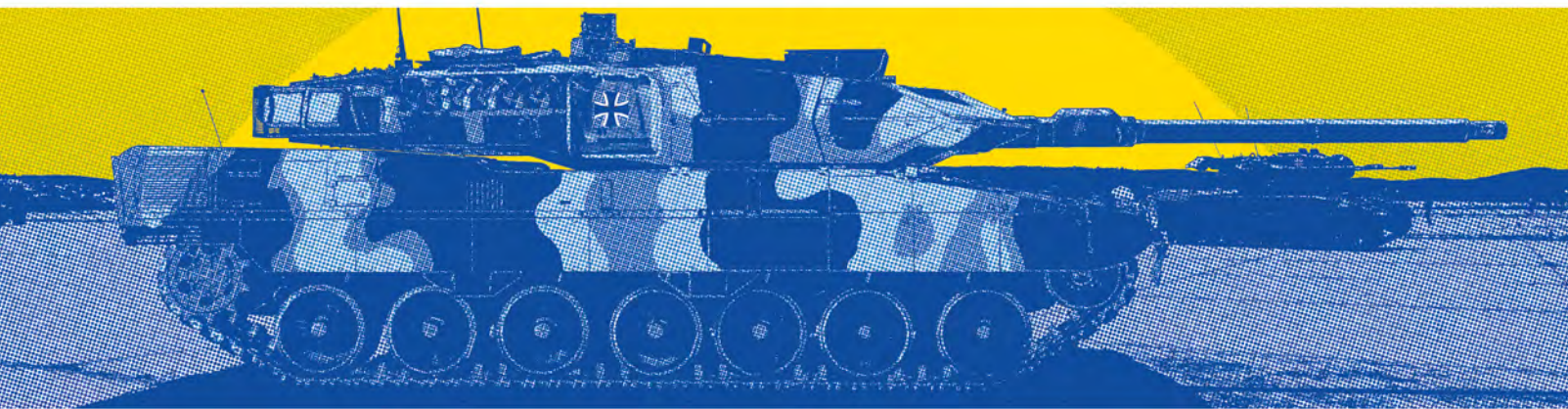
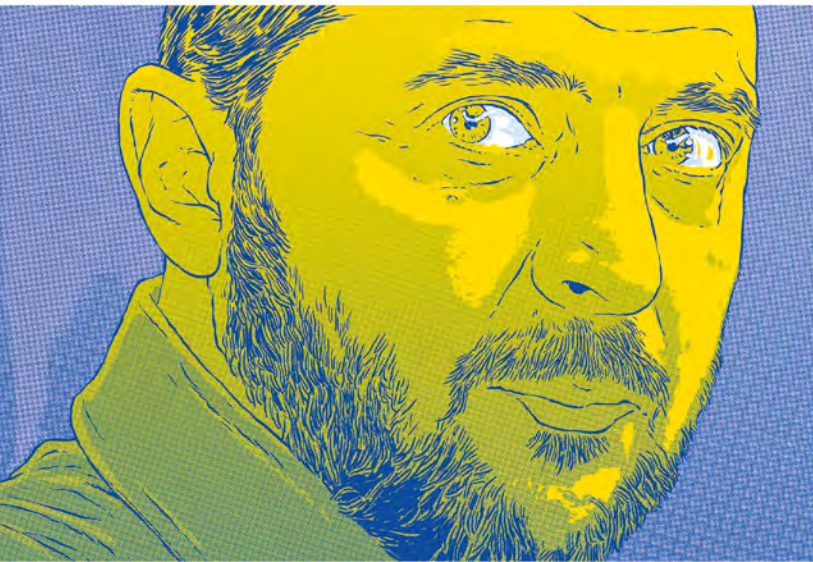
Was in Berlin mit der Warnung geschieht, ist eine eigene Geschichte. Und sie führt direkt ins Kanzleramt

Dort sitzt Wolfgang Schmidt, Olaf Scholz' engster Vertrauter, damals Kanzleramtschef und Aufseher über die deutschen Nachrichtendienste. Auch auf seinem Tisch landet der niederländische Hinweis. Doch zu diesem Zeitpunkt ist der genannte Termin bereits verstrichen, ohne dass etwas passiert ist. Schmidt tut die Info als Räuberpistole ab, trifft keine Vorsorgemaßnahmen. Keine verstärkte Überwachung, keine Marinepatrouillen.

Nach der Sprengung wird er aktiv. Er lässt sich regelmäßig vom BND briefen, steht in intensivem Kontakt mit den Ermittlern. „Wolfgang Schmidt hat sich den Fall zur Chefsache gemacht und ist sehr gut informiert über alle Details des Verfahrens“, wird ein Journalist des *Spiegel* später in einer TV-Dokumentation zu Protokoll geben.

Schmidt treibt die Untersuchungen sogar selbst voran: Er versorgt die Ermittler mit vertraulichen CIA-Informationen, die die Amerikaner mit dem BND geteilt haben. Eigentlich dürfen solche Informationen nicht ohne Einverständnis weitergegeben werden. Die „Third Party Rule“ soll dem Quellenschutz dienen.

Schmidt ist in Berlin berüchtigt für sein informelles Netzwerk in der Presselandschaft. Er ist per Du mit vielen einflussreichen Journalisten, spielt mit ihnen am Wochenende Fußball, trinkt mit ihnen Bier. Es ist eine Nähe, die er für sich zu nutzen weiß. Schmidt weiß, welche Journalisten sich für eine exklusive Information biegen lassen und bei wem eine gezielte Indiskretion ganze Redaktionen in Bewegung setzt.



Ein Abgeordneter stellt die unausweichliche Frage: Kommt es zu Ermittlungen wegen Geheimnisverrats?

Wie Schmidt die Nord-Stream-Sprengung politisch liest, zeigt sich am 27. Juni 2024. Auf einem Empfang im Auswärtigen Amt diskutiert er mit Roderich Kiesewetter. Der CDU-Bundestagsabgeordnete drängt auf die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern, mit denen die Ukrainer Ziele tief in russischem Gebiet treffen könnten. Scholz blockt seit Monaten. Im Auswärtigen Amt werden Schmidt und Kiesewetter sich nicht einig. Dann kommt Schmidt auf die Sabotage zu sprechen. Der Generalbundesanwalt werde bald bekannt geben, dass die Ukraine dahinterstecke, sagt er. Kiesewetter glaubt an eine False-Flag-Operation. Russland als Drahtzieher. Schmidt wirkt genervt. Immer diese Russland-These. Immer diese Forderungen nach mehr Unterstützung, nach Taurus. Dann sagt er den Satz, den man im Kanzleramt hinter vorgehaltener Hand seit Monaten hört. „Roderich, du weißt doch: Wir können der Ukraine nicht trauen.“

Neun Tage später tauschen sich Schmidt und Kiesewetter per SMS aus. Es geht um einen Artikel im *Wall Street Journal*, der bald erscheinen soll. Der *WSJ*-Autor behauptet, Selenskyj habe die Sprengung genehmigt. Schmidt antwortet: „Ich telefoniere nachher mit Bojan – bin auch gespannt...“ Gemeint ist Bojan Pancevski, Europakorrespondent des *Wall Street Journal*.

Im August 2024 landen zentrale Details aus den Ermittlungen in der Presse, im *Wall Street Journal* und in der *Zeit*. Die Namen der Taucher. Ein Europäischer Haftbefehl des Generalbundesanwalts gegen einen der Taucher, der in der Nähe von Warschau lebt. „Wie würde man umgehen mit einem Land, das die Infrastruktur zerstört hat, über die sich Deutschland

maßgeblich mit Gas versorgen wollte? Würden die Waffenlieferungen gestoppt? Diese Fragen stellen sich nun, nach Bekanntwerden des Haftbefehls gegen einen ukrainischen Staatsbürger, mehr denn je“, heißt es im Artikel der *Zeit*. Ganz sicher sei, ergänzt einer der Autoren in einem Radiointerview, dass „für die Bundesregierung in Berlin nun die Frage im Raume steht, mit welchem Verbündeten sie es da eigentlich zu tun hat“.

Bei Generalbundesanwalt Jens Rommel lösen die Veröffentlichungen Ärger aus. Am 9. Oktober 2024 muss er dem Parlamentarischen Kontrollgremium, zuständig für die Geheimdienste, Rede und Antwort stehen. Raum U1 215, Stahltür, abhörsicherer Raum. An Rommels Seite ist Bruno Kahl, Chef des BND. Die Namen der beteiligten Taucher hätte der BND von einem ausländischen Partnerdienst erhalten. Die Abgeordneten des Kontrollgremiums verstehen: Der deutsche Auslandsnachrichtendienst steht nun da, als sei er nicht in der Lage, sensible Informationen seiner Partnerdienste zu schützen.

Dann meldet sich Jens Rommel zu Wort. Er schildert, mit welcher Vorsicht er vorgegangen sei, um den politisch aufgeladenen Fall unterhalb der öffentlichen Erregungslinie zu halten. Der Kreis der Informierten sei klein gewesen. Bundesanwaltschaft. Bundesgerichtshof. BKA. Bundespolizei. Kanzleramt. Nur eine Handvoll Personen. Rommel nennt es beim Namen. Geheimnisverrat. Straftat.

Ein Abgeordneter stellt die unausweichliche Frage: Wird er Ermittlungen wegen Geheimnisverrats einleiten? Er habe darüber nachgedacht, sagt Rommel. Sehr ernsthaft. Und sich dagegen entschieden.

Im August 2024 landen Details aus den Ermittlungen in der Presse, darunter auch die Namen der Taucher



Buchempfehlung

Zusammen mit dem Journalisten Oliver Schröm hat

unser Autor Ulrich Thiele das Buch „Die Sprengung. Der Nord-Stream-Anschlag, die Jagd nach den Tätern und Deutschlands Verrat an der Ukraine“ geschrieben (Piper Verlag 2026. 288 Seiten. 22 €).

Warum?

Weil er wisse, wo das Leck sitzt.

Ein Abgeordneter bittet um Präzisierung. Rommel hebt den Blick. „Über mir“, sagt er. Dann: „Andere Ebene“.

Im Raum wird es still. Rommel muss nichts weiter erklären. Seit Monaten kursiert im Kontrollgremium der Verdacht, dass Informationen aus dem Machtzentrum der Regierung gezielt an die Presse gespielt würden. Ziel: Zweifel säen. Die Ukraine beschädigen. Das Narrativ etablieren, man könne diesem Partner nicht trauen.

Als Serhii Kuznetsov im Herbst 2025 in Italien verhaftet wird, ist Deutschland mit seinen Ermittlungen weitgehend isoliert. Schweden und Dänemark haben ihre Verfahren eingestellt. Polen behindert die deutschen Bemühungen. Als der Taucher Volodymyr Zhuravlov in Warschau festgenommen wird, verweigert ein polnisches Gericht seine Auslieferung – unter Verweis auf „funktionelle Immunität“ für Handlungen im Dienst des ukrainischen Staates. Es ist ein Novum, ein Affront gegen Deutschland: Ein EU-Partner widersetzt sich einem europäischen Haftbefehl. Premierminister Donald Tusk jubelt. „Das Problem mit Nord Stream 2 ist nicht, dass es gesprengt wurde. Das Problem ist, dass es gebaut wurde“, schreibt er beim Kurznachrichtendienst X. Der Post erntet 50 000 Likes.

Eine Demütigung für die deutschen Behörden. Hinter den Kulissen kochen die Ermittler vor Wut, werfen dem polnischen Richter eine Straftat vor, Rechtsbruch. Die Angst vor einem Gesichtsverlust wächst. Man braucht wenigstens einen Beschuldigten, einen Erfolg, einen Prozess.

Italien liefert. Nach wochenlangem juristischen Tauziehen wird Serhii Kuznetsov am 27. November 2025 den deutschen Beamten übergeben. Deren Auftritt sorgt für Stirnrunzeln bei den Italienern. Sie haben den Eindruck, dass die Deutschen eine große Show abziehen wollen. Mit einem Hubschrauber der Bundespolizei wird Kuznetsov nach Karlsruhe gebracht. Polizeiliche Spezialkräfte für Hochrisikotransporte führen ihn ab. Kuznetsov trägt einen dunkelblauen Trainingsanzug, Mütze, Lärmschutzkopfhörer, Handschellen. Zwei Beamte links und rechts von ihm, jeder einen Arm fest im Griff, ein weiterer Beamter mit erhobenem Maschinengewehr hinter ihm.

Kuznetsov selbst fühlt sich längst als Bauernopfer. Die offizielle Ukraine hält Distanz, verweigert ihm konsularische Unterstützung. Im Hintergrund mischt Roman Chervinsky weiter mit, gibt Kuznetsovs Anwälten offenbar Anweisungen, die eher schaden als nützen. Wohl deswegen reichen Kuznetsovs Berliner Anwälte Haftbeschwerden beim Bundesgerichtshof ein. Haftbeschwerden gelten in Deutschland fast immer als aussichtslose Angelegenheit. In seinem Beschluss aus dem Januar 2026 fegt der BGH das Argument der „funktionellen Immunität“ vom Tisch. Selbst wenn Kuznetsov im Rahmen militärischer oder geheimdienstlicher Strukturen gehandelt habe, greife kein völkerrechtlicher Schutz. Die Pipelines seien zivile Energieinfrastruktur, kein legitimes militärisches Ziel.

Genau darin liegt die politische Sprengkraft des Verfahrens. Denn in Osteuropa galt Nord Stream nie als bloß ziviles Projekt. Für Polen, die baltischen Staaten und die Ukraine war die Pipeline von Anfang an ein geopolitisches Instrument Russlands – und ein Symbol für einen deutschen Sonderweg zulasten Osteuropas. Der Prozess gegen Serhii Kuznetsov wird deshalb auch die alten Konflikte freilegen: zwischen Deutschland und der Ukraine, zwischen Berlin und Osteuropa, zwischen Kanzleramt, Diensten und Justiz – und die Frage, welche Rolle die CIA in diesem Spiel wirklich spielte.

Bis zur Anklage sitzt Kuznetsov weiter in Untersuchungshaft. Er liest unentwegt. Zeitungen, Romane, Gesetzbücher, die Solidaritätsbriefe seiner Landsleute und der ukrainischen Kinder, die ihm Bilder gemalt haben. Er sei ein Held, schreiben sie. Sie verstünden nicht, warum er im Gefängnis sitzt.



ULRICH THIELE ist Investigativjournalist bei *Cicero* und Autor des Buches „Die Sprengung“ (mit Oliver Schröm).



**„Die Konservativen bleiben
intellektuell eingeschüchtert“**



Friedrich Merz will das Richtige, setzt es aber nicht durch, sagt *Rüdiger Safranski*. Was fehlt: eine bürgerliche Elite.

Herr Safranski, Sie waren in den 1970er Jahren Mitglied einer maoistischen Partei und vertreten heute konservative Positionen. Was waren die wichtigsten Gründe für diesen tiefgreifenden Wandel?

Rüdiger Safranski: Ich kam aus der Provinz nach Berlin, mitten hinein in eine Zeit, die förmlich vibrierte vor Aufbruch. Die Gruppe, der ich mich 1970 anschloss – die „Kommunistische Partei Aufbauorganisation“ –, war einer von vielen kleinen maoistischen Zirkeln. Die erste Phase um 1968 war stark antiautoritär geprägt. Es ging um Befreiung, um

Das Gespräch führte
CLEMENS TRAUB

Fotos
JEANNETTE PETRI

neue Formen des Zusammenlebens, um veränderte soziale und sexuelle Normen. Doch ab etwa 1970 schlug diese Bewegung in eine zweite Phase um, die zunehmend dogmatisch und autoritär wurde. Es entstanden kleine ideologische Zirkel, die sich selbst als Avantgarde verstanden.

Und das hat Ihren späteren Wandel geprägt?

Ich erkannte, nachdem ich eine Weile mitgemacht hatte, die Verführbarkeit durch geschlossene Weltbilder. Daraus habe ich eine grundsätzliche Skepsis gegenüber Ideologien entwickelt, insbesondere gegenüber solchen, die nicht durch konkrete Erfahrung gedeckt sind. Rückblickend muss ich sagen: Wir waren erfahrungsarm, aber meinungsstark.

Was bedeutet für Sie konservativ?

Konservativ ist derjenige, der vom Erneuerer verlangt, dass er begründet, warum er das Neue will. Das ist der entscheidende Punkt: Die Beweislast sollte bei demjenigen liegen, der etwas verändern möchte. Warum soll das Bestehende aufgegeben werden? Was genau ist der Gewinn? Die kulturelle und gesellschaftliche Dominanz hat sich aber so verschoben, dass derjenige, der etwas erhalten möchte, unter Rechtfertigungsdruck steht. Konservativ zu sein, bedeutet heute, fast schon trotzig darauf zu beharren, dass diese Beweislast wieder umgekehrt werden muss.

Wenn Sie auf unsere Gegenwart blicken, würden Sie sagen, dass wir auch in der Gesellschaft eine Renaissance des Konservativen erleben?

Im öffentlichen Diskurs sehe ich keine Renaissance des Konservativen. Wer sich heute offen konservativ nennt, bewegt sich in einem verminten Gelände, in dem die Begriffe durcheinandergeraten: rechts, konservativ, extrem.

Sie haben diese Erfahrung persönlich gemacht: Als Sie die Flüchtlingspolitik von Angela Merkel kritisierten, wurde der Versuch angestellt, Sie in die rechte Ecke zu rücken.

2015 herrschte eine moralisch aufgeladene Stimmung. Die Willkommenskultur war mehr als Politik – sie war ein

Imperativ. Wer sie infrage stellte, wie ich, gehörte zum „Dunkeldeutschland“, so nannte man das. Die moralische Selbstgerechtigkeit erlebte ihre große Stunde. Interessant ist aus heutiger Sicht, dass vieles, was damals als anstößig galt, inzwischen breiter Konsens ist. Nun weiß man, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt nur eine begrenzte Migration verkraften kann.

Sie sprechen davon, dass es keine Renaissance des Konservativen gebe. Gleichzeitig stellt die CDU unter Friedrich Merz den Kanzler, und die AfD – eine klar rechts positionierte Partei – liegt in Umfragen bei rund 26 Prozent. Wie passt das aus Ihrer Sicht zusammen?

Offiziell erklärt die CDU, dass sie gar keine konservative Partei sein wolle, als müsste sie sich dafür schämen. Es gibt da aber einen Widerspruch: Im Privaten, am Küchentisch, in Gesprächen unter Freunden spürt man eine Rückkehr konservativer Haltungen – ein Bedürfnis nach Ordnung, Verlässlichkeit, Maß. Aber im öffentlichen Raum wird oft ein anderes Bild gezeichnet. Fast wie eine Bühne, auf der ein anderes Stück gespielt wird als das, das viele Menschen in ihrem Alltag erleben.

In den 1980er Jahren war es für Franz Josef Strauß oder Helmut Kohl noch selbstverständlich, sich als konservativ im Mitte-rechts-Spektrum zu verorten. Was hat sich hier grundlegend verändert?

Wir kommen kaum darum herum, an Antonio Gramsci zu erinnern – an seine Überlegung aus den 1920er Jahren, dass politische Macht immer kulturelle Hegemonie voraussetzt. In wichtigen Schlüsselbereichen der Gesellschaft – in Leitmedien, im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und in anderen kulturell prägenden Institutionen – dominiert ein linksliberales Milieu. Ich sage das als jemand, der selbst ein Achtundsechziger ist. Damals haben wir den „Marsch durch die Institutionen“ propagiert – und man muss nüchtern feststellen: In weiten Teilen ist er gelungen.

Seit den 1980er Jahren hat dieses postmaterialistische, zunehmend grün



Rüdiger Safranski

gilt als einer der prägenden Intellektuellen des Landes. Der Literaturwissenschaftler und Philosoph wurde durch seine Biografien bekannt. Unter anderem porträtierte er Friedrich Schiller, Johann Wolfgang von Goethe und Martin Heidegger. Zuletzt erschien von ihm eine Biografie über Franz Kafka. 2015 kritisierte er die Flüchtlingspolitik von Angela Merkel. Ihm wurde daraufhin vorgeworfen, auf einen „antimodernen Diskurs“ zurückzufallen.

„Der lange Frieden hat Tendenzen der Infantilisierung und der Unernsthaftigkeit“ begünstigt

geprägte Milieu die vermeintliche „Fort-schrittsagenda“ definiert: Klimawandel, Nachhaltigkeit und die Transformation der Wirtschaft. Während das urbane, grüne Milieu ausgehend von Universitäten und Redaktionen die Deutungshoheit über das Klimaschutzthema und die linke Identitätspolitik erobert hat, blieben die Konservativen intellektuell eingeschüchtert. Die Konservativen waren allzu defensiv – ohne eigene Begriffe, ohne Erzählung, ohne etwas entgegenzusetzen, trotz beeindruckender Tradition.

Wie erklären Sie sich diese Entwicklung?

Francis Fukuyama schrieb Anfang der 1990er Jahre vom „Ende der Geschichte“, vom globalen Triumph des Liberalismus. Es war eine euphorisch gestimmte Zeit. Die lange Friedensdividende, so positiv sie auch war, hat uns verwöhnt. In diesem Moment war das Konservative schwach, weil konservatives Denken immer dann an Stärke gewinnt, wenn Bedrohungen unübersehbar werden; wenn Bestände



gefährdet sind; wenn der vermeintliche Fortschrittszug ins Stocken gerät.

Der lange Frieden hat Tendenzen der Infantilisierung, der Unernsthaftigkeit und der mangelnden geistigen Schärfe begünstigt. Unter diesen gesellschaftlich-geistigen Bedingungen der Verwöhnung gedieh auch das grüne Projekt.

Die Grünen entstanden 1983 in einem der gefährlichsten Momente des Kalten Krieges, als die Welt angesichts eskalierender Spannungen nur knapp an einem Atomkrieg vorbeischrämte.

Ja, ein Teil der Grünen kam aus der Friedensbewegung, auch das hat sie zur deutschen Rousseau-Partei gemacht. In den 1990er Jahren, während des Balkankriegs, habe ich viel über das „Böse“ nachgedacht und darüber schließlich auch ein Buch geschrieben, aus dem Eindruck heraus, dass wir beim Menschenbild eher Hobbes als Rousseau zurate ziehen sollten. Wir waren zuvor alle Rousseauisten: Der Mensch ist gut, die Gesellschaft schlecht – also muss die Gesellschaft umgebaut werden, damit die Güte des Menschen zum Vorschein kommt. Hobbes hingegen mahnt: Der Mensch selbst ist die große Gefahr, er ist für sich selbst ein Risikofall. Wir brauchen Zivilisierung, Ordnung, Institutionen, Einhegung – nur so kann Gesellschaft bestehen. Das sind realistische Einsichten. Es ist immer gut, realistisch zu bleiben, gerade in eher bedrohlichen Situationen. Das wirkt sogar vitalisierend.

„Die Welt ist nicht bloß eine Spielwiese moralischer Projektionen“

Man merkt plötzlich wieder: Die Welt ist nicht bloß eine Spielwiese moralischer Projektionen.

Sie haben von einer Infantilisierung in der Ära der Friedensdividende gesprochen.

Friede ist wunderbar, aber wir sollten nicht vergessen, dass er sich der Abschreckung verdankte, letztlich dem amerikanischen atomaren Schutzschild. Inzwischen müssen wir uns selbst um unsere Sicherheit kümmern. Es ist so, als würden wir erst jetzt aus dem Elternhaus ausziehen und für uns selbst sorgen müssen. Wahrlich eine Zeitenwende.

Es gibt auch noch andere Zeitenwenden. Schon in den 1950er Jahren schrieb Jürgen Habermas über den Strukturwandel der Öffentlichkeit. Heute erleben wir einen noch radikaleren Wandel: Gerade junge Menschen beziehen ihre politischen Informationen aus den sozialen Medien mit ihren kurzen Clips, affektiven Formaten, algorithmisch ausgespielten Reizbildern. Nicht der rational agierende Citoyen, sondern der affektgetriebene Konsument prägt Haltung und Verhalten.

Man könnte Ihnen entgegenhalten, dass digitale Medien heute mehr Menschen denn je politisieren – dass auf den Smartphones gewissermaßen eine millionenfache Demokratisierung stattfindet. Unterschätzen Sie diese Entwicklung?

Gefördert wird die schnelle Reizabfuhr, nicht die Urteilskraft. Man wird

»Dafür ist es nie zu früh.«



Wohnen im Alter, stilvoll und auf höchstem Niveau – die Tertianum Premium Residences in Berlin, München und Konstanz bieten Ihnen ein luxuriöses Zuhause – sicher umorgt, selbstbestimmt und mit einer Fülle an urbanen Möglichkeiten.

Wir füllen Ihr Leben mit Zuhause!

Lassen Sie sich zu unserer Hausführung einladen und sichern Sie sich frühzeitig Ihren Platz auf unserer Vormerkungsliste.

☎ 0800 0001819
✉ info@tertianum.de
🌐 mein-tag-im-tertianum.de





als Konsument adressiert, auch im Politischen. Die Politik soll „liefern“, heißt es. Infantilisierung bedeutet: Abhängigkeit von Lieferdiensten jeder Art. Das untergräbt die bürgerliche Reife unserer Gesellschaft. Statt bürgerlicher Reife gibt es die vielen Zusammenrottungen im Internet. In „Masse und Macht“ analysierte Elias Canetti einst verschiedene Formen von Meuten – Hetzmeuten, Fluchtmeuten, Verurteilungsmeuten in der physischen Wirklichkeit. All das erleben wir heute virtuell und in Echtzeit.

Haben Sie ein Beispiel für die digitale Verführbarkeit?

Man muss sich nur die Empörungswelle vor Augen führen, die losbrach, als nach dem Terrorakt von Aschaffenburg ein migrationspolitischer Antrag der Union auch mit den Stimmen der AfD beschlossen wurde. Weil Merz es wagte, einen vorsichtigen Schritt aus der Umklammerung von Links-Grün ins verminte Gelände der rechten Mitte zu setzen, kam es zu orchestrierten Shitstorms und moralisch aufgeladenen Straßenprotesten. Merz ist zurückgewichen. Sein Problem: die von Merkel um ihre Identität gebrachte CDU, die ihren konservativen Kern offenbar verloren hat.

Sie sind vom Bundeskanzler enttäuscht?

Ja, aber man merkt doch, dass er anders handeln möchte. Es fehlt ihm aber das Umfeld einer selbstbewussten bürgerlich-konservativen Elite. Es sind eben andere Zeiten als die von Adenauer, Brandt, Schmidt und Kohl. Das waren Politiker, die mehr im Blick hatten, als ihre Karriere und Erfahrungen einbrachten, die sie zu reifen und umsichtigen Persönlichkeiten gemacht haben.

Gibt es diesen Typus von Politiker noch – oder ist er im heutigen Klima nicht mehr überlebensfähig?

Vereinzelt gibt es diesen Politikertyp noch – und die Sehnsucht nach ihm wächst spürbar. Blicken wir über die Grenze, nehmen wir zum Beispiel Giorgia Meloni. Ihr geht es erkennbar darum, die Tradition und die Moderne miteinander zu verbinden. Wie sie über

„Demokratie bedeutet Kompromisse einzugehen. Aber es muss auch eine Substanz da sein“

Italien spricht – über Geschichte, Kultur und Kontinuität –, da merkt man, dass sie ihr Land liebt und es in den Stürmen der Zeit für ihre Landsleute bewahren möchte. Eine solche Liebe zum eigenen Land, eine solche Hingabe spüre ich bei unseren Politikern selten.

Romantisieren Sie Meloni nicht gerade? Beobachter zeichnen das Bild einer doppelgesichtigen Giorgia Meloni: einer Machtpolitikerin, die für den Machterhalt nahezu jeden Kompromiss eingeht, und zugleich einer kämpferischen Inszenierung, die mit großen Versprechen auf Stimmenfang geht.

Demokratie bedeutet, um Stimmen zu kämpfen und Kompromisse einzugehen. Aber es kommt darauf an, dass da noch eine Substanz ist. Und die spüre ich bei ihr, und weil sie diese Substanz hat, scheut sie den Konflikt mit einer linksgrün geprägten Kulturdominanz nicht. Meloni prägt eine ganze Generation junger Konservativer: Das wirkt lebendig,



stiftet Orientierung – und darin liegt auch eine Lehre für die CDU. Übrigens sieht es so aus, als ob auch Merz sie mag.

Zurück nach Deutschland: Sie stellen ein mögliches Ende der grünen Hegemonie in Aussicht. Mit Cem Özdemir wurde in Baden-Württemberg abermals ein Grüner an die Spitze des Landes gewählt – und München wird erstmals einen grünen Oberbürgermeister erhalten. Ist Ihre Prognose nicht etwas zu früh?

Özdemir, der mir übrigens sympathisch ist, wurde wohl nicht wegen der Grünen, sondern trotz ihnen gewählt. Aber schauen Sie: Die Alltagsüberzeugungen, mit denen wir unser Leben ordnen, verändern sich langsamer als politische Landschaften. Während sich dort die Szenarien schnell ändern können, braucht der Wandel von Mentalitäten oft eine Generation. Gleichzeitig schafft die Wirklichkeit Bedingungen, unter denen konservative Einsichten wieder Sinn machen: die Bedrohung Europas durch Russland, die Nachwehen der Migrationskrise 2015, die drohende Deindustrialisierung. Blockaden, Dämonisierungen, Konsumismus und Unernsthaftigkeit stehen neben einem Lern- und Anpassungsdruck, der stärker sein könnte als manche ideologische Verhärtung. Darin liegt die Spannung unserer Gegenwart.

Was meinen Sie mit „Blockaden“?

Lernblockaden. Blockaden gegen die Wirklichkeitswahrnehmung. Nehmen wir das Beispiel der sogenannten „Brandmauer“ gegenüber der AfD. Dadurch ist die CDU, also die Mitte, gewissermaßen in Geiselschaft der Linken geraten. Gleichzeitig bleibt die AfD eine irrlichternde und unseriöse Kraft. Außenpolitisch ohnehin: Sie dient sich Putin an – und zugleich Trump. Für deutsche und europäische Selbstbehauptung gegen russische Tyrannei und Trumps autoritäre Anmaßung ist mit dieser Partei nichts zu machen. Und doch sollte man sie nicht dämonisieren. Sie ist eine rechte Partei im demokratischen Spektrum – allerdings mit einem Narrensaum von Radikalen, wie auch bei den Linken.

Inzwischen sitzt man selbst in der Dämonisierungsfalle. Nun muss man an

„Die AfD bleibt eine irrlichternde Kraft. Dennoch sollte man sie nicht dämonisieren“

die Dämonen glauben, die man selbst heraufbeschworen hat. Übrigens geht diese Dämonisierung als „faschistische Gefahr“ mit einer unbeabsichtigten Verharmlosung des Nationalsozialismus einher.

In der AfD gibt es Akteure, die Putins Russland offen verklären und über „Remigration“ selbst deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund nachdenken. Und das soll ein Beitrag zum Abbau politischer Blockaden sein?

Das ist höchst unerfreulich und muss zurückgewiesen werden – doch eine Brandmauer hilft nicht, sondern blockiert einen selbst. Denken Sie nur an die Wahlen in Sachsen oder Thüringen: Wenn dort diese Partei über 40 Prozent der Stimmen erreicht, was wäre dann die Brandmauer? Die Wiederkehr der einstigen Berliner Mauer, des einstigen „Antifaschistischen Schutzwalls“? Diesmal vom Westen gegen die neuen Bundesländer errichtet? Spricht man mit Menschen vor Ort, merkt man sofort, wie anders die Lage dort wahrgenommen wird. Worauf es ankommt: zivilisieren statt dämonisieren, in Verantwortung einbinden. Den Leuten auf unteren Ebenen Erfahrungen ermöglichen, sie Verantwortung tragen lassen. So sind auch die Grünen staatstragend geworden.

Fühlen Sie sich parteipolitisch heimatlos?

„Heimatlos“ wäre mir zu pathetisch. Ich setze weiterhin auf vernünftige Kräfte innerhalb der CDU, aber auch auf Einzelpersonen jenseits klassischer Lagergrenzen – etwa auf jemanden wie Boris Palmer.

Wird die Brandmauer halten?

Nein. Sie bröckelt. Man könnte sich auch vorstellen, dass sich eine neue konservative Partei bildet – aus denen, die mit der AfD und mit der gegenwärtigen CDU unzufrieden sind. Solche Prozesse lassen sich nicht am Reißbrett planen. Es gibt jedenfalls eine politische Repräsentationslücke. Im Moment zumindest fegt ein geschichtlicher Sturm durch die politische Landschaft – und dieser Sturm wird noch einiges durcheinanderwirbeln. ●





Die Unaufgeregte

Sie hat als Referentin im Justizministerium angefangen. Seit einem Jahr ist die Sozialdemokratin *Stefanie Hubig* dort Ministerin. Nun muss sie noch Politikerin werden.

Von MIA KILIAN

Lange blieb sie unsichtbar, den meisten Kameras der Republik verborgen. Sie ist Teil eines Kabinetts mit wenigen Prominenten, vielen selten gesehenen Gesichtern und kaum bekannten Namen. Das änderte sich schlagartig Ende März: Während Feministinnen auf den Straßen, NGOs um Collien Fernandes und Aktivistinnen in Talkshows laut nach einer politischen Antwort auf die im Internet waltende Ungerechtigkeit schreien, fällt plötzlich auch ihr Name: Stefanie Hubig.

Ihr rosafarbenes Sakko wirkt emanzipatorisch und zugleich von professioneller Eleganz, ihr unaufgeregter, aber klarer Auftritt bei Caren Miosga von so etwas wie nüchterner Expertise: „Wir stehen im Bereich der digitalen Gewalt nicht da, wo wir stehen müssen – es gibt Strafbarkeitslücken, das liegt auf der Hand.“

Die Sozialdemokratin Hubig, das sei an dieser Stelle sicherheitshalber dazugesagt, ist übrigens die derzeitige Bundesjustizministerin. Wenn Sie das bislang nicht wussten, wird es Ihnen gehen wie vielen – das ist kein Zufall. Es ist Teil des Profils einer bislang kühl, hintergründig agierenden Ressortleiterin, mehr Beamtin als Politikerin. Dazu die passende Laufbahn: Studium der Rechtswissenschaften in Regensburg, Richterin und Staatsanwältin in Ingolstadt, dann der Sprung nach Berlin als Referentin ins Justizministerium. Die Biografie Hubigs liest sich wie die nüchterne Karriere einer sicherlich ehrgeizigen, möglicherweise eintönigen, auf jeden Fall jedoch typischen Staatsbeamtin.

So gewöhnlich der Karrierepfad, umso ungewöhnlicher der plötzliche Wechsel ins Politische: 2013 arbeitet

Hubig noch als beamtete Staatssekretärin im Bundesjustizministerium unter SPD-Minister Heiko Maas, 2016 folgt der Ruf von Malu Dreyer nach Rheinland-Pfalz. Die gebürtige Frankfurterin wird Landesbildungsministerin – ihr erstes politisches Amt.

Ihr politischer Kurs scheint überdeckt zu werden von einem schützenden Schatten des Beamtentums. Es beschert ihr den Ruf, als besonnen, pragmatisch, unideologisch zu gelten. In der Coronapandemie argumentiert Hubig früh und beharrlich gegen Schulschließungen, auch gegen Widerstände aus den eigenen Reihen und Einschätzungen aus Expertengremien wie dem Robert-Koch-Institut. Es ist ein Kurs, der sich im Nachgang als pädagogisch und epidemiologisch vernünftig erweisen sollte.

VOR EINEM JAHR übernimmt Hubig die Leitung des Justizministeriums und springt so in die Spitze der Bundespolitik. Das Haus und seine Abläufe kennt sie wie keine Zweite, und zwar von der Arbeits- bis in die Leitungsebene. So etwas ist sehr selten. Ohne Bundestagsmandat, dafür jedoch fraglos mit Expertise, startet sie als Verwaltungspolitikerin, nicht als Krawallmacherin – und stellt dabei ein beruhigendes, fast schon verbindendes Element zwischen den Koalitionspartnern dar.

Doch damit könnte langsam Schluss sein. Hubig entdeckt das Politische für sich. Schon in der Causa Brosius-Gersdorf fällt sie durch eine parteipolitische Positionierung auf. Hubig sprach im Fall der designierten Verfassungsrichterin von kampagnenartig gesteuerten Versuchen, Zweifel an einer weithin anerkannten Staatsrechtlerin zu säen. Anfang

April kommt der Vorstoß, zur Entlastung der Justiz das Schwarzfahren künftig vom Strafrecht auszunehmen. Auch hier provoziert sie den Widerstand der Union.

Mit einem Thema tritt sie in jüngster Zeit besonders nach außen: ihr Engagement gegen sexualisierte Gewalt. Schon lange drängt sie auf eine Verschärfung des Sexualstrafrechts, doch der Schulterschluss mit Aktivisten ist neu. Jetzt kämpft Hubig mit diesen typischen Schlagwörtern: gegen patriarchale Strukturen, toxische Maskulinität und strukturelle Gewalt. „Ich habe mir auf die Agenda geschrieben, dass ich gegen Gewalt gegen Frauen, sowohl digital als auch analog, stärker vorgehen möchte“, sagt sie bei Miosga und fordert hartes Vorgehen gegen Deepfakes. Woher rührt dieser Wechsel im Ton?

Hubig hat Regierungserfahrung – ein parteiinternes Amt fehlt ihr bislang. Rührt daher das neue Liebäugeln mit sozialdemokratischen Herzensthemen?

Aus Sicht der SPD wirkt die hubig-sche Sachlichkeit wie ein Ass im Ärmel: Eine unverdächtige, „beamtige“ Figur wie sie macht schließlich keinen Kulturkampf. Das Gesetz gegen Deepfakes ist kein feministisches Manifest, sondern eine notwendige Reparatur am Rechtsstaat. Die Forderung nach Entkriminalisierung von Schwarzfahrern kein sozialdemokratischer Populismus, sondern die längst benötigte Entlastung der Justiz.

Hubig ist eine Pragmatikerin, keine Ideologin. Das kommt gut an – und macht es der Union ungleich schwerer, ihr etwas entgegenzusetzen.

MIA KILIAN ist Hospitantin in der Redaktion von Cicero.





Mehr Profil wagen

Die FDP brauche endlich eine Richtungsentscheidung, meint *Martin Hagen*. Als möglicher neuer Generalsekretär seiner Partei soll er sie zurück in den Bundestag bringen.

Von VOLKER RESING

Es war eine getarnte Bewerbungsrede. Am 11. November 2025 konnte noch niemand wissen, dass Martin Hagen in wenigen Monaten das Amt des FDP-Generalsekretärs anstreben würde. Vielmehr war es im Maritim-Hotel in Berlin-Mitte an jenem Tag nur seine Aufgabe, die Gäste bei der Liberalismus-Konferenz der Denkfabrik „Republik 21“ (r21) zu begrüßen und in das Programm einzuführen. Doch er tat mehr.

Seit 2024 ist Martin Hagen Geschäftsführer von r21. Der maßgeblich vom Historiker Andreas Rödter gegründete Thinktank verstehe sich als parteipolitisch neutral, sagt Hagen. „Doch ich kann das nicht sein“, erklärt er dem durchaus verblüfften wie gemischten Publikum. Und er erntete mit seinem Plädoyer für eine starke liberale Partei in Deutschland mehr Applaus als andere, prominentere Redner im weiteren Verlauf der Tagung.

Die FDP ist in der schwersten Krise ihrer Geschichte. Nach ihrem Scheitern bei der Bundestagswahl vor einem Jahr und dem Verlust ihrer Landtagssitze in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz scheint die einst prägende Partei ihre Kraft und Relevanz unwiederbringlich eingebüßt zu haben. Oder kann es eine Rettung geben? Die Ankündigung des 74-jährigen Wolfgang Kubicki, nun den Vorsitz anzustreben, soll die Auferstehung bringen.

Doch die Popularität von Kubicki wird nicht reichen. Wenn die FDP wieder an Kraft gewinnt, dann wird dies in Teilen auch an seinen Mitstreitern und an Martin Hagen liegen, den Kubicki als seinen Generalsekretär vorschlagen will, und dessen Vorarbeit jetzt sichtbar wird.

Für seinen Schritt in Richtung Spitze war zunächst ein Rückzug nötig. Von 2021 bis 2025 war der Politologe Landesvorsitzender der FDP in Bayern, für einige Jahre war er auch Landtagsabgeordneter. Bis letztes Jahr war der 1981 geborene Hagen auch Mitglied des FDP-Bundesvorstands. Seine Parteiämter legte er nieder und wirkte verstärkt bei r21. Als Nichtparteiemann konnte er die notwendigen Debatten um die Zukunft des Liberalismus anstoßen.

Die kleine und geschrumpfte FDP kann sich keinen Flügelstreit leisten, so war man überzeugt. Der Übergangsvorsitzende Christian Dürr sollte nach dem traumatischen Ampelaus die Konflikte zwischen den Wirtschaftsliberalen und den Progressiven ausgleichen. Doch das Vorhaben ist gescheitert. Hagen verfolgt eine andere, eine Doppelstrategie: mehr Profil, aber nicht um jeden Preis.

AUS DEM PARTEIPOLITISCHEN OFF hat er eine klare Positionierung angemahnt. „Die Parteiführung braucht den Mut zu Richtungsentscheidungen“, sagte er im Gespräch mit *Cicero*. „Nur Reibung erzeugt Profil.“ Die FDP habe sich aus Angst vor einem Streit der Parteiflügel bisher um eine echte Positionsbestimmung herumgedrückt. So was kann man nur sagen, wenn man den Gremien nicht mehr angehört.

Bei seiner Rede im Maritim-Hotel im November skizzierte er seine FDP-Idee. Dazu gehören Formulierungen, die es in der Ampelzeit und auch unter Dürr so nicht gegeben hätte. Der Liberalismus dürfe sich nicht anpassen, müsse um eigene Deutungshoheit kämpfen und dabei auch gegen den Zeitgeist angehen können. Doch Martin Hagen sucht zugleich

auch eine Anschlussfähigkeit in die Mitte. Mit einigen postliberalen Denkern im Umfeld von Trump will er nichts zu tun haben. Auch eine „Staatsverachtung“, wie man sie bei Milei-Anhängern fände, hält er für falsch. Martin Hagen wettet gegen eine Einengung des Meinungskorridors, gegen linke und postkoloniale Denkmuster will er eintreten.

Hagen steht für eine wirtschaftsliberale FDP, Kritiker werfen ihm vor, früher linker gewesen zu sein. Den Widerspruch sieht er nicht. Er war Vorsitzender der Jungen Liberalen in Bayern, als die frühere Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger bayerische FDP-Landesvorsitzende war. „Uns verbindet seitdem eine politische Freundschaft, auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind.“

Hagen wettet gegen eine Ideologie, die jedes Wort auf die Goldwaage lege und hinter jedem Verhalten Diskriminierung wittere. In diesem Sinne schreibt er: „Diversity als woke Modeerscheinung ist out.“ Zugleich redet er einer gesellschaftlichen Pluralität das Wort. „Ethnische, kulturelle, religiöse und sexuelle Vielfalt ist Rechtsextremen ein Dorn im Auge“, so Hagen, das sei aber die Vielfalt, für die der Liberalismus stehe.

In seiner Partei rührt sich schon Widerstand gegen diese neue profilierte FDP von Hagen und Kubicki. Wahlweise wird Hagen vorgeworfen, zu rechts zu sein oder zu oppositionell. Dass er fernab von Thinktanks auch Wahlerfolge organisieren kann, muss er, wenn er gewählt wird, dann zeigen.

VOLKER RESING leitet das Ressort **Berliner Republik** bei *Cicero*.



CDU

CSU 

SPD



Die Therapie passt nicht zur Diagnose

Von
MATHIAS
BRODKORB

Illustrationen
MARIE
WOLF

Eine große Steuerreform soll das Land wieder wettbewerbsfähig machen und auf Wachstumskurs bringen. Dazu müssten die Kosten runter. Die Regierung hat das aber gar nicht vor.



Die Lage ist katastrophal.“ So beschreibt Wirtschaftsprofessor Jan Schnellenbach Deutschlands wirtschaftliche Situation und Finanzpolitik. Es gebe eine riesige Diskrepanz zwischen der Eindeutigkeit der Lage und der Zaghaftigkeit des politischen Handelns. Ab 1. Januar 2027 soll eine große Steuerreform die Wende bringen. Diagnose und Therapie jedoch passen nicht zusammen.

Immerhin scheint sich im politischen Berlin die Einsicht durchgesetzt zu haben, dass der wirtschaftliche Niedergang tatsächlich real ist. Das ist ein Fortschritt. Deutschland büßt bereits seit geraumer Zeit immer mehr Wettbewerbsfähigkeit ein. Gerade auf dem Export basierte aber der deutsche Wohlstand der vergangenen Jahrzehnte.

Besonders klar sprach das Problem Vizekanzler Lars Klingbeil (SPD) nach zwei verlorenen Landtagswahlen im März 2026 in einem Vortrag bei der Bertelsmann-Stiftung aus. Sein Ton war ernst, sogar fast dystopisch: „Deutschland ist inzwischen ein blockiertes Land.“ Dazu habe auch seine eigene Partei beigetragen. Es brauche nun eine umfassende Reformagenda: „radikalen Bürokratieabbau“, Mehrarbeit und Innovationen. Deutschland müsse sich in die „Technologieführerschaft“ zurückkämpfen. Die Probleme könnten nicht ständig mit noch mehr Geld zugekleistert werden. Das sagte jener Mann, der für das Zukleistern der Probleme mittels zusätzlicher Schulden heute verantwortlich ist.

Aber nun will er eine große Steuerreform auf den Weg bringen. Die Belastung für die meisten Bürger soll runter, damit sich Arbeit lohnt und das Land wieder wirtschaftlich stark wird. Die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit entscheidet sich aber nicht allein am Umfang des Arbeitsangebots, sondern auch an dessen Preis. Bleiben die Kosten für den Faktor Arbeit hoch, nützt es für den Export herzlich wenig, wenn von ihm mehr angeboten wird. Im Zentrum aller Steuerdebatten steht eine Diät. Der Mittelstandsbauch in der Steuerprogression soll weg. Vor allem bei niedrigen Einkommen

Der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands verlangt Reformen. Aber welche?

steigt der Grenzsteuersatz früh steil an. Das gilt nicht nur als ungerecht, sondern auch als Hindernis bei der Ausweitung des Arbeitskräfteangebots und damit der Bekämpfung des Fachkräftemangels.

Die Debatte darüber gibt es schon seit Jahrzehnten. Bisher aber ohne durchgreifendes Ergebnis. Die Kosten für die vollständige Beseitigung des Mittelstandsbauchs wären hoch und lägen je nach Ansatz zwischen 20 und 70 Milliarden Euro pro Jahr.

EINNAHMEVERLUSTE allerdings kann sich der Staat nicht mehr leisten. Friedrich Merz (CDU), Markus Söder (CSU) und Lars Klingbeil (SPD) haben ihm schon jetzt die größte Verschuldungsorgie in seiner Geschichte aufgebürdet. Die Finanzierungslücke im Bundeshaushalt wird in den nächsten Jahren regelrecht explodieren. Im Jahr 2024 waren 33 Milliarden Euro zusätzlicher Schulden

nötig, um ihn auszugleichen, im vorigen Jahr doppelt so viele. Und bis 2029 soll sich der Wert noch einmal verdoppeln – und zwar ganz ohne zusätzliche Einnahmeverluste durch eine Reform der Einkommensteuer.

Eine Entlastung für alle Bürger kann es schon deshalb nicht geben. Die Wohltaten auf der einen Seite müssen durch Mehreinnahmen auf der anderen ausgeglichen werden. Andernfalls fährt der Karren vollends an die Wand. Deshalb sollen Gutverdiener mehr zur Kasse gebeten werden, um 95 Prozent der Steuerzahler zu entlasten.

Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat dafür einen Kompromissvorschlag vorgelegt. Der Eingangssteuersatz soll bei 19 statt 14 Prozent einsetzen und dann bis zu einem Jahreseinkommen von 90 000 Euro linear auf den neuen Spitzensteuersatz von 49 Prozent ansteigen. Damit wäre der Bauch vollständig abgeschmolzen.

Während eine Normalverdienerfamilie mit zwei Kindern dann mit einer jährlichen Entlastung von etwa 1000 Euro rechnen könnte, müssten Gutverdiener insgesamt sechs Milliarden Euro zusätzlich an Einkommensteuer zahlen. Selbst bei dieser Umverteilung von oben nach unten klaffte aber noch immer eine zusätzliche Finanzierungslücke von 15,5 Milliarden Euro in den Büchern des Staates.

Zu deren Beseitigung haben Union und SPD jeweils eigene Vorstellungen. Bundeskanzler Merz will nicht ausschließen, dass es im Rahmen einer Gesamteinigung zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer kommen könnte. Das wäre eine fiskalische Punktlandung. Ein Prozentpunkt mehr brächte 15 bis 16 Milliarden Euro und könnte die Finanzierungslücke der Mittelstandsbauchdiät vollständig zum Verschwinden bringen.

Die SPD wiederum schließt dies kategorisch aus, weil von einer Mehrwertsteuererhöhung Niedrigverdiener stärker betroffen wären als Gutverdiener. Was sie an Einkommensteuer sparten, büßten sie zu erheblichen Teilen über die höhere Mehrwertsteuer wieder ein.



Klingbeil schlägt deshalb alternativ die Abschaffung des Ehegattensplittings vor. Das könnte für den Staat Mehreinnahmen in Höhe von 15 bis 25 Milliarden Euro pro Jahr zur Folge haben. Aber nur dann, wenn auch alle Ehen in diese Regelung einbezogen würden.

Für eine Alleinverdienerehe mit einem Jahreseinkommen von 100 000 Euro hätte das empfindliche Konsequenzen. Sie müsste pro Jahr rund 4600 Euro zusätzlich an den Staat abtreten, wie das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) ermittelt hat.

Davor schreckt selbst der SPD-Finanzminister in Not zurück. Erst künftige Ehen sollen deshalb vom bisherigen Ehegattensplitting nicht mehr profitieren. Es würde somit ungefähr 60 Jahre dauern, bis das neue System seine volle Wirkung entfaltet hätte. Zur Lösung der akuten Finanzprobleme von heute taugt es also nicht. Markus Söder wiederum lehnt

Die Ungeduld des Wahlvolks übersteigt die Bereitschaft der Politik zum Handeln seit Jahren

bisher alle Vorschläge zur Gegenfinanzierung einer Einkommensteuerreform ab. Egal ob Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder Abschaffung des Ehegattensplittings: Derartige Maßnahmen wären ein „Schlag ins Gesicht“ der Leistungsträger dieses Landes, betonte er in einem Interview mit dem *Stern*. Die Steuern müssten „runter, nicht rauf“. Nicht nur in CDU-Kreisen rätselt man dieser Tage darüber, wie Söder stattdessen die Probleme lösen will. Vor seiner Wahl hatte sich Kanzler Merz allerdings noch ganz ähnlich geäußert.

Viel Zeit bleibt nicht mehr. Die Ungeduld des Wahlvolks übersteigt die Handlungsbereitschaft der Politik schon seit Jahren. Auch dadurch dürfte sich die Ausfransung des politischen Systems erklären lassen. In Umfragen zeigen sich nur noch 15 Prozent der Deutschen mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden. Möglichst noch vor der Sommerpause





soll deshalb die Einigung über eine große Steuerreform in Sack und Tüten sein. Es geht um ein Aufbruchssignal – auch für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Was aber haben die derzeit diskutierten Vorschläge damit eigentlich zu tun? In Wahrheit nicht sehr viel. Statt um Wettbewerbsfähigkeit geht es um ganz andere Dinge.

Vizekanzler Klingbeil hat erkannt, dass die SPD längst nicht mehr der Anwalt der sozialen Gerechtigkeit, sondern der Transferempfänger geworden ist. Das will er wieder ändern, um den weiteren politischen Abstieg seiner Partei zu verhindern. Nach den Bürgergeldempfängern soll nun endlich auch die arbeitende Mitte mehr im Portemonnaie behalten. Statt Kamelle für wenige soll es Kamelle für (fast) alle geben.

Das ist der eigentliche Grund dafür, warum die SPD den Mittelstandsbauch in der Einkommensteuer auf Kosten der Gutverdiener schleifen will. Statt um die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit geht es um ein durchsichtiges Tauschgeschäft: Geld gegen Wählerstimmen.

Einen wesentlichen Effekt auf die Wettbewerbsfähigkeit gibt es beim SPD-Vorschlag aber nur für kleinere und mittlere Betriebe, die als Personengesellschaften veranlagt werden und Einkommensteuer zahlen. Eine Anhebung des Spitzensteuersatzes würde ihre Wettbewerbsfähigkeit allerdings noch weiter verschlechtern und gerade nicht verbessern.

Das ließe sich vermeiden, wenn die drohenden Einnahmeverluste des Staates stattdessen über eine Anhebung der Mehrwertsteuer gegenfinanziert würden. Damit wäre kein Effekt auf die Kosten- und damit Wettbewerbssituation der Unternehmen verbunden – weder positiv noch negativ. Die Umsatzsteuer ist für sie ein durchlaufender Posten.

Stattdessen würde so die Chance auf eine anziehende Binnenkonjunktur verspielt. Die Zuwächse beim verfügbaren Einkommen bei Gering- und Normalverdienern würden durch höhere Mehrwertsteuern wieder aufgeessen. Linke Tasche, rechte Tasche also. Wohl

Mit den Ideen der SPD lässt sich die Wettbewerbsfähigkeit des Landes nicht stärken

auch deshalb betonte Lars Klingbeil bei der Bertelsmann-Stiftung die möglichen wirtschaftlichen Effekte einer Abschaffung des Ehegattensplittings. Durch die steuerliche Schlechterstellung von Ehepartnern mit ungleichem Einkommen erhofft er sich einen wirtschaftlichen Zwang vor allem für Frauen, stärker als bisher der Erwerbsarbeit nachzugehen. Das soll zugleich ein Schritt hin zu „moderner Gleichstellungspolitik“ sein.

DIE MÖGLICHEN EFFEKTE scheinen allerdings marginal zu sein. Holger Stichnoth vom Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) beziffert sie nach einer Simulation auf „maximal 30 000“ Vollzeitstellen. Aber nur dann, wenn die Rechtsänderung unmittelbar für alle Ehen wirksam und nicht auf 60 Jahre gestreckt würde, wie der Finanzminister es vorgeschlagen hat. Das – zeigt sich Stichnoth überzeugt – brächte

nur mehr „Unübersichtlichkeit und sozialen Unfrieden“ ins Land. Klingbeils Vorschlag taue weder dazu, die Erwerbsneigung von Frauen relevant zu erhöhen noch „Haushaltslöcher“ zu stopfen. Aber selbst wenn es anders wäre, könnte auch das an der Wettbewerbsposition Deutschlands nur unter einer einzigen Voraussetzung etwas ändern. Warum das so ist, erklärt Jan Schnellenbach von der Universität Cottbus im Gespräch mit *Cicero*.

Dazu müsste die Ausweitung des Arbeitsangebots so groß ausfallen, dass es gesamtwirtschaftlich zu niedrigeren Löhnen käme als unter unveränderten Bedingungen. Nur dann würde die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf der Kostenseite positiv beeinflusst.

Auf der Bühne wird also das Stück von der Gleichstellung der Frau gegeben, das sich hinter den Kulissen als ein Programm zur Dämpfung von Lohnanstiegen für alle erweist. So sagt es der SPD-Vizekanzler Klingbeil in der Öffentlichkeit natürlich nicht. Das klänge nicht nach sozialdemokratischer Kamelle.

Nicht die Einkommensteuer wäre daher ein wirksamer Hebel, um etwas für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu tun, sondern neben dem radikalen Abbau von Bürokratie eine grundlegende Reform der Unternehmenssteuern.

Für die Körperschaftsteuer sieht die Koalition entsprechende Maßnahmen bereits vor. Sie soll ab 2028 fünfmal hintereinander jährlich um einen Prozentpunkt sinken. Würden diese Schritte vorgezogen und in einem Zug realisiert, wären die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit merklich spürbar.

Und auch die Absenkung von Sozialbeiträgen hätte eine zielgenauere Wirkung als eine Reform der Einkommensteuer. Sie wäre außerdem mit dem Vorteil verbunden, dass Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gleichermaßen davon profitierten.

Das sieht nicht nur der überzeugte Marktwirtschaftler Jan Schnellenbach so, sondern ebenso Achim Truger. Auch er ist Wirtschaftsprofessor und gehört auf



Mandat des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) zu den fünf Wirtschaftsweisen des Landes. Er vertritt eher linke, staatsinterventionistische Positionen. Truger nennt noch einen weiteren Grund dafür, warum die Absenkung der Sozialbeiträge sinnvoller wäre als eine Reform der Einkommensteuer. Arbeitnehmer mit geringen und mittleren Einkommen zahlten „deutlich mehr Sozialbeiträge als Einkommensteuer“. Das Ziel, die arbeitende Mitte des Landes zu entlasten, könnte auf diesem Weg also viel effektiver erreicht werden.

Die langfristige strategische Konsequenz müsste dann aber der schrittweise Umbau des deutschen Sozialstaats von der Beitrags- hin zur Steuerfinanzierung sein. Im Zweifel also die Einkommensteuerlast eher hochschrauben, um die Sozialbeiträge im Gegenzug absenken zu können. Das würde der Wettbewerbsfähigkeit ebenso helfen, wie Privathaushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen zugutekommen. Man schlage zwei Fliegen mit einer Klappe.

AN DIESEM PUNKT allerdings endet der Konsens zwischen dem liberalen und dem linken Wirtschaftsprofessor. Schnellenbach sieht nämlich noch andere Möglichkeiten, um die Sozialbeiträge spürbar abzusenken: konsequente Sozialreformen. Er denkt dabei möglicherweise an folgenden Fall: Würde im Falle von Krankheit die Lohnfortzahlung für die ersten drei Tage ausgesetzt, ergäben sich an Montagen und Freitagen wahrscheinlich regelrechte Wunderheilungen. Das Arbeitskräfteangebot würde signifikant zunehmen und der Sozialstaat zugleich billiger werden. Es gibt Reformen, die kein Geld kosten, sondern es einspielen. Aber dafür bräuchte man Mut.

In Berlin wird dieser Tage stattdessen ein Schauspiel aufgeführt. Die Inszenierung trägt den Titel „Wettbewerbsfähigkeit“, erweist sich letztlich aber als Verwirrstück: Die SPD kämpft in Wahrheit um das eigene Überleben und nicht um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Markus Söder tut das, was er immer tut: Er kämpft für sich, seine CSU und sein Bayern. Und in der

Der bessere Weg: die Steuern auf Einkommen rauf, die Sozialabgaben runter

Mitte steht ein Kanzler, der wieder einmal seine Wahlversprechen wird einkasieren müssen, um überhaupt noch Reformen auf den Weg bringen zu können.

In der CDU glaubt man inzwischen sogar an jene Mantras, die dem Wahlvolk zur Beruhigung vorgemurmelt werden. Wahrscheinlich hat das mit Zweckoptimismus zu tun. Die Senkung der Einkommensteuerlast für den kleinen Mann werde Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit deutlich erhöhen, zeigt man sich überzeugt. Zwischen geplanter Maßnahme und erhoffter Wirkung gibt es allerdings keinen relevanten Zusammenhang.

Horcht man in die CDU-Bundestagsfraktion hinein, ob man nicht eher den Sozialstaat umbauen und die Sozialbeiträge absenken müsste, wird abgewinkt. Man könne doch schon froh sein, wenn sie mit dieser Koalition nicht noch weiter anstiegen. Darauf müssten alle Kräfte konzentriert werden. Die

Verhinderung einer weiteren Verschlechterung wird als einzig realistische Form der Verbesserung beschworen.

Letztlich müssten sich Merz, Klingbeil und Söder zusammensetzen und eine Lösung finden, sagt dazu ein einflussreicher CDU-Bundestagsabgeordneter. Monatelange Verhandlungen im Koalitionsausschuss würden die Öffentlichkeit stattdessen verunsichern und wären das Ende einer jeden vernünftigen Lösung. Die Koalition müsse jetzt Reformbereitschaft beweisen, um Zuversicht und Vertrauen zu stiften.

Um das deutsche Wohlfahrtsstaatsmodell zu retten, bräuchte es aber mehr als bloß geschäftigen politischen Aktionismus. In der Großen Koalition scheint man inzwischen nach der Devise zu verfahren: Hauptsache, es geschieht überhaupt irgendetwas.

Die wirtschaftliche Zukunft dieses Landes hängt also an diesen drei Männern: Klingbeil, der vor allem mit dem Kampf gegen den Untergang seiner eigenen Partei beschäftigt ist; Söder, dem schon seine Verfassung ein gehöriges Maß an Selbstbezogenheit gebietet; und Friedrich Merz, der manchmal heute nicht weiß, ob er morgen sein Versprechen von gestern noch einlösen will oder kann.

Was die Zukunft in Sachen Steuerreform bringen dürfte, zeigte dabei die 15. Kalenderwoche dieses Jahres. Das in einer Krisensitzung nach Ostern beschlossene „Energiesofortprogramm“ sollte die Lösung bringen. Es sieht eine „abgabenfreie Entlastungsprämie“ von bis zu „1000 Euro“ vor, die Arbeitgeber ihren Mitarbeitern freiwillig zahlen können. Und eine Senkung der Energiesteuern „bei Diesel und Benzin um jeweils ca. 17 Cent brutto pro Liter“ für zwei Monate. Die Gegenfinanzierung soll ausdrücklich „durch kartellrechtliche oder steuerrechtlich abgesicherte Maßnahmen gegenüber den Mineralölwirtschaftsunternehmen“ erfolgen. Gesamtwirtschaftlich betrachtet gäbe es damit aber gar keine Steuerentlastung. Eine Gegenfinanzierung der Maßnahme durch höhere Einnahmen infolge steigender Spritpreise hingegen scheint nicht geplant zu sein.

SOPHIE VON MALTZAHN
SCHREIBT ...



Diesmal: Feministin mit Goldhaube

Im krassen Gegensatz zur Stadtwelt, in der man aus dem Haus treten und Teil einer anonymen Masse werden kann, ist es bekanntlich auf dem Dorf so, dass jeder jeden kennt. Unsere Kinder wachsen auf ohne das Konzept einer komplett fremden Person, an der man auf der Straße vorbeigeht, ohne ein paar nette Worte zu wechseln oder wenigstens zu grüßen.

Die faszinierende Erfahrung, so gut wie nie auf Unbekannte zu treffen, hatte ich schon in unserem vorherigen Lebensabschnitt in meiner Heimat Mecklenburg-Vorpommern gemacht. Dort lebten wir am Rande des Müritz-Nationalparks, umgeben von weitaus mehr Wildtieren als Menschen. Ein vergleichbares Gefühl von unberührter Abgeschiedenheit, in der keine Urteile und Ansprüche dich von außen treffen, weil du schlichtweg niemandem begegnest, finde ich hier, wenn ich auf einer Alm ankomme und weiß, ich darf eine Weile bleiben.

Unser neues Zuhause liegt mitten im Zentrum einer kärntnerischen, von Vereinen und Verwandtschaftsverhältnissen durchflochtenen Marktgemeinde, ja

sogar in ihrem historischen Kern, im Schloss, gleich neben der Kirche. Dass ich mein Adelig-Sein nicht abstreifen kann, wusste ich schon. So deutlich wie hier, wo Traditionen weniger um ihre Gültigkeit ringen müssen, habe ich es aber selten verspürt.

Als Neue auf dem Gräfinnenstuhl musste ich von Anfang an davon ausgehen, überall von den Leuten erkannt zu werden. Im Supermarkt, im Wartezimmer beim Hausarzt, im Publikum bei der Vorstellung der hiesigen, grandiosen Theatergruppe, zu Fuß auf dem Weg zum Kindergarten oder Sportplatz. Die Rolle läuft immer mit. Bevor ich die andere Person in mein angefangenes Puzzle einzufügen vermag, könnte die sich also überlegen: Ist sie eine Blutsaugerin wie ihre Vorfahren, ein nutzloser Snob, der von seinen Privilegien lebt, oder macht sie was draus? Werden wir ja sehen, ob sie das zu ihrer Position gehörende Amt in der Trachtengruppe annimmt, und dann bei der Prozession an Fronleichnam oder am Gedenktag des Abwehrkämpfer-Bundes unsere Goldhaube aufsetzt, den schwarzen Regenschirm und Spitzenstrümpfe trägt.

In der mir hier zgedachten Form kann ich mir vorkommen wie ein Hefeteig im Gugelhupf: Werde ich darin aufgehen oder beim Umstülpen in die Einzelteile meiner Persönlichkeit zerfallen? Und was resultiert aus den eingebackenen Steinen wie meinem Autonomiebedürfnis als Frau und Feministin? Als Publizistin? Eine weitreichende Anpassung könnte zum Verstummen führen. Oder sollte ich mir mal weniger Sorgen machen, weil eh alles passt? Grüß Gott!

SOPHIE VON MALTZAHN ist Schriftstellerin und lebt in Kärnten. In *Cicero* blickt sie monatlich vom Land aus auf die Welt.

Das Bundesfinanzministerium sagt dazu als Begründung: „Durch die höheren Preise dürfte es zu Verhaltensveränderungen bei Verbrauchern kommen, dann würde weniger Kraftstoff verbraucht.“ Und damit auch weniger Energiesteuer oder CO₂-Abgabe eingenommen. Stattdessen sollen die Konzerne die drohende Haushaltslücke von 1,6 Milliarden Euro schließen.

Die Argumentation hat einen marktwirtschaftlichen Haken. Sinken die Spritpreise durch die Steuersenkung, müssten auch die Nachfrage nach Benzin und Diesel und damit die Preise vor Steuern weiter anziehen. Läuft dann die Steuerermäßigung nach zwei Monaten aus, dürften die Spritpreise sogar höher sein als heute. Wahrscheinlich wird das dann wieder als „Abzocke“ (Lars Klingbeil) durch die Konzerne geißelt, obwohl es die Politik selbst verursacht hat. Die Regeln der Marktwirtschaft lassen sich nicht auf Dauer ignorieren.

Auch durch die „abgabenfreie Entlastungsprämie“ wird es keine gesamtwirtschaftliche Entlastung geben. Die Einnahmeausfälle sollen durch die Erhöhung der Tabaksteuer kompensiert werden: Rauchen für das Autofahren. So droht es auch bei der angekündigten Steuerreform zu kommen.

Deutschland steuert nämlich nicht nur auf eine Rekordverschuldung zu. Die zusätzlichen Schulden reichen nicht einmal aus, um den Haushalt auszugleichen. Allein von 2027 bis 2029 klafft eine planerische Lücke von über 140 Milliarden Euro. Der Staat kann auf keinen Cent mehr verzichten.

Vielleicht werden sich Lars Klingbeil, Markus Söder und Friedrich Merz daher noch einmal darüber ärgern, dass sie die Verschuldungsschleusen geöffnet haben. Die Probleme sind nun größer, als sie es jemals waren. Wenn eine Therapie nicht zur Diagnose passt, kann die Krankheit auch nicht geheilt werden.



MATHIAS BRODKORB ist Autor bei *Cicero*. Er war für die SPD Finanzminister in Mecklenburg-Vorpommern.



Ohne Worte keine Welt



Ein großer Irrtum der digitalen Gegenwart ist die Verachtung der Sprache. Mit Simplifizierung erfasst man die Welt nicht besser, sondern lässt die Wirklichkeit verkümmern. Deswegen brauchen wir ein Zurück zur Schriftlichkeit.

Von
FRANK A. MEYER

Der Deutschlandfunk sendet seit einiger Zeit „Nachrichten in einfacher Sprache“. An bundesrepublikanischen Schulen werden Werke der Weltliteratur „in einfacher Sprache“ gelesen, nicht nur an Grundschulen, sondern auch schon an Gymnasien. Gibt es eine „komplizierte Sprache“? Ist Deutsch nicht länger einfach Deutsch, sondern zweifaches Deutsch – je nachdem, wer gerade angesprochen wird, wer gerade lesen darf, wer gerade verstehen soll? Oder wozu sonst braucht es Journalismus und Literatur in einfacher Sprache?

Die Verballhornung der Sprache gibt es, seit es Sprache gibt. Friedrich Schillers monumentales „Lied von der Glocke“, entstanden 1799, wurde 50 Jahre später in einer Fassung von zehn Wörtern verulkt: „Loch in Erde, Bronze rin, Glocke fertig, bim, bam, bim.“

Leider ist die einfache Sprache von heute kein Ulk. Publizisten und Pädagogen, die sie propagieren und praktizieren, ist es todernst damit. Todernst? Ein düsteres Wort. Doch was es beschreibt, könnte in der Tat zum Tod führen: zur Abtötung von Sprache und Sprachgefühl und Sprachlust – ganz besonders bei jungen Leuten, die ja die bevorzugte Zielgruppe der aktuellen Sprachmanipulierer sind.

Wie kommt es zu einer solchen Entwicklung? Vor allem durch die Digitalisierung: je weniger Wörter und je simpler die Wortwahl, desto besser.

Am allerbesten ist, so gesehen, die sprachlose Kommunikation – ohne Worte, vor allem ohne geschriebene Sprache. Der Blick auf den Bildschirm

soll genügen. Erlaubt ist höchstens noch das gesprochene Wort, schlichter Text ohne jeden Anspruch an die Hörer – mit Podcasts als Höhepunkt der analphabetischen Peinlichkeit.

Sprachsimplen behaupten felsenfest, Goethes „Faust“ sei auch in einfacher Sprache noch Goethes „Faust“, Rilkes Gedichte blieben Rilkes Gedichte – sogar dann, wenn sie sprachlich von aller Dichtkunst gesäubert sind.

Was aber ist ein Dichter, wenn nicht Sprache – seine Sprache?!

Max Frisch ist die Sprache von Max Frisch – nicht die Story vom identitätssuchenden „Stiller“, die auch in einfacher Sprache erzählt werden kann. Friedrich Dürrenmatts „Physiker“ sind Sprachgewalt – und nicht ein megacooles Märchen, das sich auch in Plaudersprache erzählen lässt.

Was ist eigentlich Sprache? Bloß ein Instrument der Verständigung?

Sprache ist der Mensch selbst – das Individuum, der Einzelne: In seinen Worten, seiner Betonung, seinem Rhythmus, mit seinen Unsicherheiten, mit seiner Suche nach wirkungsvollen Ausdrücken. Wir erkennen den anderen an seiner Sprache: der Sprache der Freundschaft, der Sprache der Liebe, des Zorns, der Trauer.

Und was ist der Mensch in einfacher Sprache? Was ist die Botschaft der Spracharmut? Was bedeutet die Sprachlosigkeit des digitalen Universums?

Den Verzicht des Menschen auf den Menschen – auf sich selbst.

Johann Wolfgang von Goethe wird liquidiert, wenn ihm die Sprache des Dichters geraubt wird. Desgleichen Rainer Maria Rilke. Desgleichen der Goethe-Leser sowie der Rilke-Hörer: Ihnen wird die Sprache von Goethe und Rilke vorenthalten. Und mit dieser Unterschlagung das Werk der Dichter gelöscht. Der Dichter liquidiert.

Goethe und Rilke in Emojis.

Gibt es ein erbärmlicheres Projekt als „Nachrichten in einfacher Sprache“, als Literatur in einfacher Sprache?

Was wäre Journalismus in einfacher Sprache?

Es wäre das Ende der Qual, zu jedem Ereignis, zu jedem Thema – zu jeder Wirklichkeit – die richtigen Worte zu finden, also eine Sprache, die das Ereignis, die das Thema – die Wirklichkeit – fühlbar macht, ergreifend.

Eine Sprache, die Betroffenheit vermittelt, und damit, mit den richtigen Worten, den Leser und den Hörer in das Geschehen einbezieht.

Erst im Bann der Sprache wird Wirklichkeit begreifbar – greifbar.

Deshalb sind Schreibenkönnen und Formulierenkönnen die Voraussetzung für den Journalistenberuf: für das Sprachhandwerk, das Sprachkunsthandwerk in der Form des Boulevardjournalismus.

Woher kommt überhaupt die Versuchung, das Schreiben und das Lesen zur „einfachen“ Sprache zuzurichten? Aus der vorausseilenden Unterwerfung unter die Herrschaft der Künstlichen Intelligenz? Aus der Verführung durch die totale – die totalitäre – Präsenz des Digitalismus: der Bildschirm in jeder Jackentasche, zu jeder Zeit?

Jeder Begegnung mit der Welt – auf der Straße, in der Natur, in Bahn oder Flugzeug – wohnt ein Zauber inne, der sich Auge und Ohr eröffnet: die Magie anderer Menschen mit unbekannter Lebenswelt – Vorstellungswelten auf der Straße. So lebt der Mensch – in einer gemeinsamen Wirklichkeit mit den Geschichten der anderen. So entwickelt sich der Mensch – durch Geschichten. Erst das geschriebene,

„Leider ist die ‚einfache Sprache‘ von heute kein Ulk. Publizisten und Pädagogen, die sie propagieren, ist es todernst damit“

das gesprochene Wort bringt eine schöpferische Sprachordnung in die wirre Wirklichkeit des Jetzt. Menschen brauchen Zeit zum Begreifen, zum Bedenken. Und der Journalist hält mit seinem Formulieren für einen Moment die Zeit an. Denn das ist die Aufgabe des journalistischen Handwerks: das Geschehen greifbar zu machen.

Die Sprache des Journalisten bildet eine erste Verdichtung der flüchtigen Realität – ohne Verdichtung gibt es kein Nachdenken. Und das Nachdenken, das Überprüfen alles Bedachten, bildet die Kultur der freien, der offenen Gesellschaft.

Der Journalist ist der Verdichter des Alltags.
Der Dichter der Demokratie.

FRANK A. MEYER
ist Schweizer Journalist
und lebt in Berlin.



PPW — Herausforderungen meistern

Wer trägt die Verantwortung, wenn künstliche Intelligenz Entscheidungen trifft? Sind wir den entstehenden Technologien als Menschen noch gewachsen? Mit diesen und anderen herausfordernden Fragestellungen müssen sich Führungskräfte auseinandersetzen. Wir geben Ihnen im berufsbegleitenden Masterstudiengang »Philosophie Politik Wirtschaft« das Rüstzeug und den philosophischen Tiefblick.

Prof. Dr. Sven Nyholm, Professor für Ethik der Künstlichen Intelligenz an der LMU, lehrt im berufsbegleitenden Masterstudiengang »Philosophie Politik Wirtschaft«.



Ansprechpartnerin:
Dr. Gloria Mähringer
ppw@lmu.de

Limitiert auf 20 Plätze
lmu.de/ppw

Im Land der Verschwundenen

Fotos
ALFREDO BOSCO

Von
RONNY BLASCHKE

Die Tötung des mächtigsten Kartellbosses löste in Mexiko eine Welle der Gewalt aus. Seit Jahrzehnten gehört die organisierte Kriminalität dort zu den größten Wirtschaftszweigen, auch mithilfe von korrupten Beamten. Kann unter diesen Umständen eine Fußball-WM stattfinden?

In den Bergen der Sierra de Guerrero befindet sich Mexikos größter Mohnanbau



WELTBÜHNE



Ein Vater am Grab seines im
Jahr 2012 von Mitgliedern
eines Drogenkartells
verschleppten Sohnes

Eine Kameradrohne fliegt über die Altstadt von Guadalajara. Sie fängt den Sonnenuntergang hinter der Kathedrale ein. Auf dem bunt geschmückten Vorplatz begegnen sich Musiker, Händler, Tänzer mit Sombrero. Die Kamera zeigt schicke Cafés, sakrale Kunst und die moderne Metro. Und immer wieder einen goldenen, flaschengroßen Pokal, begleitet von rhythmischer Trompetenmusik.

Im Juni und Juli findet die Fußballweltmeisterschaft 2026 der Männer in den USA, Mexiko und Kanada statt. In Guadalajara, einem von drei mexikanischen Austragungsorten, sind vier Vorrundenspiele geplant. Und so präsentiert der Weltfußballverband Fifa die Stadt in Werbekanälen als moderne und traditionsbewusste Metropole, als sicher und weltoffen. Doch das ist nicht das ganze Bild.

Guadalajara ist die Hauptstadt des Bundesstaats Jalisco, wo das einflussreichste Kartell des Landes verankert ist: Jalisco Nueva Generación, CJNG. Ende Februar herrschte in Jalisco Ausnahmezustand. Spezialkräfte des Militärs töteten den Anführer des Kartells, Nemesio Oseguera Cervantes, genannt „El Mencho“, bei einer groß angelegten Operation.

Angehörige des Kartells schworen Rache, setzten Geschäfte und Banken in Brand, errichteten 200 Straßensperren. 73 Menschen kamen dabei ums Leben. Die Lage beruhigte sich nach einigen Tagen, doch die Gewalt könnte jederzeit wieder ausbrechen, zwischen Militär und Kartellen, zwischen rivalisierenden Banden. Der Tod von El Mencho hinterlässt Kämpfe um Macht und Reviere. Und er schafft eine Aufmerksamkeit für ein Thema, das in Europa bislang wenig diskutiert wurde. Denn oft fand die Gewalt im Verborgenen statt.



Mitglieder der „Policia Ciudadana“, einer Bürgerwehr gegen Drogenkartelle, in der Gemeinde Leonardo Bravo im mexikanischen Bundesstaat Guerrero

Im März 2005 legte eine Freiwilligenorganisation auf einer verlassenen Farm in Jalisco eine Mordstätte frei. Die Suchenden fanden Leichensäcke und Zähne, Knochenfragmente und auch Öfen, die wohl zur Verbrennung von Opfern genutzt wurden. Die Farm diente dem Kartell offenbar als ein Zentrum für die Rekrutierung und Ausbildung von Kämpfern, Drogenköchen und Schmugglern. Diejenigen, die sich den Befehlen der

Anführer widersetzen oder den brutalen Drill nicht bestanden, wurden mutmaßlich hingerichtet. Der Fundort ist weniger als 50 Kilometer vom WM-Stadion in Guadalajara entfernt.

VIELE DER OPFER werden wohl nie identifiziert. Laut der mexikanischen Regierung gelten rund 130 000 Menschen landesweit als vermisst. Die Rede ist von „Desaparecidos“, Verschwundenen. Die Dunkelziffer dürfte höher sein, denn etliche Angehörige schrecken aus Angst vor Verfolgung vor einer Anzeige zurück. „Das große Problem ist, dass sich die Familien der Opfer nicht auf die Unterstützung des Staates verlassen können“, sagt María Rodríguez, Direktorin von Centro Prodh, einer Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Mexico City. „Häufig arbeiten Polizei, Behörden und Kartelle in Mexiko zusammen.“

Rund 95 Prozent der Vermisstenfälle werden nicht aufgeklärt. In Jalisco wollen sich die „Guerreros Buscadores“, die Krieger und Suchenden, nicht damit abfinden. Sie gehören zu den mehr als 100 Bürgerwehren, die eigenständig nach ihren Angehörigen und Freunden fahnden, häufig sind es Mütter und Ehefrauen von entführten jungen Männern. „Die Suchgruppen bilden sich ständig fort und tauschen ihr Wissen untereinander aus“, sagt María Rodríguez, deren Organisation Centro



Prodh Kontakte zu Psychologen und Forensikexperten vermittelt.

Doch selbst wenn die Suchtrupps wie in Jalisco menschliche Überreste finden, bedeutet das nicht unbedingt, dass die Zahl der „Verschwundenen“ sinkt. Nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen wie Centro Prodh können mehr als 50 000 Leichen in den Forensiken nicht identifiziert werden. Zum einen, weil sie verwest oder nach Folter entstellt sind. Zum anderen, weil die Gerichtsmedizin in den 32 Bundesstaaten nicht ausreichend vernetzt ist. Es fehlen Mittel für Personal, Labore, Datenbanken. „Das Verschwindenlassen gehört zu den grausamsten Menschenrechtsverletzungen, weil die Angehörigen jahrelang suchen und nicht mit dem Trauern beginnen können“, sagt María Rodríguez. „Die Politik schaut zu und Täter müssen keine Strafen fürchten.“

Diese Kirche in Petlacala im Bundesstaat Guerrero wurde aufgrund interner Fehden zwischen der kriminellen Gruppe der Tequileros und der Selbstverteidigungsgruppe Guerreros Unidos nie fertiggestellt

In Mexiko leben 130 Millionen Menschen, an jedem Tag werden zwischen 70 und 100 verschleppt oder ermordet

Claudia Sheinbaum, seit Oktober 2024 die Präsidentin Mexikos, weist solche Vorwürfe zurück. Gern erinnert sie an ihre Zeit als Bürgermeisterin von Mexico City zwischen 2018 und 2023. Sheinbaum hatte dort die Polizeibudgets erhöht und mehr Überwachungskameras installieren lassen. Die Zahlen der Morde und Entführungen in der Hauptstadt gingen zurück, doch die Ausgangslage in ländlichen Bundesstaaten wie Jalisco, Guerrero oder Baja California ist anders. Korruption und Kriminalität gehören auf allen Ebenen zum Alltag.

In Mexiko leben 130 Millionen Menschen, an jedem Tag werden zwischen 70 und 100 verschleppt oder ermordet. Die Regierung von Sheinbaum verweist auf Reformen und das offensive Vorgehen gegen Kartellführer wie El Mencho. Überdies sollen Richter künftig direkt von der Bevölkerung gewählt werden. Die

Nationalgarde soll an das Verteidigungsministerium angegliedert werden, um eine effektivere Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsorganen zu ebnet.

Auf Druck von Donald Trump beorderte die mexikanische Regierung 10 000 Nationalgardisten an die Grenze zu den USA. Und sie lieferte Dutzende Kartellführer an den Nachbarn aus. Auch die Militäroperation Ende Februar gegen El Mencho in Jalisco wurde eng mit den Vereinigten Staaten abgestimmt. Aber reicht das, um Mexiko langfristig zu befrieden?

Die Suche nach den Ursachen für die Gewalt führt mehr als 200 Jahre zurück. Nach der Unabhängigkeit von Spanien 1821 zerbrach das Justizsystem Mexikos. Fortan reihten sich Regimewechsel, Aufstände und Verteilungskämpfe zwischen Oppositionellen aneinander. Besonders verdichtet kam dies in den 1910er Jahren

Leichnam eines im Zusammenhang mit dem Drogenhandel in Acapulco getöteten Mannes

während der „Mexikanischen Revolution“ zum Ausdruck, schreibt der Historiker Pablo Piccato von der New Yorker Columbia University in seinem Buch „A History of Infamy – Crime, Truth, and Justice in Mexico“.

Von den 1920er Jahren an entwickelte sich das Drogengeschäft zu einem Wirtschaftszweig. Das gemäßigte Klima, die nährstoffreichen Böden, die großen und doch abgelegenen Flächen boten ideale Voraussetzungen für den Anbau von Marihuana und Schlafmohn, die Basis für Opium und Heroin. Parallel stieg in Mexiko der Partido Revolucionario Institucional, die Partei der institutionalisierten Revolution, zur dominierenden Kraft auf. Die lange autoritär regierende PRI blieb bis zur Jahrtausendwende 71 Jahre an der Macht.

Über die Jahre etablierten sich Partnerschaften zwischen Staat und





Verbrechen, schreibt Pablo Piccato. Politiker, Richter und Polizisten ließen die Kartelle gewähren und wurden an den Gewinnen beteiligt. Zeitgleich wuchs die soziale Ungleichheit in Mexiko. Die geburtenstarken Jahrgänge in den 1970er Jahren brachten viele junge Männer ohne Arbeit hervor, die sich den Kartellen anschlossen.

In den USA, dem weltweit größten Markt für illegale Drogen, wuchs die Nachfrage beständig. Daran orientierten sich auch die Kartelle aus Kolumbien, die mächtigsten Kokainproduzenten in den 1980er und frühen 1990er Jahren. Mafiagrößen wie Pablo Escobar aus Medellín waren für den Schmuggel in die USA auf Transportrouten durch Mexiko angewiesen. Die Rivalität um diese Beteiligungen führte zwischen mexikanischen Kartellen zu Morden, Bombenanschlägen und Entführungen.

IM NEUEN JAHRTAUSEND lösten die mexikanischen Kartelle die kolumbianischen als einflussreichste Netzwerke ab. Zunehmend nahmen sie die Erpressung von „Schutzgeldern“ ins Visier, um in legalen Branchen mitzuverdienen, in Handel, Tourismus, Bergbau. Häufig beauftragten sie Polizisten mit der „Besteuerung“, die damit ihre schlechten Gehälter aufbesserten. Die Politik konnte oder wollte nichts dagegen tun.

Das änderte sich 2006, als Felipe Calderón von der Nationalen Aktionspartei PAN das Präsidentenamt übernahm. Calderón rief den „Krieg gegen die Drogen“ aus und brachte das Militär in Stellung, unterstützt von US-Präsident George W. Bush. Zehntausende mexikanische Soldaten, die eigentlich für Angriffe von äußeren Feinden ausgebildet worden waren, operierten nun im Inneren gegen bewaffnete Banden. „Die Gewalt ging dadurch nicht zurück, sondern eskalierte immer weiter“, sagt Mauricio Salazar von der NGO Aluna Psicosocial. „Die Kartelle reagierten, veränderten ihre Strukturen und sind nun viel beweglicher.“ 2006 dominierten in Mexiko acht Kartelle das organisierte Verbrechen. Inzwischen sind es rund 200 meist kleinere Syndikate.

Politiker, Richter und Polizisten ließen die Kartelle gewähren und wurden an den Gewinnen beteiligt

Felipe Calderón versuchte es mit Repression. Andrés Manuel López Obrador von der linken Partei Morena wählte einen anderen Weg. Als mexikanischer Präsident tauschte er sich von 2018 an mit Familien der „Verschwundenen“ aus. Er brachte eine Wahrheitskommission und eine Sonderstaatsanwaltschaft auf den Weg. Doch auch López Obrador beugte sich den innenpolitischen Fliehkräften und übertrug dem Verteidigungsministerium mehr Verantwortung.

Inzwischen betreibt das Militär etliche Bereiche des zivilen Lebens, etwa den internationalen Flughafen in Mexico City oder die touristischen Bahnstrecken vom Tren Maya im Südosten des Landes, überdies den Zoll und viele Hotels. Die Zusammenarbeit mit der US-amerikanischen Drogenbekämpfungsbehörde DEA hat dagegen stark gelitten.

Die Angehörigen der Vermissten betrachten die Präsidentschaft von Amlo, wie López Obrador meist genannt wird, als Enttäuschung. Morde und Entführungen werden in Mexiko als alltäglich betrachtet, und trotzdem bemühen sie sich mit Aktionen um Aufmerksamkeit. Da sind zum Beispiel die „Antimonumentos“. Eines dieser Antidenkmale befindet sich an einer viel befahrenen Kreuzung im Zentrum von Mexico City, wenige Gehminuten vom wuchtigen Denkmal der Revolution entfernt. Dieses Antimonumento ist knallrot, drei Meter hoch und besteht aus einem Zeichen und einer Zahl: „+43“. Dazu der Schriftzug: „Weil sie lebendig weggebracht wurden, wollen wir sie lebendig zurückhaben.“

An einem heißen Nachmittag versammeln sich zwei Dutzend Angehörige und Freunde an der Kreuzung. Sie tragen weiße T-Shirts, auf denen Fotos der Vermissten abgebildet sind. Mit Mikrofon und Lautsprechern reden sie gegen die röhrenden Busse an. Wenige Passanten bleiben stehen und hören zu. „+43“, damit erinnern sie an 43 Studenten, die im September 2014 im Bundesstaat Guerrero verschleppt und mutmaßlich ermordet wurden. Hinweise legen nahe, dass sie einem Drogengeschäft in die Quere kamen. Polizei und Militär waren offenbar verwickelt, bis heute ist der Fall nicht aufgeklärt.

Für Politiker, die sich gegen Kartelle und Korruption positionieren, ist Mexiko wohl das gefährlichste Land außerhalb von Kriegsgebieten. In den vergangenen 25 Jahren wurden mehr als 200 Menschenrechtler und 160 Medienschaffende im Zusammenhang mit ihrer Arbeit ermordet. In der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen liegt Mexiko von 180 bewerteten Ländern auf Platz 124. Andrés Manuel López Obrador äußerte sich am Ende seiner Präsidentschaft selten dazu. Bei Pressekonferenzen betonte er mehrfach, dass die Aufklärung in der Verantwortung des Staates liege. Mit polemischen Aussagen verbat er sich eine „Einmischung der sogenannten Zivilgesellschaft“.



Blick auf den Strand der
Kriminalitätshochburg
Acapulco



Die Hände von Maria
Emma, Leiterin eines
Vereins, der Familien
hilft, deren Angehörige
verschwunden sind





Mauricio Salazar findet, dass solche Aussagen zur Stigmatisierung der Zivilgesellschaft beitragen. Die psychosoziale Organisation, für die er arbeitet, Aluna Psicosocial, kümmert sich um bedrohte Menschenrechtler und Journalisten. „Die täglichen Gefahren wirken sich langfristig auf den Alltag dieser Menschen aus“, sagt Salazar. „Sie entwickeln oft Angststörungen oder Depressionen. Sie können im Privatleben kein Vertrauen mehr aufbauen oder sie meiden intensive Beziehungen, weil sie ihre Partner und Freunde nicht in Gefahr bringen wollen.“

Aluna Psicosocial begleitet Klienten oft monatelang, manchmal Jahre. Die Drohungen, die investigative Journalisten in Mexiko erdulden müssen, sind vielfältig: Kleintransporter, die ihnen auf dem Arbeitsweg folgen. Möbel, die während ihrer Abwesenheit im Wohnzimmer verrückt werden. Junge Männer, die ihre Kinder auf dem Schulweg ansprechen. Mauricio Salazar erwähnt Reporter, die angeschossen und entführt wurden. Einige wurden wieder freigelassen und flohen für mehrere Monate ins Ausland, aber dann mussten sie in ihr altes Leben zurück. Ihr Monatsgehalt: durchschnittlich 10 000 Pesos, etwa 470 Euro.

DER MEXIKANISCHE STAAT hat Schutzprogramme aufgelegt, aber die Nachfrage übersteigt das Angebot bei Weitem. NGOs wie Aluna Psicosocial erhalten von staatlichen Institutionen keine finanzielle Unterstützung. Sie sind auf Spenden und Förderungen aus dem Ausland angewiesen. Lange waren die USA der mit Abstand wichtigste Zuwendungsgeber, zuletzt mit rund 100 Millionen Dollar, die jährlich direkt oder indirekt an die mexikanische Zivilgesellschaft gingen. Doch

Links: Ein mexikanischer Soldat vernichtet Mohnfelder im Bundesstaat Guerrero



Oben: Tatortbegehung nach einem Mordfall in Acapulco; dem Opfer fehlten mehrere Finger und die Zunge

unter Donald Trump wurde die Behörde für Entwicklungshilfe, USAID, abgewickelt. Dutzende NGOs in Mexiko mussten ihre Angebote verringern oder Büros schließen. Zwar haben unter anderem die Europäische Union und Kanada ihre Unterstützung ausgeweitet, doch die Lücke konnten sie nicht schließen.

Auch aus der Bundesrepublik fließen Fördermittel an die mexikanische Zivilgesellschaft. Eine Vermittlerfunktion übernimmt die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko, ein Netzwerk von Hilfswerken und Initiativen. Deren Koordinatorin Françoise Greve nimmt wahr, dass auch in Deutschland und anderen europäischen Staaten die Bereitschaft sinkt, Entwicklungsgelder an ferne Länder wie Mexiko zu leisten. Greve möchte den Kontext weiten. Eine Stärkung der Menschenrechte in Mexiko, sagt sie, würde auch die wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik stützen.

Mehr als 2000 Unternehmen mit deutscher Beteiligung, die insgesamt 300 000 Arbeitsplätze sichern, sind in Mexiko registriert. Die größten unter ihnen kommen aus dem Automobilbau und der Pharmaindustrie, aus der Elektrotechnik und der Logistik. Viele Firmen produzieren in Mexiko mit relativ niedrigen Kosten ihre Güter für die lukrativen Märkte in den USA und Kanada. Doch das ökonomische Potenzial sei noch nicht ausgeschöpft, glaubt Françoise Greve. Die Kartelle dürften auf internationale Investoren abschreckend wirken. Laut einer Erhebung des deutsch-amerikanischen Wirtschaftsnetzwerks Amcham, die noch vor dem Tod von El Mencho durchgeführt wurde, seien 60 Prozent der ausländischen Unternehmen in Mexiko von Kriminalität betroffen.

In der deutschen Diplomatie gilt Mexiko als „globaler Partner“. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier war 2022 in Mexiko und traf dort auch Angehörige der „Verschwundenen“. Deutsche Stiftungen unterstützen mexikanische Partner für Opferschutz, Sozialarbeit oder Pressefreiheit. Zudem vermitteln Rechtsmediziner von deutschen Universitäten Wissen und Technologie zur Identifizierung der Opfer.

Wie wirksam diese Kooperationen sind, lässt sich schwer messen. Nach Erhebungen des Magazins *Science* gehören den Kartellen 185 000 Mitglieder an, es ist einer der größten Wirtschaftszweige in Mexiko. „Dabei geht es schon längst nicht mehr nur um den Drogenhandel“, sagt Françoise Greve, die regelmäßig nach Mexiko reist. „Die Kartelle haben ihre Geschäftsfelder ausgeweitet und neue Einnahmequellen erschlossen.“

Porträt einer Mutter, die Mitglied einer Bürgerwehr gegen eine kriminelle Bande im Bundesstaat Guerrero ist

Zum Beispiel durch den Schmuggel von Benzin, die Unterwanderung des Avocado-Anbaus oder den illegalen Abbau von Rohstoffen wie Eisenerz.

Zudem intensivieren die Kartelle die Entführungen von Migranten, die sich auf dem Weg in die USA befinden. Meist stammen sie aus zentralamerikanischen Staaten wie El Salvador, Guatemala oder Honduras, aber auch aus Afrika oder dem Nahen Osten. Die Kartelle erpressen Lösegeld von jenen Familien, die bereits in den USA leben, oder sie drängen die Migranten zu illegalen Arbeiten. Frauen, mitunter auch Kinder, werden zur Prostitution gezwungen. Es ist wahrscheinlich, dass die Nachfrage nach Prostitution während der Fußball-WM in diesem Sommer steigen wird, wenn Millionen Touristen nach Mexiko reisen.

Die meisten Spiele finden in den USA statt, einige in Kanada, und auch





in Mexiko gehören drei Austragungsorte zur WM: Mexico City, Guadalajara und Monterrey. Das Eröffnungsspiel des Turniers am 11. Juni soll im Aztekenstadion, am südlichen Rand von Mexico City, über die Bühne gehen, wo nach 1970 und 1986 zum dritten Mal eine WM zu Gast sein wird. Der Bau dieser ikonischen Arena wurde in den 1960er Jahren von Televisa finanziert, einem der größten Medienkonzerne Lateinamerikas. Damals, in den Jahren des Wirtschaftswachstums und der Industrialisierung, symbolisierte das Aztekenstadion die Urbanisierung der Peripherie, erläutert die Sozialanthropologin Monika Streule, die sich an der Iberoamerikanischen Universität in Mexico City mit Stadtentwicklung beschäftigt.

Für die Straßen, Bahnstrecken und Hotels, die vor 60 Jahren rund um das Aztekenstadion gebaut wurden, mussten Tausende Menschen ihre Wohnungen verlassen. Nun, vor der WM 2026, wird das Aztekenstadion modernisiert. Wieder entstehen Straßen und Geschäfte, wieder werden Menschen vertrieben. „Mexico City leidet unter Wasserknappheit“, sagt Monika Streule. „Von den neuen Abwassersystemen in der Nähe des Stadions profitieren die kommerziellen Bauprojekte, aber selten die Wohnviertel.“

ANWOHNER DEMONSTRIEREN gegen die Verdrängung und steigenden Mieten. Ihre Botschaft: „Keine WM ist so viel wert wie unser Zuhause.“ Mehrfach wurden sie dafür von Gangs bedroht und angegriffen. Wer die Schläger beauftragt, lässt sich selten nachweisen. Es ist in Mexiko Tradition, dass bei Bauprojekten mit vielen Subunternehmen auch Kartelle mitmischen, etwa durch Geldwäsche oder die Zwangsrekrutierung von Arbeitern. Politiker und Unternehmer erhoffen sich von der WM Milliongewinne. Und wenn es den Eliten besser geht, können die Kartelle langfristig mehr „Schutzgelder“ von ihnen verlangen.

Vor und während der Weltmeisterschaft will die mexikanische Regierung für die Sicherheit der Gäste und Teilnehmer 50 000 Polizisten und

50 000 Polizisten und Nationalgardisten will die Regierung bei der Fußball- WM einsetzen

Nationalgardisten einsetzen. Wegen der Gefahr von Entführungen ist die Nachfrage nach gepanzerten Fahrzeugen stark gestiegen. Die Fußball-Nationalteams sollen von Militäreinheiten begleitet werden. Zuschauer müssen sich mit Gesichtsscans registrieren lassen. Mexikanische Fans, die den Kartellen nahestehen, sollen ausgeschlossen werden. Zuletzt, bei einem Heimspiel Mexiko gegen Island, wenige Tage nach dem Tod von El Mencho, wurden sechs Kontrollringe um das Stadion gezogen.

Kaum kalkulierbar ist hingegen der Einfluss der US-Regierung. Donald

Trump ließ mehrere mexikanische Kartelle als terroristische Vereinigungen einstuften. Er drohte mit militärischen Operationen auf mexikanischem Boden. Was er nicht erwähnte: Mehr als 80 Prozent der Waffen, die in Mexiko beschlagnahmt werden, stammen aus den USA. Laut Schätzungen erwirtschaften die mexikanischen Kartelle allein durch den Drogenverkauf in den USA jährlich 20 bis 40 Milliarden Dollar. Den größten Profit machen sie mit synthetischen Drogen wie Fentanyl. Die Chemikalien dafür stammen aus China.

Die mexikanische Staatschefin Claudia Sheinbaum reagiert umsichtig auf die Kommentare Trumps, wohl auch, um weitere Strafzölle zu vermeiden. Fast täglich erläutert sie ihr Vorgehen auf Pressekonferenzen. Trotzdem sind in Mexiko viele Bürger weiterhin in Angst. Noch Wochen nach der Tötung von El Mencho wollten viele Eltern ihre Kinder aus Sorge vor Anschlägen nicht zur Schule gehen lassen.

Im mexikanischen Bundesstaat Jalisco, rund um die WM-Gastgeberstadt Guadalajara, planen die Bürgerwehren derweil neue Aktionen, um an die „Verschwundenen“ zu erinnern. Immer wieder entdecken sie Massengräber. Dann halten sie Mahnwachen ab und fordern von den Behörden einen größeren Einsatz. Die Weltmeisterschaft könnte ihnen Aufmerksamkeit verleihen, zumindest im Ausland.

Ob sich die Sicherheitslage bis zur WM stabilisiert? Noch wirken die negativen Schlagzeilen nach, zum Beispiel aus dem Bundesstaat Guanajuato. Ende Januar fuhren dort in der kleinen Gemeinde Loma de Flores bewaffnete Männer auf ein Sportgelände zu. Sie eröffneten das Feuer auf Spieler und Zuschauer. Am Ende waren elf Menschen tot und zwölf verletzt, darunter ein Kind. Und das in dem Land, in dem bald das größte Fußballfest der Welt steigen soll.



RONNY BLASCHKE ist Journalist und hat mehrere Bücher über politische Hintergründe im Fußball geschrieben.





Das mysteriöse Mädchen

Die Teenagerin *Kim Ju-ae* gilt als wahrscheinlichste Nachfolgerin auf Nordkoreas Diktator Kim Jong-un. Was sich dann ändern würde, ist so unklar wie alles Weitere zu ihrer Person.

Von FELIX LILL

Im März gab sich das mysteriöse Mädchen mit Mondgesicht mal wieder in sehenswerter Pose. Hinter einer Scharte feuerte sie einen Schuss nach dem anderen mit ihrer Pistole ab, daneben tat ihr Vater das Gleiche. Dass sie trotz ihres jungen Alters – geschätzt wird sie auf etwa 13 – keine Angst vor Waffen hat, zeigt sie auch an anderen Tagen: Mal fährt sie in einem Panzer durch die Landschaft, dann stolziert sie über Militärparaden. Raketentests dürfte sie mittlerweile in- und auswendig kennen.

Das Leben der Kim Ju-ae könnte für eine Teenagerin kaum ungewöhnlicher sein. Aber so ist das wohl, wenn der Vater einen Ein-Parteien-Staat als Diktator regiert – und man selbst offenbar als Nachfolgerin aufgebaut wird. Denn dies vermuten immer mehr Beobachterinnen: Sollte der 42-jährige, für seinen ungesunden Lebensstil bekannte Kim Jong-un verfrüht versterben, könnte dieses Mädchen Nordkoreas nächste Diktatorin werden.

Anders ist kaum noch zu erklären, mit welcher Regelmäßigkeit und Autorität Kim Ju-ae bei offiziellen Auftritten rund um den „Obersten Führer“ dieses verschlossenen Landes – das weder über freie Presse noch Internet verfügt – zu sehen ist: Tritt die junge Kim mit ihrem Papa auf, weichen Amtsträger zur Seite. Die oft schüchtern wirkende Pubertierende lächelt mild, wenn sie Haustiergeschäfte oder Bauprojekte in Pjöngjang besucht. Und guckt kühl kalkulierend, wenn sie vor dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping steht. Staatstragend eben.

Aber so sehr sich die liberale Weltpresse seit Jahren über das Mädchen mit Spekulationen auslässt: Bekannt ist über Kim Ju-ae so gut wie nichts. Zwar

behaupteten Artikel schon, Kim Ju-ae äußere bei politischen Fragen ihre Meinung, die auch Gehör finde. Zu welchen Themen genau, und wie ihre Meinung ausfällt, wurde nicht vertieft. Statements von Kim Ju-ae sind nicht bekannt. Nicht mal ihr Name: Zuletzt war von Südkoreas Geheimdienst zu hören, sie heiße wohl doch Ju-hae, nicht Ju-ae.

Aber wichtig ist diese junge Dame dennoch – weil ihr Vaterland wichtig ist. Unter dem seit 2011 regierenden Kim Jong-un hat das Land, wo laut UN-Schätzungen rund 40 Prozent der Bevölkerung unterernährt sind, Waffentests ausgeweitet, eine Allianz mit Russland geschmiedet, sich international gut vernetzt. Wer künftig über das Atomarsenal von Nordkorea herrscht und Regierungschefs aus Russland und den USA gegenübertritt, wer das Land womöglich öffnen könnte, beschäftigt Journalistinnen wie Diplomaten daher.

Dass Kim Ju-ae die große Öffnerin eines von Menschenrechtsverletzungen geprägten Regimes wird, darf jedoch bezweifelt werden. Denn schon mit Blick auf ihren Vater Kim Jong-un gab es entsprechende Hoffnungen, nachdem er einen Teil seiner Schulzeit in der Schweiz verbracht hatte. Von Kim Ju-ae ist dergleichen nicht bekannt, sie erscheint ja immer wieder in Nordkorea. Von äußeren Einflüssen wird sie offenbar abgeschirmt.

Während Kim Ju-ae die älteste Tochter von Kim Jong-un ist, soll der Diktator noch einen älteren Sohn haben, der aber wohl wegen einer Behinderung von der Öffentlichkeit ferngehalten wird. Kim Ju-aes häufige Auftritte wiederum wurden von Analysten, Journalisten und Forscherinnen anfangs noch dahingehend interpretiert, dass Kim Jong-un mit

ihr seine warme, väterliche Seite zeigen wollte. Doch auch Südkoreas Geheimdienst sieht die Tochter derzeit als die Nachfolgekandidatin Nummer eins.

Wie wahrscheinlich es ist, dass Kim Ju-ae wirklich ihren Vater beerbt, bleibt umstritten. Zum einen ist da der Umstand, dass ihr Geschlecht weiblich ist. Die Staatsphilosophie *Juche*, die einen Personenkult um die Kim-Familie etabliert hat, ist streng patriarchalisch organisiert. Dann wäre da ihre Minderjährigkeit. Sollte der oft totgesagte „Oberste Führer“ schon in den nächsten Jahren sterben, schiene dessen Schwester Kim Yo-jong die naheliegendere Wahl.

Zuletzt mangelt es Kim Ju-ae – zumal im Vergleich mit deren Tante Kim Yo-jong, die sich mit ihren oft feindseligen Ansagen gegenüber Südkorea oder den USA eine Art „Bad Cop“-Image erarbeitet hat – an Erfahrung im Politikgeschäft. Experten betonen hier immer wieder, dass Nordkoreas Staatsführer ihre Nachfolger bisher stets vorab mit hohen Ämtern ausgestattet haben. Als die Arbeiterpartei im Februar ihren Kongress hatte, wurde die Teenagerin mit keinem Posten bedacht.

Aber sie ist ja noch jung. Und je häufiger Kim Jong-un seine Tochter zu Schießübungen und Panzerspielen ausführt, je länger er selbst als Diktator durchhält, desto eher könnte Nordkorea in der nächsten Generation von einer „Obersten Führerin Kim Ju-ae“ regiert werden – oder Kim Ju-hae. Auch über ihren Namen bestünde dann wohl irgendwann Klarheit.

FELIX LILL ist Journalist und Buchautor mit dem Schwerpunkt auf Ostasien.





Der Kreuzritter

Pete Hegseth zog einst als Soldat in den Irak. Heute führt er als Kriegsminister den größten amerikanischen Militäreinsatz seit Jahrzehnten – und spricht eine andere Sprache.

Von LISA DAVIDSON

Als Pete Hegseth im Herbst 2005 mit der 101st Airborne Division nach Bagdad aufbricht, ist er 25 Jahre alt, frisch von Princeton, Bronze-Star-Träger in spe. Er hat sich freiwillig gemeldet, weil er an Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit glaubt. Sein späterer Vorgesetzter beschrieb ihn als außergewöhnlichen, kampferprobten Anführer, der nicht mit Gewalt, sondern mit Vertrauen operiert. Ein Soldat, der an die Mission glaubt.

Dieser Glaube hat eine Vorgeschichte. Als Kind steht Hegseth jeden Memorial Day am Straßenrand von Wanamingo, einem kleinen Städtchen in Minnesota, und schaut den Veteranen beim Marschieren zu. 1980 in Minneapolis geboren, aufgewachsen im Mittleren Westen – er weiß früh, dass er eines Tages dazugehören will. In Princeton studiert er Politik, gibt eine konservative Campuszeitung heraus und absolviert nebenbei den universitären Offizierskurs, noch bevor am 11. September 2001 die Türme fallen. Was folgt, ist eine Vita voller Widersprüche: Einsätze im Irak und Afghanistan, dazwischen Schreibtischjahre an der Wall Street. Engagement für Veteranenorganisationen, dann Fox News. Eine Karriere, in der Konflikte nicht mehr geführt, sondern erzählt werden.

20 Jahre später steht derselbe Mann vor Pentagon-Kameras und verspricht dem Feind „den ganzen Tag Tod und Zerstörung vom Himmel“. Diesmal nicht an der Front, sondern am Rednerpult. Ein Hinweis darauf war schon früher sichtbar – buchstäblich. Auf seinem rechten Bizeps trägt Hegseth das Tattoo „Deus Vult“ – Gott will es, der Schlachtruf der Kreuzzüge. Auf seiner Brust das Jerusalemkreuz. 2021 meldete ihn ein Vorgesetzter deswegen als

mögliche Insider-Bedrohung und schloss ihn aus dem Sicherheitsdienst bei Bidens Amtseinführung aus. Hegseth bestand darauf, es sei ein christliches Symbol. Für viele war es ein Zeichen, dass sein Weltbild nicht zwischen Religion und Auftrag trennt. Als Donald Trump ihn Anfang 2025 ins Kabinett beruft, sorgt die Entscheidung für Irritationen. Hegseth kennt das Gefecht, nicht den Apparat – Major, kein General, ohne Erfahrung in der Führung einer Institution dieser Größe. Für seine Unterstützer ist das seine Stärke. Für seine Kritiker sein größtes Risiko.

Rang schützt nicht, er verpflichtet. Das ist die Logik, in der Hegseth sozialisiert wurde. Und doch: Im Frühjahr 2025 wird Jeffrey Goldberg, Chefredakteur des *Atlantic*, versehentlich zu einer Signal-Gruppe hinzugefügt. Teilnehmer: die höchsten Sicherheitsbeamten des Landes – und Hegseth. Was Goldberg liest, sind Zeitpläne, Einsatzdetails, operative Abläufe einer unmittelbar bevorstehenden Militäraktion im Jemen. Kurz darauf beginnen die Angriffe. Für jeden anderen in dieser Position wären die Konsequenzen absehbar gewesen. Hegseth bleibt im Amt. Ein späterer Untersuchungsbericht bestätigt das Risiko, bleibt aber folgenlos: Als Kriegsminister besitze er die Autorität, selbst zu entscheiden, was geheim ist. Goldberg schreibt im *Atlantic*: Das System wurde nicht verletzt, es wurde ausgehöhlt.

Der Mann, der einst Vertrauen als Waffe einsetzte, hat seine Sprache verändert. Vor Kameras tritt Hegseth nicht auf wie ein Minister, der die Gewalt eines Staates verwaltet, sondern wie jemand, der sie entfesseln will. Maximale Letalität statt zaghafter Legalität. Iran sei praktisch erledigt. Seine Reden erinnern

weniger an Lagebesprechungen als an die Dramaturgie eines Fernsehstudios. In der entscheidenden Sitzung vor Kriegsbeginn spielte er die Risiken herunter, während frühere Verteidigungsminister auf Gefahren hingewiesen hätten. Er war kein institutionelles Gegengewicht, sondern der lauteste Befürworter. Die Sprache eines Kommentators aus dem Munde eines Verantwortlichen. Ihre Quelle liegt tiefer als politisches Kalkül – sie liegt im Glauben.

Im Pentagon verwandelt sich der Briefing-Raum in einen Gebetsraum. Hegseth betet laut Medienberichten für überwältigende Gewalt gegen „die, die keine Gnade verdienen“, und liest aus dem Psalter Davids, als seien die Verse für seine Soldaten im Iran geschrieben. Der Krieg bekommt einen sakralen Rahmen. Er gehört einer Gemeinde an, die mit dem umstrittenen Pastor Doug Wilson verbunden ist – einem Theologen, der Ehefrauen zur Unterwerfung verpflichtet sieht. Hegseth öffnete ihm die Türen des Pentagons. Ein Weltbild, das keinen Raum lässt für das, was die klassische Tradition des gerechten Krieges einst versuchte: Gewalt zu begrenzen, den Gegner als Menschen zu sehen. Wo Krieg zur moralischen Auseinandersetzung zwischen Gut und Böse wird, verlieren diese Grenzen ihre Bedeutung.

Der Junge aus Minnesota, der jeden Memorial Day den Veteranen zusah, wollte eines Tages dienen. Er hat es getan – auf seine Weise. Das Jerusalemkreuz auf seiner Brust trägt er noch immer. Die Kreuzzüge, die er führt, haben nur andere Schlachtfelder bekommen. Und andere Feinde. Deus Vult.

LISA DAVIDSON ist Korrespondentin für die USA und wohnt nahe Austin, Texas.

„Da wurde mir klar, dass wir ein Todesurteil unterschieden haben“

Hunderte Kenianer haben gefälschte Angebote für Jobs in Russland angenommen – und landeten schließlich an der Front in der Ukraine. Zwei von ihnen berichten, wie es ihnen dort erging.

Von
VERONIKA
WETZEL

Die Nachmittagssonne brennt auf Kibera herunter. Die Luft in der Wellblechhütte am Rande des größten Slums Afrikas, mitten in der kenianischen Hauptstadt Nairobi, ist stickig, Fliegen schwirren durch den kleinen Raum. Das Lachen von Kindern, die vor den Hütten spielen, mischt sich mit der Musik aus einem Fernseher, der in einer Ecke vor sich hin dudelt. An der Wand neben dem Fenster hängt ein gelber Schutzhelm.

Susan Kuloba sitzt auf dem Bett. Sie sieht müde aus, abgekämpft. Und hält einen Geldbeutel in den Händen, während sie sich ein Foto von einem jungen Mann anschaut: ihr ältester Sohn, David. Es ist lange her, dass sie von ihm gehört hat, zuletzt am 4. Oktober vorigen Jahres. „Im Januar wäre er 23 Jahre alt geworden“, sagt sie und wischt sich über die Augen.

David hatte von einer angeblichen Arbeitsagentur in Nairobi ein Angebot für einen Job in Russland angenommen,



später landete er an der Front in der Ukraine. „Er hat sein Leben in Kenia gehasst, wollte einfach nur weg von hier, im Ausland gutes Geld verdienen, dann nach Kenia zurückkommen und sein eigenes Geschäft eröffnen“, erzählt seine Mutter. Er arbeitete als Bauarbeiter in Nairobi, verdiente umgerechnet gerade einmal 80 Euro im Monat. Also suchte er online nach Jobs im Ausland und stieß schließlich auf die Arbeitsagentur Global Face.

Als David ihr erzählte, dass er ein Angebot in Russland als Wachmann



Susan, Mutter von David Kuloba, betrachtet in ihrer Hütte im Slum Kibera ein Foto ihres Sohnes (eigene Aufnahmen)

Oben rechts: David Kuloba als Soldat in Russland (Person links)

Oben links: Luftaufnahme des Slums Kibera im Südwesten von Nairobi, Kenia

habe, versuchte sie ihn davon abzubringen. „Die Russen sind gewalttätig, sie sind Rassisten. Das sieht man doch im Fernsehen.“ Aber ihr Sohn ließ sich nicht überzeugen. Kurz vor seiner Abreise kam er mit einer Liste der Agentur, auf der russisch-englische Vokabeln standen. Er sollte die Wörter lernen. Es waren ausschließlich militärische Begriffe, wie „Feind auf der rechten Seite“, „Drohne über mir“ oder „ich habe keine Munition mehr“, aber das habe David nicht misstrauisch gemacht. Am 17. August reiste David schließlich mit sieben

anderen Kenianern, die ebenfalls von der Agentur rekrutiert worden waren, nach Russland. Ein neues Leben würde beginnen, ein besseres – so die Hoffnung.

Doch die Realität sah anders aus: „Als er in Russland angekommen ist, schickte er mir ein Bild in Militäruniform. Ich war extrem geschockt“, erzählt seine Mutter. David war gezwungen worden, einen Vertrag auf Russisch zu unterschreiben und wurde kurz darauf in ein Militärcamp gebracht. Kurz bevor es an die Front ging, schickte er Susan Kuloba den Vertrag per WhatsApp und sagte:



„Heb ihn auf, mir wurde gesagt, dass diejenigen, die auf diese Mission geschickt werden, selten zurückkommen.“ Laut dem Vertrag, der *Cicero* vorliegt und übersetzt wurde, „verpflichtet sich (der Bürger) freiwillig, einen Militärdienst in den Streitkräften der Russischen Föderation abzuleisten“. Vertragspartner ist das Ministerium für Verteidigung, die Vereinbarung ist für ein Jahr gültig.

Susan Kuloba schrieb ihrem Sohn zurück, aber die Nachricht wurde nie zugestellt. Besorgt wandte sie sich an einen Freund von David, der mit ihm gemeinsam gekämpft hatte. Er antwortete ihr: „Wir sind unter Attacke gekommen und wurden getroffen. Wir mussten David im Wald zurücklassen, ich bin selber im Krankenhaus.“ Er gab ihr die Nummer des russischen Agenten, der die Männer vom Flughafen abgeholt hatte. Als die Mutter die Nummer kontaktierte, wurde ihr mitgeteilt, dass ihr eine Entschädigung von 100 000 Dollar zustehe – aber nur, wenn sie persönlich nach Russland kommt. „Ich bin verwirrt, ich weiß nicht, was ich glauben soll. Falls er wirklich tot ist, möchte ich einfach seinen Leichnam bekommen, ihn beerdigen und die

ganze Sache vergessen“, sagt sie mit leerem Blick.

Russland rekrutiert konsequent Kämpfer aus anderen Ländern, um eine Mobilmachung im eigenen Land zu verhindern. Seit zwei Jahren werden auch afrikanische Länder verstärkt ins Visier genommen. Die russischen Militärs haben sich durch die Privatarmerie der Wagner-Söldner (inzwischen Afrika-Korps) ein gutes Netzwerk auf dem Kontinent aufgebaut, in vielen afrikanischen Ländern hat die Föderation einen guten Ruf.

Laut dem ukrainischen Verteidigungsministerium kämpfen Männer aus 36 verschiedenen afrikanischen Staaten an der Seite Russlands. Kenia ist für die Rekrutierung besonders attraktiv: Das ostafrikanische Land rangiert im „Africa organized Crime Index 2025“ in Bezug auf Menschenhandel weit oben, bei der organisierten Kriminalität generell belegt es den vierten Platz. Ein Bericht, der vom kenianischen Geheimdienst und der Kriminalpolizei erstellt und Ende Februar im Parlament vorgestellt wurde, dokumentiert, dass bisher rund 1000 Kenianer für den russischen Krieg in der Ukraine rekrutiert wurden. Doch die Zahl dürfte weit untertrieben sein. Recherchen der *Washington Post* zeigen, dass allein ein Mitarbeiter von Global Face – der Agentur, die auch David getäuscht hatte – über 1000 Männer rekrutierte.

LAUT DEM GEHEIMDIENSTBERICHT konzentrierten sich die vermeintlichen Arbeitsagenturen vor allem auf ehemalige Militärs, Polizisten und wirtschaftlich verzweifelte Kenianer zwischen 20 und 50 Jahren. Es werden zwei Agenturen genannt, über die die meisten Männer angeworben wurden: Global Face Human Resources LTD und die Talent Sheperd Agency, die in Kenia operierte, obwohl sie nie bei der nationalen Arbeitsbehörde registriert war. Anders Global Face: Die Agentur war bis vor kurzem bei der Arbeitsbehörde akkreditiert. Sogar staatliche Institutionen kollaborierten mit den betrügerischen Agenturen, wie der Bericht zeigt: die nationale Arbeitsbehörde, die Kriminalpolizei, die kenianische

Laut der Ukraine kämpfen Männer aus 36 verschiedenen afrikanischen Staaten an der Seite Russlands

Einwanderungsbehörde und die kenianische Botschaft in Russland ebenso wie die russische Botschaft in Kenia.

Doch nicht nur dem Staatsapparat, der eigentlich für die Sicherheit seiner Bürger zuständig wäre, wird vorgeworfen, an der Rekrutierung beteiligt gewesen zu sein, auch einzelne Politiker stehen laut Medienberichten unter Verdacht. Ken Opala, Koordinator für Ost- und Südafrika der Global Initiative Against Transnational Organized Crime mit Sitz in Nairobi, betont zwar, dass bislang noch kein Regierungsbeamter wegen Menschenhandels oder Schleusung von Kenianern nach Russland verurteilt wurde. „In der Vergangenheit gab es jedoch Berichte, die politisch einflussreiche Personen mit Arbeitsvermittlungsagenturen in Kenia in Verbindung brachten. Einige der Mitarbeiter der Agenturen sind bekanntermaßen enge Verwandte von Spitzenpolitikern oder Regierungsbeamten“, so Opala auf Nachfrage.

Von den rund 1000 Kenianern, die bisher für den russischen Krieg angeworben wurden, haben es bisher erst 47 zurück in ihre Heimat geschafft, wie

Ehemalige Militärs, Polizisten und wirtschaftlich verzweifelte Kenianer stehen im Fokus

der Minister für Äußere Angelegenheiten und Diaspora, Musalia Mudavadi, mitteilte.

Otieno (Name geändert) sieht sich nervös im Raum um. Er befürchtet, von versteckten Kameras gefilmt zu werden. Zuerst war er unsicher, ob er über seine Erlebnisse überhaupt sprechen soll, schließlich stimmte er nur unter der Bedingung der absoluten Anonymität zu. Der junge Mann ist misstrauisch, er möchte Nachweise sehen, dass er es wirklich mit einer Journalistin zu tun hat. Denn er befürchtet, dass ihm die Russen in Kenia nachspionieren, dass er von ihnen bedroht werden könnte.

Otieno ist einer von denen, die es zurück in ihr Heimatland geschafft haben. Er trägt schwarze Handschuhe, die er bei der Ankunft auf den Tisch legt. Seine Handgelenke sind von weißen Flecken überzogen, auf seinen Unterarmen sind kreisrunde Verbrennungen zu sehen. Von Global Face erfuhr der damals 33-Jährige im Juni 2025 durch einen Freund, der ihm davon erzählte, dass die Agentur Jobs in Russland anbieten würde – und dafür ausschließlich Männer suche. Die Agentur versprach 210 000 Rubel (rund 2200 Euro) pro Monat für einen Job als Wachmann und bot an, für seinen Flug und ein Touristenvisum aufzukommen, das für ein „kulturelles Austauschprogramm“ ausgestellt wurde. Vor dem Abflug Mitte August 2025 erklärten die Mitarbeiter von Global Face den Männern genau, an welche Schalter sie bei der Ausreisekontrolle gehen und mit wem sie reden sollten. „Die Beamtin bei der Passkontrolle in Kenia sagte zu mir:

Auf dem Weg zur Front wurde sein Team von einer Drohne getroffen, sein Rucksack fing Feuer

„Ich weiß, wofür du nach Russland gehst. Es ist nicht, was du denkst. Ich lasse dich ausreisen, aber komm danach nicht heulend zu mir“, erinnert sich Otieno und spannt seinen Kiefer an.

NACH SEINER ANKUNFT in Russland wurde auch er gezwungen, einen Vertrag auf Russisch zu unterschreiben, und anschließend in ein militärisches Trainingslager gebracht. „Zum Abschied sagte der russische Mitarbeiter von Global Face zu mir: ‚Wenn ihr geht, stellt sicher, dass ihr lebendig zurückkommt.‘ Als er das gesagt

hat, habe ich angefangen zu weinen. Da wurde mir klar, dass wir ein Todesurteil unterschrieben haben.“ Nach zwei Wochen militärischer Ausbildung ging es für Otieno gemeinsam mit anderen nach Vovchansk im Osten der Ukraine. Schon auf dem Weg zur Front wurde sein Team von einer Drohne getroffen, sein Rucksack fing Feuer und er wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Nach einem Monat hieß es: zurück an die Front. „Da habe ich mir eine Ausgehenehmigung besorgt, mir mit meinem Sold ein Taxi bestellt und bin zur kenianischen Botschaft geflohen.“ Dort wurden ihm Notfalldokumente ausgestellt, am 16. Oktober landete Otieno wieder auf kenianischem Boden.

Während Otieno berichtet, rutscht sein Freund Brian (Name geändert) die ganze Zeit nervös auf dem Stuhl hin und her. Auch Brian erfuhr durch einen Freund von Global Face, das ihm ein Monatsgehalt von bis zu 250 000 Rubel (rund 2700 Euro) für einen Fabrikjob versprach – ein verlockendes Angebot für den Ladenbesitzer, der in Kenia umgerechnet etwa 200 Euro brutto im Monat verdiente. Der Leiter der Agentur, Festus Omwamba, organisierte einen Videocall mit einem anderen Kenianer, der angeblich in Russland in einer Fabrik arbeitete und erzählte, dass er gut verdiene und gerade ein Haus in Kenia bauen lasse. „Später erfuhr ich, dass er im Krieg gegen die Ukraine gekämpft hatte und damals im Krankenhaus lag. Ihm wurden die Beine weggeschossen.“ Dass er medizinische Tests durchlaufen musste, um sein Visum zu erhalten, wunderte Brian nach eigener Aussage nicht.

EIN ANGRIFF AUF DIE NATO? Die Wahrheit über Putins Militärmacht

Die Angst vor Putins Militär prägt die Debatte in Europa wie kaum ein anderes Thema. Doch wie stark ist Russlands Armee wirklich? Matthias Uhl liefert den entscheidenden Realitätscheck. Er zeigt klar, über welche Schlagkraft Russland verfügt und wo dessen Schwächen liegen. Seine Analyse macht deutlich, wie Fehlwahrnehmungen entstehen und warum sie eine gefährliche Rüstungsspirale antreiben können.

HERDER



Bevor die Reise am 13. Juli vorigen Jahres losging, verlangte die Agentur eine Gebühr von 200 Euro, die an den Flughafen zu zahlen sei – wohl eine Bestechung für die Grenzbeamten. In Russland angekommen, erhielt Brian per WhatsApp die Ergebnisse seiner medizinischen Tests – auf denen stand, dass er als „Militärangestellter“ in Russland arbeiten würde. „Ich versuchte, Festus von Global Face zu kontaktieren, aber der hatte mich schon auf WhatsApp blockiert.“ Als er sich weigerte, den Vertrag zu unterschreiben, sagte der Russe aus dem Militärbüro zu ihm: „Ihr unterschreibt diesen Vertrag. Wir haben der Agentur 1,5 Millionen Rubel (umgerechnet etwa 16 000 Euro) für jeden von euch gezahlt. Entweder du erstattest uns das Geld plus der Kosten für das Visum und den Flug zurück – oder du unterschreibst.“ Danach brachte man ihn in ein Ausbildungslager. Er war nicht der einzige Afrikaner dort, andere kamen aus Togo, aus Nigeria und aus Südafrika.

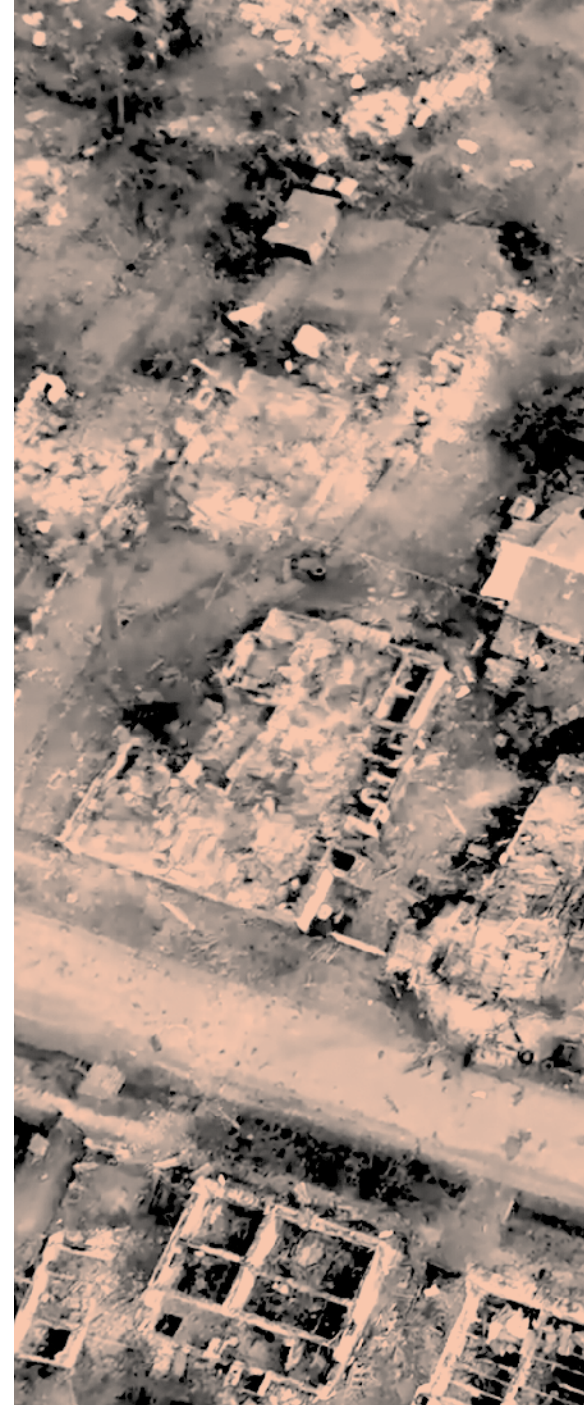
„Viele der Männer im Camp hatten keine Beine mehr oder ihnen fehlten Hände. Die Verletzten leben dort“, erzählt Brian. Die Behandlung in dem Lager sei schlecht gewesen: „Die Russen

waren sehr rassistisch. Wir wurden herumkommandiert, sollten ihnen Wasser bringen und ihre Zigaretten anzünden. Sie sagten zu uns: ‚Wenn du das nicht machst, erschieße ich dich morgen beim Training.‘“ Brian wurde keine zwei Wochen ausgebildet, sondern nur viereinhalb Tage. Dann ging es auch für ihn nach Vovchansk. „Auf dem Weg zur Kampfzone mussten wir einen Fluss durchqueren. Er war voller toter Körper. Sie sind an der Wasseroberfläche wie Seerosen getrieben.“ Auch seine Truppe wurde bereits auf dem Weg zur Front getroffen. Aber Brian warf sich noch rechtzeitig auf den Boden und verbarg sich unter einer Leiche, deswegen bekam nur seine Hand etwas ab. „Mir wurde gesagt: ‚Mit der Verletzung kannst du noch schießen.‘“ Aber seine Hand begann nach zwei Wochen an der Front wegen der fehlenden medizinischen Versorgung zu faulen. Also durfte er schließlich doch zurück ins Lager.

„Es waren mehrere Tage Fußmarsch. Auf dem Weg habe ich mich vom Wasser und den Keksen aus den Rucksäcken der Toten ernährt.“ Brian kam ins Krankenhaus und floh genauso wie Otieno. Eine Mitarbeiterin der kenianischen Botschaft kam für seinen Rückflug auf.

DIE MITARBEITER von Global Face wurden inzwischen verhaftet, darunter ein russischer Staatsbürger namens Mikhail Lyapin, der am 26. September 2025 Kenia verließ, wie die russische Botschaft in Kenia bestätigte. Dass russische Regierungsbehörden in die illegale Rekrutierung von Kenianern involviert sind, davon will die Botschaft in Nairobi aber nichts wissen – obwohl in dem Vertrag von David das russische Verteidigungsministerium als Vertragspartner genannt wird. Nachdem der Geheimdienstbericht im kenianischen Parlament vorgestellt wurde, sprach die Botschaft in einer Stellungnahme von einer „gefährlichen und irreführenden Propagandakampagne“, die in den kenianischen Medien und im öffentlichen Raum geführt werde.

Insgesamt wurden inzwischen mehr als 600 Agenturen geschlossen, die gegen nationale Vorgaben verstießen, wie



**„Viele der
Männer im
Camp hatten
keine Beine
mehr oder
ihnen fehlten
Hände“**

der Minister für auswärtige Angelegenheiten und Diaspora, Musalia Mudavadi, auf X mitteilte. Obwohl Kenianer mit gefälschten Jobangeboten nach Russland gelockt wurden, plant sein Ministerium ein bilaterales Abkommen mit Russland, das „ernsthafte“ Arbeitsmöglichkeiten für Kenianer in Russland schaffen soll. Eine Anfrage an das Ministerium zum System der Rekrutierungen und einer möglichen Beteiligung staatlicher Stellen daran blieb unbeantwortet.

Für die Kenianer, die zurückgekehrt sind, ist das Leben nicht mehr wie zuvor.



David Kuloba bei einem Einsatz in der Ukraine

Hintergrund: Die ukrainische Stadt Vovchansk nach russischem Bombardement, Mai 2024

Der Krieg verfolgt sie auch in ihrer Heimat: Nach allem, was sie durchgemacht haben, droht ihnen in Kenia noch eine Strafverfolgung. Denn laut dem kenianischen Strafgesetz kann jeder, der in den Streitkräften eines anderen Landes ohne Genehmigung des Präsidenten gekämpft hat, zu einer Gefängnisstrafe von bis zu zehn Jahren verurteilt werden – außer man kann beweisen, dass der Eintritt nicht freiwillig war. Auch das ist wohl ein Grund dafür, warum viele der zurückgekehrten Männer Angst davor haben, Interviews zu geben.

Bisher gibt es zwar keinen öffentlich bekannten Fall eines Staatsbürgers, der wegen seines Kampfeinsatzes angeklagt wurde, doch die Männer sind auch so vom Krieg gezeichnet. „Die Bilder des Krieges verfolgen mich ständig. Ich träume oft, dass ich brenne“, erzählt Otieno. „Ich habe angefangen, viel zu trinken, um das alles zu vergessen.“



VERONIKA WETZEL ist Journalistin mit Schwerpunkt Subsahara-Afrika und hat zuletzt in Nairobi gelebt.



KAPITAL

Schon da, aber noch nicht angekommen ?

Fotos
MARKUS
HINTZEN

Von
ILGIN
SEREN EUISEN

Stimmt es, dass Migranten nur Friseure, Kioske und Dönerläden aufmachen? Oder könnten sie der nächste Pfeiler des deutschen Unternehmertums werden? Eine Analyse über ein kaum beachtetes Thema: migrantische Selbstständigkeit.

Aziz Yüzer, Geschäftsführer der LY-Holding GmbH in Michelstadt (li.)

Luftaufnahme des Firmensitzes der LY-Holding GmbH in Michelstadt (unten)

Fertigungsanlage in den Werkhallen der LY-Holding GmbH (re.)







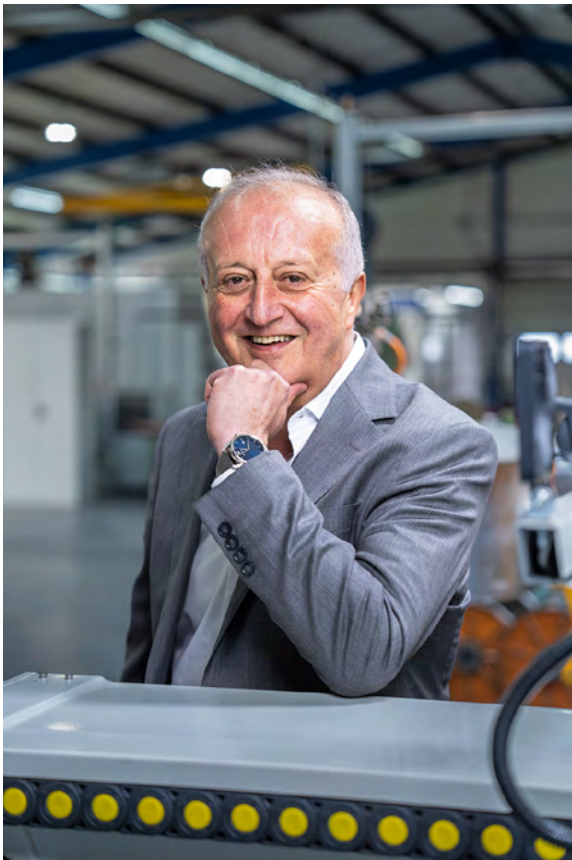
Als Mustafa Baklan als Jugendlicher aus einem kleinen Dorf in Anatolien nach Mannheim kam, lebte er zunächst in einer Behausung für Gastarbeiter. Morgens um vier waren er und die anderen Bewohner der Unterkunft bereits unterwegs zur Arbeit. Es wurde hart gearbeitet, der Alltag war geprägt von Schichtbeginn und einem Leben zwischen zwei Welten. Sein Vater bezahlte ihm einen Deutschkurs – eine Entscheidung, die Baklan früh eine besondere Rolle innerhalb des türkischen Gastarbeitermilieus Mannheims verschaffte.

Weil er schneller vermitteln konnte als viele andere, bewegte er sich zwischen deutschen Arbeitgebern und türkischen Arbeitern. In den Gesprächen mit seinen Landsleuten erkannte er einen Bedarf: Viele suchten vertraute Lebensmittel aus der Türkei, die es in Deutschland damals kaum gab. Die meisten türkischen Gastarbeiter kauften damals noch ihre Lebensmittel bei einem griechischen Supermarkt in Mannheim ein. „Ich kam als 16-Jähriger nach Deutschland und habe gesehen, was den Menschen fehlt – vertraute Dinge aus ihrer türkischen Heimat. Daraus entstand später mein erstes Geschäft“, so Baklan.

Aus dieser Beobachtung entwickelte sich über Jahrzehnte ein internationales Distributionsunternehmen, die Suntat-Gruppe, mit rund 230 Millionen Euro Umsatz und mehr als 2000 Beschäftigten. Eine absolute Erfolgsgeschichte also. Doch die Frage ist: Wie typisch ist Mustafa Baklans Geschichte? Ist migrantisches Unternehmertum in Deutschland häufig eine Bilderbucherzählung von Erfolg und sozialem Aufstieg? Oder stoßen Gründer, die außerhalb der Bundesrepublik geboren wurden, an strukturelle Grenzen, die in der öffentlichen Debatte oft unsichtbar bleiben?

Die Debatte um migrantische Selbstständigkeit wird, wenn überhaupt, sehr polarisiert geführt. Auf der einen Seite dominieren karikierende Bilder über migrantische Gründer, die angeblich meist Kioske, Nagelstudios oder Döner-Imbisse aufmachten. Auf der anderen Seite werden migrantische Gründer als Heilsbringer für eine Entwicklung gesehen, die Ökonomen zunehmend Sorgen bereitet. Deutschland entwickelt sich nämlich immer mehr zu einer „Angestelltenrepublik“. Nach Zahlen des Instituts für Mittelstandsforschung an der Universität Mannheim (IFM) liegt die Selbstständigkeitsquote in Deutschland bei rund 8,5 Prozent und damit deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 15 Prozent. Und nicht nur das: Die Quote sinkt bereits seit mehr als einem Jahrzehnt. Gleichzeitig sind mehr als 51 Prozent dieser Unternehmer soloselbstständig, weitere 38 Prozent beschäftigen zwischen einem und zehn Mitarbeiter. Mit anderen Worten: Wertschöpfende, arbeitsplatzschaffende unternehmerische Tätigkeit in Deutschland ist selten – und wird immer seltener.

Aziz Yüzer, Geschäftsführer der LY-Holding, hat 2200 Mitarbeiter an 27 Standorten beschäftigt



KANN MIGRANTISCHE SELBSTSTÄNDIGKEIT der deutschen Unternehmerlandschaft also neues Leben einhauchen? Zunächst einmal ist zu konstatieren, dass migrantische Gründer in der Bundesrepublik schon lange kein Randphänomen mehr sind. Sie sind eine etablierte Säule der deutschen Wirtschaft. Allerdings ist ihre tatsächliche ökonomische Bedeutung schwer zu bestimmen, weil empirische Studien und somit aussagekräftige Daten begrenzt sind, wie Migrationsökonom Christoph Sajons, Leiter des IFM-Forschungsbereichs Arbeitsmarkt und Selbstständigkeit erläutert. Auf der einen Seite erlauben Bevölkerungs- und Erwerbsstatistiken Aussagen über Gründer mit Migrationsgeschichte, es fehlt aber an Informationen zu den jeweiligen Unternehmen. Umgekehrt sagten die Unternehmensdaten wenig über die Biografien ihrer Gründer aus. Hinzu kämen „Mischformen von Eigentümerschaften. Somit bewegen sich Aussagen über



Die LY-Holding GmbH arbeitet im Bereich Reifen und Gummidichtungen

migrantische Ökonomie im Spannungsfeld zwischen belastbarer Empirie und interpretativer Wolkigkeit“, so Sajons.

Eine Sonderauswertung des Gründungsmonitors der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) kommt zu dem Schluss, dass im Jahr 2024 rund 28 Prozent aller Existenzgründungen auf Migranten entfielen. Eine bemerkenswerte Zahl – die jedoch zunächst wenig über die wirtschaftliche Qualität dieser Gründungen aussagt. „Zum volkswirtschaftlichen Beitrag migrantischer Unternehmen insgesamt haben wir keine eigenen Daten“, sagt KfW-Ökonom Georg Metzger. Gleichwohl lasse sich aus der Entwicklung der vergangenen Jahre ein klarer Trend ablesen: Angesichts einer seit zwei Jahrzehnten sinkenden Gründungstätigkeit insgesamt komme migrantischen Gründungen eine immer wichtigere Rolle für die wirtschaftliche Vielfalt zu – insbesondere auf regionaler Ebene. Zudem sei ihr Anteil unter Start-ups, also innovativen, wachstumsorientierten Unternehmen, überdurchschnittlich hoch.

Auffällig ist dabei auch die Krisenanfälligkeit vieler dieser Geschäftsmodelle. Während der Corona-Pandemie fiel die Gründungsquote von

Migranten unter den Bevölkerungsdurchschnitt. Metzger führt dies nicht auf mangelnde Resilienz zurück, sondern auf die stärkere internationale Ausrichtung vieler migrantischer Unternehmen: „Grenzüberschreitende Lieferketten, Abhängigkeiten von Energiepreisen und internationalen Absatzmärkten erhöhen die Anfälligkeit gegenüber externen Schocks.“

Gleichzeitig bleibt die Gründungsneigung unter Migranten ungleich höher als in der Durchschnittsbevölkerung. Selbst in Krisen Jahren bevorzugen mehr als 30 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund die Selbstständigkeit gegenüber einer abhängigen Beschäftigung. Dass viele ihre Pläne dennoch nicht umsetzen, liegt meist an klassischen Hürden: Unsicherheit, Kapitalmangel, Bürokratie. Suntat-Chef Mustafa Baklan kann das bestätigen: „Viele sehen nur den Erfolg am Ende“, sagt Baklan heute. „Aber die ersten Jahre bestehen aus Unsicherheit, Bürokratie und der Frage, ob man überhaupt dazugehört.“

DIE GESCHICHTE VON AZIZ YÜZER steht exemplarisch für eine zweite, meist übersehene Perspektive auf migrantisches Unternehmertum: der Wunsch nach Selbstbestimmung, der oft aus einem entbehrungsreichen Leben resultiert, entweder dem eigenen oder dem der Eltern. Als Jugendlicher kam Yüzer aus Südostanatolien in den Hunsrück. Wochenendarbeit, Sparsamkeit und ein starker Zusammenhalt prägten den Familienalltag. Ein Wendepunkt folgte, als Yüzer die Möglichkeit eröffnet wurde, auf Management-Ebene bei einem Unternehmen im Odenwald mitzuwirken. Eine Chance, die er nutzte, um unternehmerische Verantwortung zu übernehmen. „Ich wollte nicht warten, bis mir jemand eine Chance gibt. Selbstständigkeit war für mich der Weg, mein eigenes Umfeld zu gestalten“, sagt Yüzer. Heute steht hinter diesem Impuls eine Unternehmensgruppe mit rund 141 Millionen Euro Umsatz und mehr als 2000 Beschäftigten.

Den empirischen Daten zufolge ist das kein Einzelfall. Der Global Entrepreneurship Monitor des RKW-Kompetenzzentrums, einer gemeinnützigen Einrichtung, die sich den Belangen des deutschen Mittelstands verschrieben hat, zeigt seit Jahren, dass Migranten häufiger gründen als der Durchschnitt der Bevölkerung. Als zentrale Motive nennt RKW-Projektleiterin Natalia Gorynia-Pfeffer vor allem den Wunsch nach wirtschaftlicher Selbstbestimmung und höhere Einkommensperspektiven. Eine weitere Auffälligkeit: die stärkere Wachstumsorientierung sowie eine höhere internationale Ausrichtung der Geschäftsmodelle



**Mustafa Baklan, Geschäftsführer der
Suntat Europe GmbH in Mannheim (li.)**

**Luftaufnahme der Suntat Europe
GmbH in Mannheim (oben)**

**In den Lagerhallen werden Produkte aus
dem Mittelmeerraum angeliefert (re.)**



gegenüber deutschen Gründern. „Dass sich diese Ambitionen nicht systematisch in größere Unternehmen übersetzen, verweist weniger auf fehlenden Unternehmergeist als auf strukturelle Bremsen im deutschen Gründungssystem – etwa beim Zugang zu Kapital, bei bürokratischen Verfahren oder bei der Anerkennung von Qualifikationen“, betont Gorynia-Pfeffer. „Viele unterschätzen, wie viel Risiko hinter jeder Entscheidung steckt“, sagt Aziz Yüzer. „Aber ohne dieses Risiko entsteht auch kein Wachstum.“

Diese strukturellen Hindernisse zeigen sich besonders deutlich im Gründungsprozess selbst. Mohammadi Akhabach ist Gründer von Moacon Ventures, einem Beteiligungs- und Plattformunternehmen im Bereich Healthcare und Kommunikation. Die Firma hat einen Umsatz von zehn Millionen Euro und beschäftigt 150 Mitarbeiter. „Die größte Hürde war nicht die Umsetzung der Idee, sondern der Zugang zu Kapital und zu den richtigen Netzwerken“, sagt Akhabach, der als Sohn marokkanischer Gastarbeiter nach Deutschland kam. „Viele bringen Unternehmergeist mit, aber das System erklärt ihnen zu selten, wie sie skalieren können.“ Diese Diagnose wird von der

„Die größte Hürde war nicht die Umsetzung der Idee, sondern der Zugang zu Kapital und zu den richtigen Netzwerken“

Forschung bestätigt. Alexander Kritikos, Mitglied des Vorstands des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und Leiter der Forschungsgruppe „Entrepreneurship“, verweist auf strukturelle Unterschiede im Zugang zu Kapital: „Migrantische Gründer verfügen im Durchschnitt über geringere Eigenkapitalpolster, seltener über vererbtes Vermögen und haben weniger Zugang zu informellen Finanzierungsnetzwerken.“ Kritikos zufolge erklären diese Faktoren, wieso viele migrantische Gründungen klein bleiben und der Schritt in wachstums- und innovationsgetriebene Geschäftsmodelle häufiger ausbleibt als bei deutschen Gründern.

Aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive wird ein dritter Blick auf migrantische Selbstständigkeit relevant. „In Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Steuerberatung, Recht oder Architektur sind Migranten nicht nur Gründer, sondern zunehmend die Grundpfeiler zentraler Daseinsvorsorge“, erläutert Luca Samlidis vom Bundesverband der Freien Berufe. Mit anderen Worten: Ohne Freiberufler mit Migrationshintergrund würde das Land nicht mehr funktionieren. Deswegen seien typische Hürden wie langwierige Anerkennungsverfahren oder eine uneinheitliche behördliche Praxis besonders problematisch.

„WO ABSCHLÜSSE VERZÖGERT oder nicht anerkannt werden, geht nicht nur unternehmerisches Potenzial verloren, sondern auch staatliche Leistungsfähigkeit, die unsere Gesellschaft gerade dringend braucht“, betont Samlidis. Migrantische Selbstständigkeit in den Freien Berufen sei deshalb nicht nur eine Integrationsfrage und erschöpfe sich auch nicht in Umsatz- oder Beschäftigungszahlen, sondern sie sei vielmehr eine Frage funktionierender Institutionen.

Teamsitzung beim Mannheimer Unternehmen Suntat Europe GmbH



Diese Erkenntnis geht einher mit einer klaren Verschiebung der Struktur migrantischer Selbstständigkeit. „Der Anteil an migrantischen Unternehmen im Handel und Gastgewerbe sinkt langfristig, während wissensintensive Dienstleistungen deutlich an Bedeutung gewinnen“, erläutert IFM-Forscher Christoph Sajons. Mittlerweile stelle die migrantische Ökonomie mindestens dreieinhalb Millionen Arbeitsplätze. Laut DIW-Forscher Alexander Kritikos hänge diese Entwicklung weniger mit kultureller Präferenz als mit Qualifikation und institutionellen sowie politischen Rahmenbedingungen zusammen.

Kritikos betont, dass es „die migrantischen Unternehmen“ nicht gibt, sondern dass es sich um eine hochgradig heterogene Ökonomie handle, die eben auch von der Herkunft, den vorhandenen Qualifikationen und dem Zuwanderungspfad abhängt. Migranten aus EU-Staaten wie Polen weisen seinen Erhebungen zufolge ein ähnliches Bildungsprofil auf wie die deutsche Bevölkerung. Rund 10 Prozent seien selbstständig, etwa ein Fünftel der Gründungen habe einen innovativen Charakter. „Das sind Werte, die denen deutscher Gründer exakt entsprechen“, erklärt Kritikos. Anders stellt sich die Situation bei Zuwanderern aus Nicht-EU-Staaten dar, insbesondere, wenn diese arbeitsmarktgetrieben migriert seien. Häufig führten in diesen Fällen geringere formale Bildungsabschlüsse und ein eingeschränkter Zugang zu Kapital zu Gründungen von Unternehmen mit einem begrenzten Wachstumspotenzial – also genau jene, die dem Vorurteil von migrantischer Selbstständigkeit entsprechen: Kioske, Döner-Buden, kleine Kfz-Werkstätten. „Wo hoch qualifizierte Zuwanderung politisch und institutionell erschwert wird, fehlen später innovationsgetriebene Gründungen“, erläutert Kritikos.

Und hier zeigen sich die Schattenseiten migrantischer Selbstständigkeit, die neben den Erfolgsgeschichten natürlich auch existieren. Zum Beispiel gehen viele Gründungen auf die Not zurück, auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht richtig Fuß fassen zu können. In diesem Fall spricht man von Notunternehmertum. Belastbares Zahlenmaterial gibt es dazu nicht, aber Experten schätzen, dass aus der Not geborene Selbstständigkeit unter Migranten deutlich häufiger vorkommt als im Bevölkerungsschnitt. Zum Beispiel deuten die Auswertungen der KfW auf eine signifikant größere Spreizung hin: Auf der einen Seite gibt es unter Migranten mehr Gründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus, gleichzeitig aber auch mehr wachstumsorientierte Vorhaben. IFM-Forscher Christoph Sajons



Mustafa Baklan, Geschäftsführer der Suntat Europe GmbH in seinem Unternehmen

stellt zudem fest, dass höchstens 46 Prozent der Gründer, die aus Drittstaaten stammen, drei Jahre nach der Gründung noch selbstständig sind.

Auch hier zeigen sich institutionelle und politische Probleme, die speziell migrantische Gründer betreffen. Sajons führt diese Zahlen nämlich auf begrenzte Marktkenntnisse, geringe Kapazitäten bei der migrantischen Gründungsberatung, Herausforderungen beim Kapitalzugang und den schwierigen und langsamen Prozess der Anerkennung von Qualifikationen aus dem Ausland zurück. Demnach ist Gründen für Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland kein automatischer Aufstiegsfeld, sondern ein durchaus riskantes Experiment mit offenem Ausgang.

WAS LÄSST SICH AUS ALLEDDEM nun schließen? Vor allem, dass der Begriff der migrantischen Ökonomie selbst an seine Erkenntnisgrenzen stößt. Wenn eine in Deutschland geborene Tochter von Zuwanderern nach einem Universitätsabschluss eine Tierarztpraxis gründet, unterscheidet sich ihr unternehmerisches Risiko kaum von dem von Gründern ohne Migrationshintergrund. Entscheidend ist also nicht die Herkunft, sondern der institutionelle



Rahmen, in dem unternehmerisches Handeln stattfindet. Die vorliegenden Daten lassen deshalb einen klaren Schluss zu: Migrantisches Unternehmertum ist weniger ein kulturelles als ein strukturelles Phänomen. Unterschiede entstehen nicht aus Mentalitäten, sondern aus unterschiedlichen Startbedingungen: beim Zugang zu Kapital, zu Netzwerken, zu institutionellem Wissen und zu funktionierenden Verwaltungsstrukturen. Wo diese Voraussetzungen gegeben sind, verschwinden die Unterschiede. Wo sie fehlen, verfestigen sie sich.

Damit verschiebt sich auch die Perspektive auf die viel zitierte deutsche „Angestelltenrepublik“. Deutschland leidet nicht an einem Mangel an Unternehmergeist, weder unter Einheimischen noch unter Migranten. Es leidet an Rahmenbedingungen, die unternehmerische Initiative systematisch bremsen. Die seit Jahren sinkende Selbstständigenquote ist kein kulturelles, sondern ein politisches Problem. Und migrantische Gründungen kompensieren diese Entwicklung derzeit zumindest teilweise. Sie sind damit weniger Ausnahme als Korrektiv eines strukturellen Defizits.

Besonders deutlich wird diese Funktion in den Freien Berufen. Wenn, wie der Bundesverband der Freien Berufe feststellt, Migranten zunehmend zentrale Aufgaben in Gesundheitsversorgung, Recht oder Steuerberatung übernehmen, dann geht es längst nicht mehr um Integration oder Vielfalt. Es geht um die Funktionsfähigkeit staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen. Wo Anerkennungsverfahren Jahre dauern oder Qualifikationen nicht anerkannt werden, sprechen wir nicht vom traurigen, aber verkraftbaren Scheitern von Individuen, sondern von einem realen gesellschaftlichen Versorgungsproblem.

Aus diesen Befunden ergibt sich eine politische Agenda, die sich weniger mit Symbolfragen als mit konkreten Reformen beschäftigen muss.

FÜNF MASSNAHMEN SIND NOTWENDIG. Erstens müssen Anerkennungsverfahren radikal beschleunigt und vereinheitlicht werden. Wer qualifiziert ist, sollte innerhalb weniger Monate und nicht nach Jahren arbeiten dürfen. Alles andere ist ökonomische Selbstschädigung.

Zweitens muss der Zugang zu Kapital systematisch verbessert werden. Wenn migrantische Gründer strukturell weniger Eigenkapital und Netzwerke haben, dann braucht es gezielte Instrumente wie staatlich flankierte Beteiligungsmodelle oder kreditbasierte Programme, die nicht an Sicherheiten scheitern, die naturgemäß fehlen. Drittens müssen bürokratische Verfahren vereinfacht und

Sind wir bereit, die strukturellen Hindernisse zu beseitigen, die das Potenzial migrantischer Gründer begrenzen?

standardisiert werden. Gerade für Gründer ohne tiefes institutionelles Vorwissen sind komplexe Genehmigungsprozesse eine massive Markteintrittsbarriere. Hier entscheidet sich, ob Unternehmertum entsteht – oder gar nicht erst versucht wird.

Viertens: Deutschland muss seine Zuwanderungspolitik stärker auf unternehmerisches Potenzial ausrichten. Wer qualifizierte, risikobereite Menschen ins Land holt, darf sie nicht in ein System schicken, das ihre Initiative ausbremst. Hoch qualifizierte Zuwanderung und unternehmerische Dynamik sind zwei Seiten derselben Medaille. Und fünftens muss sich die politische Debatte von kulturellen Zuschreibungen lösen. Weder sind migrantische Gründer per se Heilsbringer, noch sind sie strukturell benachteiligt, weil sie „anders“ sind. Entscheidend ist allein, ob die institutionellen Rahmenbedingungen funktionieren.

Die zentrale Frage lautet daher nicht mehr, ob migrantische Selbstständigkeit Deutschland helfen kann. Sie tut es bereits und zwar in immer weiter wachsendem Maße. Die eigentliche Frage ist, ob Deutschland bereit ist, die strukturellen Hindernisse zu beseitigen, die dieses Potenzial bislang begrenzen. Die Antwort auf diese Frage wird langfristig darüber entscheiden, ob migrantisches Unternehmertum ein stabilisierendes Element einer schwächer werdenden Gründungslandschaft bleibt – oder zum Motor einer neuen, dynamischen deutschen Gründungsrepublik wird.



**ILGIN
SEREN EISEN**
ist freie Journalistin
und lebt in Mainz.



DANIEL STELTER
SAGT IHNEN ...

Wohin mit Ihrem Geld?



Der Staat als Risiko

Im März 2026 ist etwas passiert, das in keiner Talkshow besprochen wurde, aber für Ihr Vermögen relevanter sein dürfte als die meisten Schlagzeilen: Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen hat erstmals seit 2011 die Drei-Prozent-Marke überschritten. Das allein wäre eine Fußnote. Bemerkenswert ist der Kontext: Es geschah mitten im Irankrieg. In früheren Krisen, vom 11. September bis zum Ukrainekrieg, floss Kapital in deutsche Staatsanleihen. Die Renditen fielen, weil Anleger Sicherheit suchten. Diesmal ist es umgekehrt.

Der Grund: Deutschland emittiert in diesem Jahr Anleihen im Volumen von über 500 Milliarden Euro. Das

Sondervermögen allein bringt 58 Milliarden, hinzu kommen laufende Refinanzierungen und die neue 20-jährige Bundesanleihe. Gleichzeitig steigen die Energiepreise durch den Irankonflikt, und die EZB signalisiert, dass Zinssenkungen vorerst ausbleiben. Das Angebot an Staatsanleihen wächst schneller als die Nachfrage – und damit verliert die Bundesanleihe genau in dem Moment ihren Status als sicherer Hafen, in dem Anleger ihn am dringendsten bräuchten.

Hinter diesem Bruch steckt ein größeres Problem: die fiskalische Dominanz, über die ich an dieser Stelle schon mehrfach schrieb. Was damals noch wie ein Szenario klang, ist mittlerweile Realität. Die Staatsschuldenquote der Industrieländer steuert laut IWF auf 120 Prozent des BIP zu. In Deutschland wird allein das Sondervermögen die Bundesschuld in den nächsten fünf Jahren um rund 50 Prozent erhöhen. Der Staat ist nicht mehr nur der größte Marktteilnehmer – er dominiert den Markt. Und wenn der größte Schuldner gleichzeitig derjenige ist, der die Regeln für die Notenbank mitbestimmt, dann verändern sich die Spielregeln für alle.

Das hat ganz konkrete Konsequenzen. Goldman Sachs schätzte schon vor dem Krieg, dass die Hälfte des damals noch erhofften mageren deutschen Wachstums von 1,1 Prozent in diesem Jahr allein aus der fiskalischen Expansion stammt. Klingt zunächst positiv. Doch eine Studie des Europäischen Stabilitätsmechanismus zeigt: In alternden Gesellschaften mit engen Arbeitsmärkten fällt der Fiskalmultiplikator auf unter 0,5. Staatliche Investitionen erwirtschaften dann weniger, als sie kosten – und verdrängen obendrein produktivere private Investitionen. Ohne begleitende Arbeitsmarktreformen verbrennt der Staat Kapital. Japan hat das über zwei Jahrzehnte vorgemacht: viel Geld, wenig Wachstum, explodierende Schulden.

Für die Inflation heißt das: Die Kombination von steigenden Energiepreisen, massiver staatlicher

Nachfrage und knappen Arbeitsmärkten ist ein perfekter Cocktail für höhere Preise. Die Commerzbank schätzt, dass ein längerer Irankonflikt die Euroraum-Inflation um 1 Prozentpunkt nach oben treiben könnte. In diesem Umfeld stehen die Notenbanken vor einem Dilemma: Entweder sie bekämpfen die Inflation mit höheren Zinsen und riskieren eine Rezession. Oder sie halten die Zinsen künstlich niedrig, um die Staatsfinanzierung zu sichern. Die Geschichte lehrt, dass Regierungen, wenn es darauf ankommt, die zweite Option wählen.

Was folgt daraus für Ihr Depot? Erstens: Langfristige Staatsanleihen sind in diesem Umfeld keine Sicherheit, sondern ein Risiko. Bei 3 Prozent Rendite und einer Inflation, die durchaus wieder auf 4 Prozent steigen kann, verlieren Sie real Geld – und bei steigenden Renditen zusätzlich über Kursverluste. Halten Sie die Duration kurz. Zweitens: Sachwerte bleiben die bessere Wahl. Breit diversifizierte Aktien, Gold und Rohstoffe profitieren in einem Umfeld fiskalischer Dominanz und höherer Inflation. Drittens: Die Reihenfolge zählt. Wer jetzt in Panik sein Portfolio umschichtet, zahlt die Rechnung. Wer systematisch seine Anleihequote reduziert und Sachwerte aufstockt, wird langfristig weniger verlieren als die anderen. Vertrauen Sie nicht darauf, dass der Staat Ihr Vermögen schützt. Das wird nicht passieren. Schützen müssen Sie es selbst.

DANIEL STELTER ist Makroökonom, Strategieberater und Buchautor. Wöchentlich erscheint sein Podcast „beyond the obvious“. In *Cicero* schreibt er jeden Monat über das Thema Geldanlage.



Der Aussteiger

Kann Europa bei KI mithalten? OpenClaw-Gründer *Peter Steinberger* stimmt mit den Füßen ab. Er heuert bei OpenAI an, weil die Regulierungswut der EU ihn erdrückt.

Von CARSTEN KORFMACHER

Europa ist gut darin, Dinge zu ordnen. Für alles gibt es Richtlinien, Verfahren, Zuständigkeiten. Und in Europa gehört es sogar zum guten Ton, Regeln für Dinge aufzustellen, bei denen noch gar nicht so richtig klar ist, was es im Detail überhaupt zu regeln gibt. Eine Welt, in der jedes mögliche Szenario rechtlich vorgedacht ist, eine solche planbare, sichere, berechenbare Welt, wirkt auf viele Menschen sehr attraktiv. Doch eine solche Welt kann auch ein Käfig sein, und zwar für alle Menschen, die ihre ausgetretenen Pfade verlassen und etwas Neues erschaffen wollen. Denn in einer Welt, in der das Unerwartete an den Rand der Unmöglichkeit reguliert wird, werden neue Ideen, Erfindungen und Träume beerdigt, bevor sie überhaupt geboren werden. Für Entdecker und Pioniere kann eine solche Welt schnell zur Hölle werden.

Peter Steinberger ist einer dieser Menschen. Der gebürtige Österreicher ist Gründer des Software-Start-ups „OpenClaw“, einem Unternehmen, das in der Tech-Bubble einen legendären Ruf genießt. OpenClaw ist eine KI-Agenten-Plattform, also eine Art Werkzeugkasten für Software, die nicht mehr nur reagiert, sondern Aufgaben eigenständig plant und ausführt. Als das Projekt 2025 an den Start ging, verzichtete OpenClaw auf den üblichen Wagniskapital-Zirkus. Stattdessen entstand etwas Bodenständigeres: eine experimentelle, entwicklergetriebene KI-Plattform, getragen von Neugier, Erfindergeist und technischem Ehrgeiz – ein „Spielplatz-Projekt“, wie Steinberger selbst sagt. Das Besondere daran: Die Firma wurde in Wien gegründet. OpenClaw hätte somit zu einem europäischen Leuchtturmprojekt werden

können. Doch dazu wird es nun nicht mehr kommen.

Peter Steinberger wird 1986 in einer ländlichen Region in Österreich geboren. Als Jugendlicher entdeckt er das Programmieren für sich, besucht eine technische Schule, studiert später an der Technischen Universität Wien. Schon früh ist er erfolgreich mit dem, was er wirklich gerne macht: experimentelles Programmieren. In den frühen Jahren des Smartphones, als Apple seine Plattform öffnet, bringt Steinberger eine Software mit dem umständlichen Namen „PSPDFKit“ heraus, ein Werkzeug, um PDF-Dokumente effizient zu verarbeiten.

DAS PROJEKT WÄCHST RAPIDE, wird in Anwendungen großer Unternehmen integriert und entwickelt sich zu einem global genutzten Produkt. Die Firma wird immer größer. Doch der Erfolg, der mit allerhand betrieblicher Verantwortung kommt, ist Steinberger suspekt. Er verkauft große Teile des Unternehmens, begibt sich auf Distanz zur Welt. Er reist, reflektiert, sucht nach Orientierung. Es scheint, als erlebte er eine Sinnkrise.

„Ich will die Welt verändern, keine große Firma bauen“, schreibt Steinberger vor gut zwei Monaten, als er dieselbe Situation noch einmal erlebt – und er sie erneut auflöst, indem er aussteigt. Doch dieses Mal muss sich Steinberger nicht auf die Suche begeben. Er weiß genau, was er will. Sein neues Projekt OpenClaw hat viel Aufmerksamkeit erlangt, als erster ernst zu nehmender Versuch, die Idee autonomer KI-Agenten aus dem Experimentierstadium in reale Anwendungen zu überführen. Es ist genau die Art von Projekt, die in der Logik des Silicon Valley groß werden könnte, richtig

groß. Vielleicht sogar so groß wie Meta, Alphabet, Amazon. Wer weiß das schon? Doch in Europa ticken die Uhren anders. Hier nimmt mit dem Aufstieg der Künstlichen Intelligenz auch der Drang zur politischen Regulierung zu. Mit dem EU AI Act entsteht ein Rahmen, der tief in die Entwicklung konkreter Anwendungen eingreift. Für Steinberger und OpenClaw bedeutet das, dass jede neue Funktion unter dem Vorbehalt möglicher regulatorischer Konsequenzen steht, und dass jede Weiterentwicklung nicht nur technisch, sondern auch rechtlich mitgedacht werden muss.

Es zeigt sich, dass in Europa ein Konflikt wächst – zwischen einer Technologie, die sich sehr schnell entfaltet, und einem politischen System, das versucht, diese Dynamik frühzeitig zu ordnen. Für den Bürokraten mag dies in die Kategorie „verantwortungsbewusstes Handeln“ fallen, doch für Denker, Erfinder und Pioniere, für Menschen also, die die Zukunft dieser Technologie mitgestalten wollen, ist ein solches Korsett schlicht nicht akzeptabel.

„In den USA sind die meisten Menschen enthusiastisch“, schreibt Peter Steinberger, als er im Februar seinen Wechsel zu OpenAI bekannt gibt. „In Europa werde ich beschimpft, Leute schreien ‚Regulierung‘ und ‚Verantwortung‘.“ Mit Steinberger ist nicht nur ein Innovator gegangen, sondern auch ein weiteres Stück Hoffnung, dass Europa die KI-Revolution, die gerade ihren Anfang genommen hat, in seiner jetzigen Form überlebt.

CARSTEN KORFMACHER leitet das Ressort Kapital bei Cicero.

Der Pate der Prignitz

Alles Wendeverlierer im Osten? Gastronom *Jan Lange* widerspricht diesem Klischee. In der brandenburgischen Prignitz kauft er sich seine Heimat Stück für Stück zurück.

Von BENJAMIN LASSIWE

Die Prignitz ist eine durch und durch ländliche Gegend, geprägt von der ruhig dahinströmenden Elbe, auf halbem Weg zwischen Hamburg und Berlin. Und direkt hinter dem Deich, am Ufer des großen Flusses, steht die Alte Ölmühle. Ein modernes Wellnessresort, mit Spaßbad, Sauna, Trauzimmer, Escaperoom und Kletterturm. Es ist das Werk der Familie Lange, deren Juniorchef Jan Lange die Gäste in der hoteleigenen Brauereigaststätte begrüßt.

„Mein Vater, Lutz Lange, war nach der Wende Lehrer für Sport und Geschichte in Perleberg“, erzählt Jan Lange. „1993 schied er aus dem Schuldienst aus und übernahm eine Freizeitanlage.“ Das Unternehmertum liegt der Familie, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus Ostpreußen in die Prignitz kam, im Blut: Aus einem Fitnessstudio wurden viele. Fast alle Schwimmbäder im Landkreis kamen dazu. Die ersten Pommesbuden in den Bädern. Dann der Fährmann in Wittenberge, das erste richtige Restaurant.

Der kleine Jan half in den Ferien aus und wuchs als Jugendlicher immer mehr in den Familienbetrieb hinein: „Ich habe in meinem ganzen Leben noch nicht Silvester gefeiert, weil ich immer im Einsatz war.“ Schließlich die Ölmühle, ein verfallener Gewerbekomplex, durch dessen löchrige Dächer man den Himmel sehen konnte. „Mein Vater hat mich gefragt, ob wir das zusammen machen wollen“, sagt Lange. Gesagt, getan. Der Junior studierte Betriebswirtschaft. Heute ist er mit seinem Vater, der sich aus dem operativen Betrieb zurückgezogen hat, Geschäftsführer einer Unternehmensgruppe, die gut zwei Dutzend Hotels und Freizeitbäder mit 700 Mitarbeitern in fünf Bundesländern zählt und

auf einen Jahresumsatz von 43 Millionen Euro kommt. Die Geschichte der Langes ist eine ostdeutsche Erfolgsgeschichte.

Aber wie geht das, im gleichen Unternehmen wie der Vater? „Ich hab meinem Vater viel geglaubt und immer vertraut“, sagt Lange. Schon als er als 13-Jähriger mit einem Bauchladen Schmalzstullen bei Mittelalterfestivals verkaufte. Unternehmerisch sei man natürlich auch anderer Meinung. „Aber dann hilft es, mal 24 Stunden über ein Thema nicht zu sprechen.“ Letztlich stünden aber stets die Firma und ihr Wohlergehen an erster Stelle.

ALS UNTERNEHMER hat sich Jan Lange trotzdem freigeschwommen: Die Ölmühle wurde unter seiner Leitung zu einem der bekanntesten Wellnesshotels in Ostdeutschland. Wenn in Berlin „Grüne Woche“ ist, betreibt die Familie die Gastronomie in der Brandenburg-Halle. Und mittlerweile ist die Alte Ölmühle der Ort im Landkreis, wo man sich trifft: zu Konzerten, den Elblandfestspielen oder zur Silvesterfeier im Wellnessbereich. Unternehmer und Politiker aus Berlin und Hamburg gehen hier ebenso ein und aus wie die ehemalige Verkäuferin aus Quitzow, die im Brauhaus einen runden Geburtstag feiert. Jan Lange kennt sie alle, denn den ganzen Tag über ist er in seinen Betrieben anzutreffen.

Der Unternehmer aus der Prignitz brennt für seine Heimatregion und für die Gastronomie und hat es bis zum Brandenburger Vizepräsidenten des Branchenverbands Dehoga gebracht. Wie er es schafft, in der angespannten Lage zu überleben? „Wir haben ein Leitmotiv in unserer Familie“, sagt Lange. „Es lautet: Du musst anders sein als normal.“

Wer den Gästen etwas Besonderes biete, habe auch eine Chance, unter schwierigen Bedingungen zu bestehen. Denn in Deutschland sei nach wie vor Geld vorhanden, die Leute würden auch weiterhin gern reisen. „Das wirkliche Problem, vor dem wir stehen, ist der Fachkräftemangel“, sagt Lange. Die langen Arbeitszeiten in der Gastronomie und eine überbordende Bürokratie, die Existenzgründungen verhindere, seien die Schwierigkeiten, vor denen die Branche stehe.

Aber wer mit Jan Lange redet, wird kein Gejammer hören, sondern Ideen: Auf den Gedanken, in einem alten Öltank in einer märkischen Kleinstadt ein Tauchbecken zum Tauchsporttraining und Urlaubstauchen einzurichten, muss man erst einmal kommen. Und wenn nächstes Jahr die Landesgartenschau nach Wittenberge kommt, wird Jan Lange ebenfalls an Bord sein – und zusammen mit seinem Vater dazu beitragen, dass aus den flachen Landschaften im äußersten Nordwesten Brandenburgs tatsächlich „blühende Landschaften“ werden. Auch wenn die Blütenpracht dann vielleicht nur ein paar Monate hält.

BENJAMIN LASSIWE ist freier Journalist und lebt in Berlin.

MYTHOS MITTELSTAND

Was hat Deutschland, was andere nicht haben? Den Mittelstand! Cicero stellt in jeder Ausgabe einen mittelständischen Unternehmer vor.



Auf alten Irrwegen

Von
STEFAN LIEBING

Illustrationen
MATTHIAS SEIFARTH

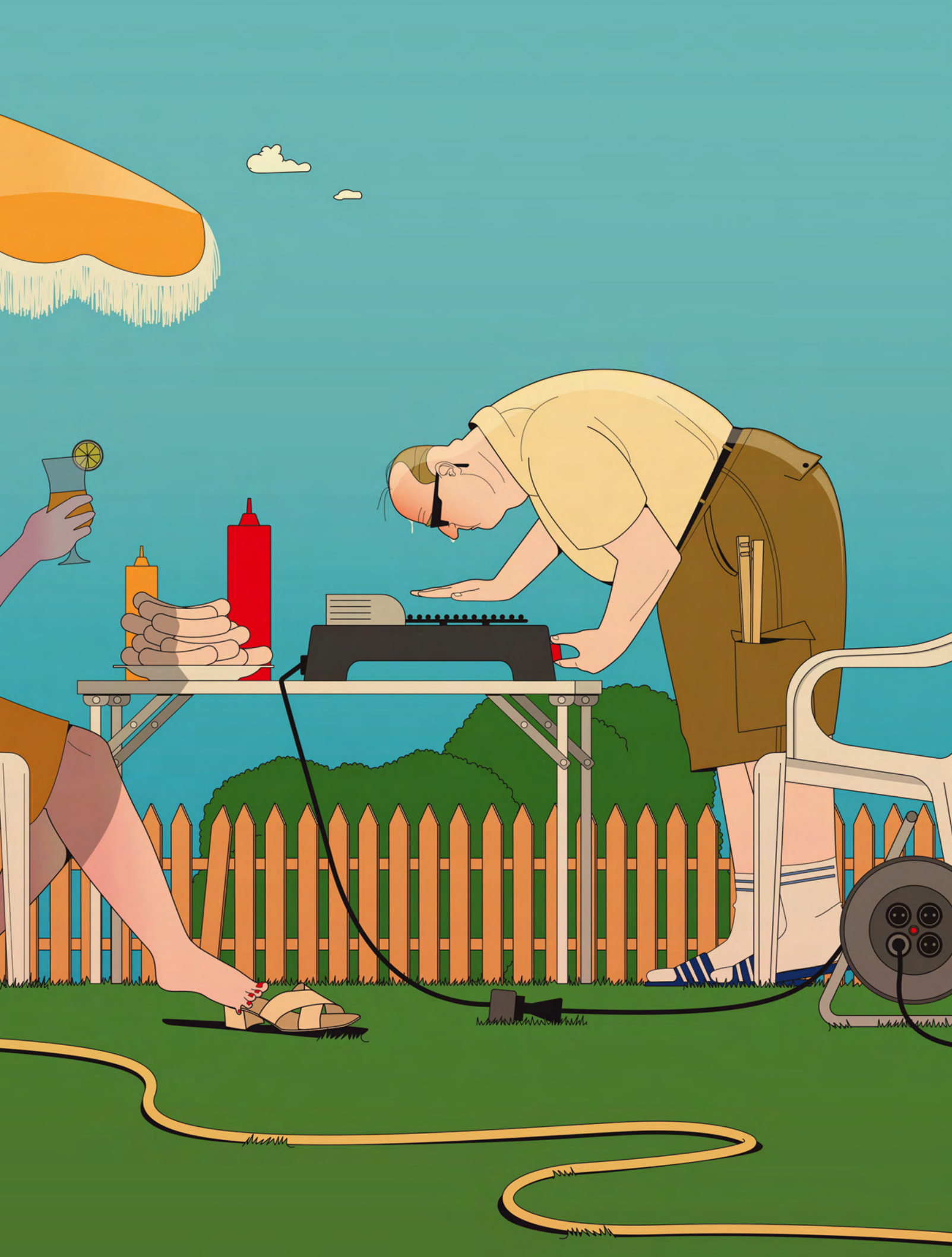
Energiepolitik beginnt nicht in Brüssel oder Berlin, sondern im eigenen Heizungskeller oder an der Tankstelle um die Ecke. Dort zeigt sich, wie verletzlich eine Volkswirtschaft ist, wenn ihre Energieversorgung ins Wanken gerät. Die Deutschen haben diese Erfahrung gerade erst gemacht, mit dem russischen Angriff auf die Ukraine und der folgenden Energiekrise, ausgelöst durch die einseitige Abhängigkeit von russischem Gas. Doch statt daraus Konsequenzen zu ziehen, hat die Politik die Fehler der Vergangenheit wiederholt. Deutschlands Abhängigkeit ist nicht verschwunden. Die Bundesrepublik hat nur ihren Herrn gewechselt. Und der Krieg im Iran sowie die Spannungen rund um die Straße von Hormus führen uns diese Tatsache schmerzhaft vor Augen.

Die deutsche Energieabhängigkeit ist nicht gottgegeben. Wir können etwas daran verändern. Doch dafür müssen die politischen Fehler der Vergangenheit als solche erkannt und behoben werden.

Mittlerweile sollte allen Beteiligten eines klar sein: Wer seine Energieversorgung nicht resilient organisiert, macht sich erpressbar – wirtschaftlich, politisch und im Zweifel auch gesellschaftlich. Deutschland befindet sich nun zum wiederholten

Überall in der Welt stehen potenzielle Energiepartner bereit. Doch statt zu diversifizieren, steuert die deutsche Politik das Land erneut in eine einseitige Abhängigkeit – und riskiert damit die nächste Energiekrise.

Mal genau in dieser Lage. Über Jahre hinweg wurde das energiepolitische Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit politisch einseitig interpretiert. Die Bundesregierung setzte nahezu ausschließlich auf Klimaschutz, flankiert von ambitionierten Ausbauzielen für erneuerbare Energien. Versorgungssicherheit wurde implizit als gegeben angenommen, Wirtschaftlichkeit zunehmend als nachrangig behandelt oder durch staatliche Eingriffe überdeckt.



Die Folge war ein energiepolitischer Blindflug. Der Ausbau erneuerbarer Energien wurde vorangetrieben, ohne dass Netze, Speicher und Backup-Kapazitäten in ausreichendem Maße mitgedacht wurden. Gleichzeitig wurde die bestehende Infrastruktur konventioneller Kraftwerke politisch delegitimiert, ohne dass tragfähige Alternativen im industriellen Maßstab bereitstanden. Die steigenden Systemkosten, etwa für Netzausbau und Redispatch, wurden in Kauf genommen, die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie kleingeredet. Erst der russische Angriff auf die Ukraine beendete diese Illusion. Plötzlich wurde deutlich, dass Versorgungssicherheit unmittelbare Auswirkungen auf industrielle Produktion, Preisstabilität und gesellschaftlichen Zusammenhalt hat. Deutschland verzichtete innerhalb kürzester Zeit auf russisches Pipelinegas – politisch nachvollziehbar, jedoch mit erheblichen Kosten und wirtschaftlichen Verwerfungen verbunden.

Doch anstatt aus dieser einseitigen Abhängigkeit die richtige Lehre zu ziehen, wurde das Problem lediglich verlagert. Die Abhängigkeit wurde nicht reduziert, sondern neu verteilt – insbesondere hin zu verflüssigtem Erdgas (LNG) aus den USA. LNG ist heute ein zentraler Pfeiler der europäischen Gasversorgung. Rund 37 Prozent der EU-Gasimporte entfallen inzwischen auf LNG. Eine Schlüsselrolle als Lieferant spielen dabei die Vereinigten Staaten, die sich mit einem Anteil von mehr als 20 Prozent an den globalen Exportkapazitäten zum größten LNG-Anbieter weltweit entwickelt haben.

Diese Entwicklung wurde politisch nicht nur akzeptiert, sondern aktiv begünstigt. Der Grund ist ebenso einfach wie problematisch: Amerikanisches LNG ist flexibel verfügbar. Es kann kurzfristig beschafft werden, ohne langfristige vertragliche Bindungen. Für private Energieversorger ist das attraktiv, weil sich Preise über Terminmärkte typischerweise nur wenige Jahre im Voraus absichern lassen. Langfristige Lieferverträge hingegen bedeuten Risiken – insbesondere in einem regulatorischen Umfeld, in dem diese Risiken nicht angemessen vergütet werden.

Genau hier liegt der zentrale Denkfehler der vergangenen Jahre, den insbesondere die Ampelregierung zu verantworten hat. Versorgungssicherheit ist kein marktfähiges Gut im klassischen Sinne, sondern ein öffentliches Gut. Private Akteure handeln rational: Sie optimieren Kosten und vermeiden Risiken. Versorgungssicherheit hingegen erfordert das Gegenteil – Redundanz, Diversifikation,

Die Regierung hat diese ökonomische Logik ignoriert. Das Ergebnis ist ein in Krisen hochgradig verwundbares Energiesystem

Überkapazitäten und langfristige Bindungen. All das ist teuer und kurzfristig ineffizient, aber langfristig systemstabilisierend.

Die frühere Bundesregierung hat diese grundlegende ökonomische Logik ignoriert. Anstatt gezielt Anreize für eine breitere Lieferantenbasis und langfristige Verträge zu setzen, wurde auf den kurzfristig günstigeren Spotmarkt gesetzt. Das Ergebnis ist ein Energiesystem, das in ruhigen Zeiten effizient erscheinen mag, in Krisensituationen jedoch hochgradig verwundbar ist.

DIE ESKALATION IM NAHEN OSTEN macht diese strukturelle Verwundbarkeit nun schmerzhaft sichtbar. Die Straße von Hormus ist ein neuralgischer Punkt des globalen Energiesystems. Täglich passieren rund 20 Millionen Barrel Öl diese Route – etwa ein Fünftel des weltweiten Verbrauchs. Auch ein erheblicher Teil der globalen LNG-Exporte, insbesondere aus Katar, wird über diesen Seeweg transportiert. Bereits die Bedrohung dieser Route führt zu massiven Preisreaktionen, da Energiemärkte extrem sensibel auf Angebotsrisiken reagieren. Da die Nachfrage kurzfristig kaum elastisch ist, führen bereits geringe Unsicherheiten zu disproportionalen Preissprüngen, verstärkt durch spekulative Marktmechanismen. Für Deutschland bedeutet das: Selbst bei physisch ausreichender Versorgung steigen die Preise erheblich, da Energiepreise global bestimmt werden. Nationale Abschottung ist nicht möglich.

Hinzu kommt ein zweiter Effekt, der politisch bislang kaum adressiert wird. Viele asiatische



Länder sichern sich ihre LNG-Lieferungen über langfristige Verträge, insbesondere mit Produzenten im Nahen Osten. Fallen diese Lieferungen aufgrund von Konflikten aus, müssen diese Länder kurzfristig auf den Spotmarkt ausweichen. Europa konkurriert dann direkt mit diesen Abnehmern um die gleichen verfügbaren Mengen. Der Wettbewerb verschärft sich, die Preise steigen weiter. Gleichzeitig zeigt sich ein weiteres Problem des LNG-Marktes: Angebotsausweitungen sind kurzfristig kaum möglich. Der Bau eines LNG-Terminals dauert fünf bis sieben Jahre und kostet häufig mehr als zehn Milliarden US-Dollar. Der Markt ist also träge, während die Nachfrage kurzfristig stark schwanken kann. Diese Kombination führt zwangsläufig zu hoher Preisvolatilität.

Besonders kritisch ist in diesem Kontext die wachsende Abhängigkeit von den USA. Was zunächst als verlässliche Partnerschaft erschien, kann sich unter veränderten politischen Rahmenbedingungen schnell als Risiko erweisen. Die Möglichkeit, LNG-Exporte politisch zu steuern oder zu verteuern, ist real. Energie könnte von US-Präsident Donald Trump jederzeit als geopolitisches Druckmittel eingesetzt werden – diesmal gegen Europa. Der amerikanische Rechtsrahmen erlaubt schon heute, Energielieferungen an Staaten zu untersagen, die amerikanischen Interessen zuwiderhandeln. Zum Beispiel könnte die zurückhaltende Positionierung der Bundesregierung im Irankrieg als Begründung vollkommen ausreichen.

DASS PRÄSIDENT TRUMP notfalls mit nur einem Dekret die deutsche Industrie ihrer Energieversorgung berauben und sie somit beerdigen könnte, ist ein kapitaler Fehler der deutschen Politik. Die Ampelregierung hat es versäumt, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen. Weder wurde die Diversifizierung der Lieferländer systematisch vorangetrieben, noch wurden ausreichende Anreize für langfristige Lieferverträge geschaffen.

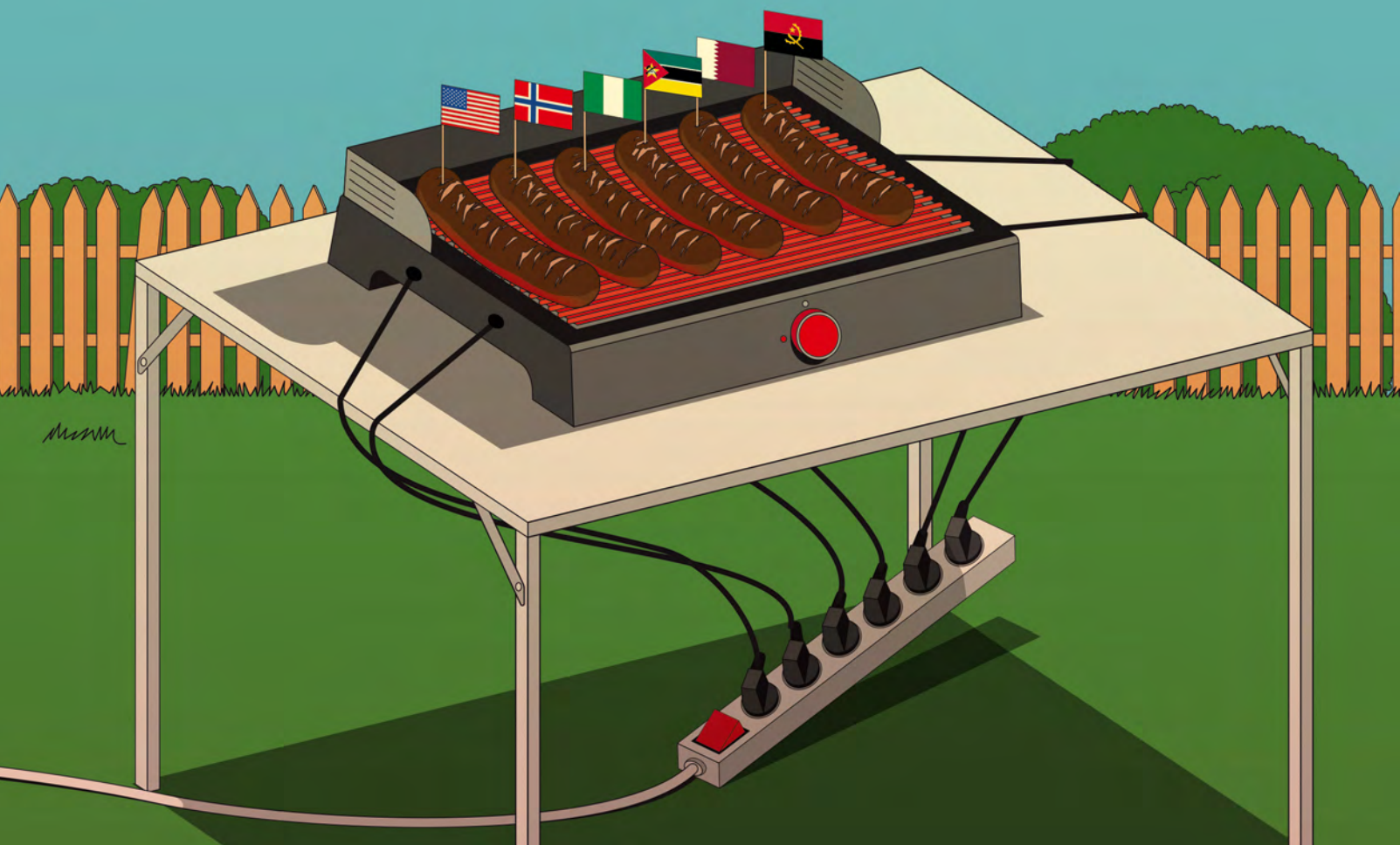
Dabei lagen die Optionen auf dem Tisch. Länder wie Katar, Nigeria, Algerien oder Mosambik haben wiederholt signalisiert, dass sie bereit sind, langfristige Lieferbeziehungen einzugehen. Doch solche Verträge erfordern Abnahmegarantien über viele Jahre – und damit die Bereitschaft, Mengenrisiken zu tragen. Die deutsche private Energiewirtschaft war dazu verständlicherweise nicht bereit. Ohne staatliche Absicherung sind solche Risiken betriebswirtschaftlich kaum darstellbar.

Genau hier hätte die Politik eingreifen müssen. Versorgungssicherheit entsteht nicht von selbst. Sie muss organisiert, finanziert und politisch gewollt

sein. Instrumente wie staatliche Garantien für langfristige Verträge, Diversifizierungsquoten oder gezielte Investitionen entlang der Energie-Wertschöpfungskette wären notwendig gewesen. Stattdessen dominierte eine ideologisch geprägte Haltung, die fossile Energiequellen primär als Problem und nicht als notwendige Übergangstechnologie betrachtete. Gegner langfristiger Verträge führten einen „Lock-in-Effekt“ ins Feld. Wer heute für die kommenden 20 Jahre Gas kaufe, könne nicht rechtzeitig Lieferungen beenden, wenn alle Energieversorgung grün sei. Diese Sicht auf die Dinge ist so naiv wie unüberlegt. Deutschland ist derzeit zu rund 70 Prozent seiner Nachfrage nach Energie von Importen abhängig. Ein Liefervertrag, der im besten Fall ein paar Prozentpunkte dieser Nachfrage langfristig absichert, kann wohl kaum als Vorfestlegung betrachtet werden, die eine mögliche CO₂-freie Zukunft verhindert. Allerdings sehr wohl als einer von vielen Beiträgen zu einer Risikostreuung bei der Energieversorgung für Industrie und Autofahrer für die kommenden zwei Dekaden.

Wirtschaftsministerin Katherina Reiche hat vorsichtig angefangen, eine neue Richtung einzuschlagen. In den vergangenen Wochen hat sie die Energieversorger dazu aufgerufen, sich um langfristige Verträge zu kümmern und neue Lieferantenländer in den Blick zu nehmen. Die frühere Gazprom-Tochtergesellschaft, heute unter dem Namen Sefo unter staatlicher Kontrolle, hat eine erste

Dass Trump mit nur einem Dekret die deutsche Industrie beerdigen könnte, ist ein kapitaler Fehler der deutschen Politik



Ausschreibung für eine zehnjährige Liefervereinbarung veröffentlicht. Und die Ministerin spricht von Beschaffungsmöglichkeiten in Algerien oder Aserbaidschan. Die Denkweise geht also in die richtige Richtung.

Allerdings werden freundliche Appelle an die deutschen Energieversorger nicht ausreichen. Versorgungssicherheit zu schaffen, ist nicht primär Aufgabe privater Unternehmen. Es erfordert Vorgaben, oder Anreize, der öffentlichen Hand.

Daraus ergeben sich mehrere Handlungsfelder, die künftig deutlich konkreter und verbindlicher ausgestaltet werden müssen. Im Kern geht es darum, die Defizite der bisherigen Energiepolitik gezielt zu korrigieren und Versorgungssicherheit als eigenständiges politisches Ziel in den Fokus zu rücken.

Ein erster und besonders zentraler Ansatzpunkt liegt in der staatlichen Absicherung langfristiger Lieferverträge. Wenn Energieversorger heute zögern, sich über viele Jahre hinweg vertraglich zu binden, dann geschieht dies nicht aus Nachlässigkeit, sondern aus betriebswirtschaftlicher Rationalität. Langfristige Verträge bedeuten erhebliche Preis- und Mengenrisiken, die in einem volatilen Marktumfeld kaum kalkulierbar sind. Genau hier muss der Staat ansetzen.

**Die Energiepolitik
der Ampel hat
ökonomische und
geopolitische
Realitäten systematisch
verleugnet**



DENKBAR WÄRE DIE EINRICHTUNG eines strukturierten Garantieinstruments, etwa in Form eines staatlichen Absicherungsfonds, der einen Teil dieser Risiken übernimmt. Der Staat könnte Verluste aus langfristigen Energieverträgen anteilig kompensieren und damit die Bereitschaft erhöhen, solche Bindungen überhaupt einzugehen. Das könnte in Form sogenannter Differenzverträge erfolgen, bei denen Preisschwankungen zwischen Marktpreis und vertraglich vereinbartem Preis ausgeglichen werden. Liegt der Marktpreis unterhalb des Vertragsniveaus, würde der Staat die Differenz tragen, während bei höheren Marktpreisen entsprechende Rückflüsse erfolgen. Auf diese Weise ließe sich Planungssicherheit schaffen, ohne die Preissignale des Marktes vollständig außer Kraft zu setzen.

Ein zweiter zentraler Baustein betrifft die systematische Diversifizierung der Energieimporte. Eine Möglichkeit bestünde darin, regulatorische Obergrenzen für die Abhängigkeit von einzelnen Lieferländern festzulegen. So könnte beispielsweise vorgeschrieben werden, dass kein einzelnes Land mehr als einen bestimmten Anteil am Importmix ausmachen darf. Ergänzend dazu sollten Energieversorger verpflichtet werden, ihre Beschaffungsstrategien regelmäßig offenzulegen und auf ihre Krisenfestigkeit zu überprüfen. Stress-tests, wie sie aus dem Bankensektor bekannt sind, könnten dabei helfen, potenzielle Risiken frühzeitig sichtbar zu machen. Flankierend wären gezielte Anreizsysteme denkbar, etwa steuerliche Vorteile oder regulatorische Erleichterungen für Unternehmen, die ihre Bezugsquellen besonders breit streuen. Darüber hinaus sollte der Staat seine energieaußenpolitische Rolle deutlich aktiver wahrnehmen und strategische Partnerschaften mit potenziellen Lieferländern systematisch ausbauen.

Ein dritter Handlungsbereich liegt in der systemischen Ergänzung der Energiewende. Der Ausbau erneuerbarer Energien bleibt zweifellos ein zentrales Element der zukünftigen Energieversorgung, reicht für sich genommen jedoch nicht aus. Entscheidend ist, dass dieser Ausbau in ein funktionierendes Gesamtsystem eingebettet wird. Dazu gehört zunächst der beschleunigte Ausbau leistungsfähiger Stromnetze. Gleichzeitig sind erhebliche Investitionen in Speichertechnologien notwendig, um die Volatilität erneuerbarer Energien abzufedern. Neben Batteriespeichern und Pumpspeicherkraftwerken kommt dabei auch Power-to-Gas-Technologien eine wichtige Rolle zu. Darüber hinaus bedarf es eines Marktdesigns, das die Bereitstellung von gesicherter Leistung honoriert. Ein Kapazitätsmarkt könnte sicherstellen,

dass ausreichend Reservekraftwerke wirtschaftlich betrieben werden können, auch wenn sie nur selten zum Einsatz kommen. Ziel all dieser Maßnahmen muss ein robustes Energiesystem sein, das nicht nur im Normalbetrieb effizient funktioniert, sondern auch unter Stressbedingungen – etwa bei geopolitischen Schocks – stabil bleibt.

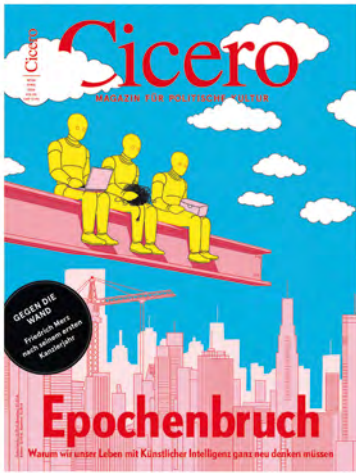
Schließlich erfordert auch der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft eine entschiedenere Herangehensweise. Wenn Deutschland erneut primär auf kurzfristige Marktmechanismen setzt, droht eine Wiederholung der heutigen Abhängigkeiten, nur mit einem anderen Energieträger. Um dies zu vermeiden, sollten frühzeitig langfristige Importpartnerschaften mit unterschiedlichen Regionen aufgebaut werden, etwa in Afrika, dem Nahen Osten, Australien oder Südamerika. Ergänzend dazu kann es sinnvoll sein, dass sich der Staat direkt an internationalen Produktionsprojekten beteiligt, um sich frühzeitig Zugang zu strategisch wichtigen Lieferketten zu sichern. Bei heutigen Gaspreisniveaus ist grüner Wasserstoff aus Afrika oder Südeuropa günstiger als der in Deutschland aus Gas hergestellte graue Wasserstoff für die deutsche Industrie.

ALL DIESE MASSNAHMEN haben jedoch eines gemeinsam: Sie kosten Geld. Versorgungssicherheit ist nicht kostenlos zu haben. Im Gegenteil – sie erfordert bewusste Mehrinvestitionen und die Bereitschaft, auf kurzfristige Preisoptimierung zu verzichten. Die Vorstellung, man könne gleichzeitig maximale Sicherheit und minimale Preise erreichen, ist eine politische Illusion. Deutschland steht damit vor einer unbequemen Wahrheit. Die Zeit der billigen Energie ist vorbei. Wer Versorgungssicherheit will, muss dafür zahlen. Die Alternative wäre, weiterhin auf das jeweils günstigste Angebot zu setzen und damit das Risiko unkalkulierbar zu erhöhen – mit den bekannten Konsequenzen.

Die Herausforderung besteht nun darin, diese Realität politisch zu vermitteln. Die Fehler der Ampelregierung lassen sich nicht rückgängig machen. Aber sie sollten zumindest als das benannt werden, was sie sind: Ergebnisse einer Energiepolitik, die ökonomische und geopolitische Realitäten systematisch verleugnet hat. Die jetzige Bundesregierung muss es besser machen. Und zwar schnell.



STEFAN LIEBING war lange im Öl- und Gasgeschäft tätig und ist heute Honorarprofessor an der Hochschule Flensburg.

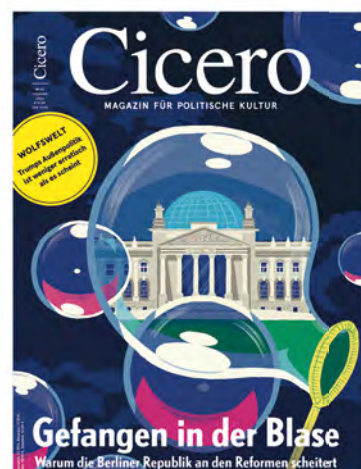
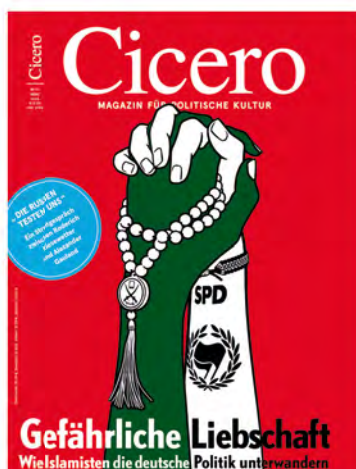
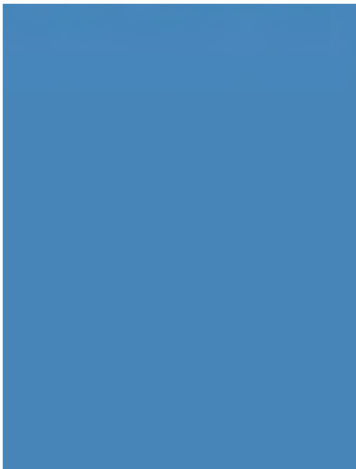


Cicero

MAGAZIN FÜR POLITISCHE KULTUR

- ▶ Keine Ausgabe mehr verpassen!
- ▶ Portofreie Lieferung
- ▶ Prämie zur Wahl
- ▶ Nach Mindestlaufzeit jederzeit kündbar
- ▶ Ein Gratis-Heft bei Bankeinzug
- ▶ **Tipp: Auch zum Verschenken!**

6 Ausgaben für zurzeit 75 € zzgl. 1 € Zuzahlung (inkl. MwSt. und Versand).
 Es besteht ein 14-tägiges Widerrufsrecht. Zahlungsziel: 14 Tage nach Rechnungserhalt.
 Als leistender Unternehmer und Anbieter übernimmt die Res Publica Verlags GmbH die Betreuung und Abrechnung des Abonnements.



CICERO & KAFFEE-ABO

Lesen Sie sechs Monate lang Cicero und genießen Sie dazu drei Monate lang drei Kaffeesorten der Andraschko Kaffeemanufaktur im Abo für derzeit 75 €*.



Kaffee – Politik – Genuss frei Haus

- „Miscela Italia“, ein schokoladiger Espresso nach Triestiner Art
 - „Wiener Kaffeehaus“, der Salonkaffee unter den Espressos, aus der Heimatstadt der Kaffeehauskultur
 - „Roasters Pick“, der komplexe Espresso zum Nächste-Durchtanzen
- je 250-Gramm-Packung

andraschkokaffee.com

* Bei Abschluss eines Halbjahresabos erhalten Sie als Prämie in den ersten drei Monaten jeweils eine Packung Kaffee. Für den Versand dieser Prämie übermitteln wir Ihren Namen und Ihre Lieferanschrift an unseren Kooperationspartner Andraschko Kaffeemanufaktur, Industriestraße 18, 12099 Berlin, der den Versand in eigener Verantwortung durchführt. Rechtsgrundlage für die Datenübermittlung ist Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO (Vertragserfüllung). Die Daten werden ausschließlich zur Durchführung des Prämienversands verwendet. Weitere Informationen zur Datenverarbeitung finden Sie in unseren Datenschutzhinweisen unter: shop.cicero.de/datenschutz

EINFACH
SCANNEN UND
BESTELLEN:



Jetzt 6 Ausgaben bestellen unter:

CICERO.DE/HALBJAHRESABO | TEL: 03861-5339 703



SALON

Kulturstaatsminister Wolfram Weimer
(parteilos). Im Hintergrund ein Lesesaal der
Deutschen Nationalbibliothek in Leipzig

Der Förderer

Von
RALF HANSELLE

Um den aktuellen
Kulturstaatsminister
Wolfram Weimer ist ein
Streit entbrannt. Zeit
zu fragen, was das Amt
bis dato gebracht hat.



der Form

Die deutsche Kultur wächst auf sich zu. In den bereits von Weitem gut sichtbaren Büchertürmen der Deutschen Nationalbibliothek in Leipzig kann man dieses Phänomen mit Händen greifen. Nur noch zwei Etagen liegen in den großen, fensterlosen Türmen an der symbolischen Anschrift Deutscher Platz 1 zwischen dem Magazin für Zeitschriften und große Bücher in den oberen Stockwerken und den kleinformatigen Schriften aus den unteren Ebenen.

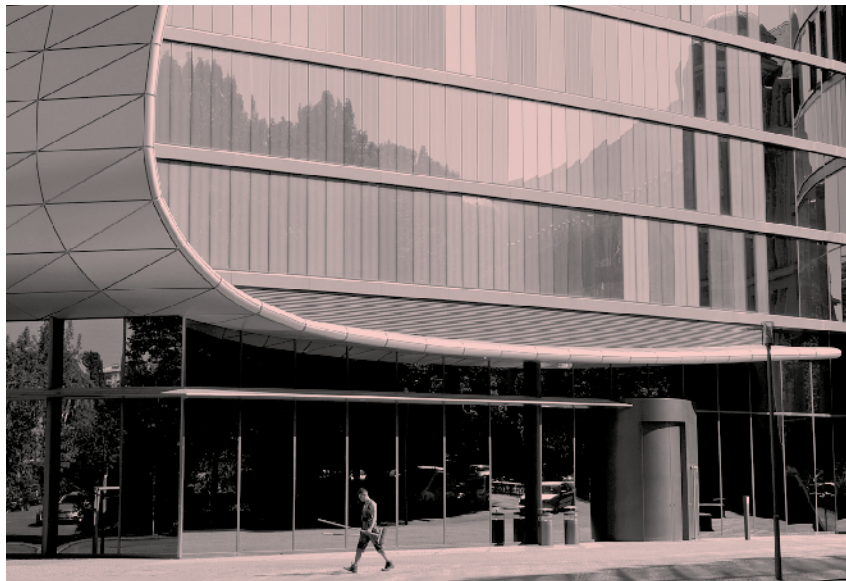
Um möglichst viel Platz zu sparen, ist man in der zentralen deutschen Archivbibliothek nämlich vor Jahren auf eine eigentümliche Idee gekommen: Nicht mehr alphabetisch oder thematisch wird in Leipzig der Bestand sortiert, sondern nach Größen. Auf diese Weise vermeidet man wertvollen Hohlraum, der sich andernfalls zwischen den Buchreihen bilden würde. Das Schönste aber: Die Bücher stehen vollkommen vorurteilsfrei nebeneinander. Linke Belletristik schmiegt sich an ordoliberalen Wirtschaftsliteratur, Freigeistiges lehnt sich an Konservatives. Eine Diskursordnung ganz ohne Ressentiment.

Doch allmählich geht im Süden von Leipzig auch die allerletzte Luft aus: Bei den Einbänden bis zu 18 Zentimeter, die vom Fundament des Hauses allmählich nach oben mäandern, ist man in Etage sechs angelangt, bei den von oben kommenden Büchern über 45 Zentimeter in Etage acht. Es sei nur noch wenig Zeit, so heißt es aus der Direktion der größten Bibliothek Deutschlands, bis man aus allen Nähten platze. Bis dahin aber wird emsig weiter gesammelt: Neuerscheinung um Neuerscheinung. Ganze 400 Kilometer messen die Regalbretter bereits, legte man sie fein säuberlich hintereinander. Die gesamte Strecke zwischen der Leipziger Nationalbibliothek und ihrer Dependence in Frankfurt am Main könnte auf diese Weise bereits mit Brettern gepflastert werden.

Würden sich die Klein- und Großformate also in wenigen Jahren berühren, so käme das für die Nationalbibliothek einer Katastrophe gleich. Schließlich

geht man in dem riesigen Gebäudekomplex am Deutschen Platz seit mehr als hundert Jahren einer ehrenvollen Aufgabe nach: Jedes seit dem Jahr 1913 in Deutschland erschienene Medienwerk in Ton, Bild oder Schrift wird hier auf Grundlage des sogenannten Pflichtexemplarrechts gesammelt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

So ist über Jahrzehnte hinweg ein fein geschwungener Gedächtnisraum der deutschsprachigen Publizistik entstanden. Und der ist keine sächsische Bibliotheksmarotte; spätestens seit 20 Jahren geht man an den zwei Standorten der Nationalbibliothek einem hoheitlichen Auftrag



nach. Der ergibt sich aus dem „Gesetz über die Deutsche Nationalbibliothek“ (DNBG), welches der Deutsche Bundestag am 22. Juni 2006 verabschiedet hat.

Dass man bei einer derartigen Mammutaufgabe immer wieder mal an Grenzen stößt, ist eigentlich nichts Besonderes. Alle 30 Jahre, heißt es aus dem Inneren dieser gewaltigen Speicheranlage für bedrucktes Papier, sei ein klimastabiler Erweiterungsbau fällig. Bis dato kein Problem. In Leipzig archivierte man den physischen Schriftbestand der Nation längst im vierten Bauabschnitt. Und ein fünfter war eigentlich ausgemacht. „Bauen für die Ewigkeit“, hatte man vor zwei Jahren jene Mitteilung voll Stolz überschrieben, mit der die

Eine geschwungene Architektur des Wissens: die Deutsche Nationalbibliothek in Leipzig

Nationalbibliothek auf die Ergebnisse eines Realisierungswettbewerbs aufmerksam machte. Gut 35 Millionen weitere Medienwerke sollten in dem geplanten Neubau Platz finden. 2027, so zeigte man sich damals überzeugt, sollte der erste Spatenstich erfolgen. Neue Luft für die Milliarden und Abermilliarden Sätze, Wörter, Buchstaben.

Doch Mitte März dieses Jahres machte plötzlich eine überraschende Meldung aus dem Bundeskanzleramt einen Strich durch die Rechnung: Wolfram Weimer (parteilos), Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), habe sich gegen den bereits seit 2018 geplanten Erweiterungsbau entschieden. Zur Begründung hieß es zunächst lapidar, dass die Sammlung körperlicher Medienwerke bis weit in die Zukunft hinein nicht mehr zeitgemäß sei. Die Deutsche Nationalbibliothek solle sich stärker auf die digitale Sammlung konzentrieren.

Es war ein Schock. Die Bibliothek, so hieß es in den folgenden Tagen nicht nur aus der Buchstadt Leipzig, sei schließlich gesetzlich zu ihrer Tätigkeit verpflichtet. Eine Änderung ihres Auftrags würde eine Änderung des Gesetzes erfordern. Das aber sei ein langwieriger Prozess. Und währenddessen wüchsen die Bestände weiter: Buch um Buch, Reihe um Reihe. Bald schon würden sich die Etagen berühren. Und mit ihnen die beiden Enden der deutschsprachigen Literatur.

Auf Kulturstaatsminister Weimer schien das wenig Eindruck zu machen. Mochten sich auch Formate, Kulturen oder Bücher berühren – der Mann, der bei seinem Amtsantritt vor genau einem Jahr noch signalisiert hatte, dem Kulturkampf Paroli bieten zu wollen, blieb lieber auf Abstand. Ausgerechnet während der Leipziger Buchmesse, als Weimer aufgrund des öffentlich ausgetragenen Gezeters um den Deutschen Buchhandlungspreis ohnehin schon heftig unter Beschuss stand, eskalierte auch dieser Konflikt: Das Feuilleton krittelte, die Besucher der Eröffnungsfeier buhten, und in nahezu allen Gängen der Hallen rund um die Neue Messe war die Amtsführung des 61-jährigen Ex-Journalisten

vom oberbayerischen Tegernsee das zentrale Aufregertema. Man sei „irritiert, verstört, empört“, hieß es etwa in Halle 5 beim Forum der unabhängigen Verlage.

Mara Delius, Literaturkritikerin bei der Tageszeitung *Die Welt*, schien das Auftreten Weimers derart aus der Fassung gebracht zu haben, dass die für gewöhnlich eher leise und bedacht sprechende Intellektuelle öffentlich davon zu träumen begonnen hatte, den Staatsminister zum Mond zu schicken. Und Katharina Eleonore Meyer, Vorstandsvorsitzende der Kurt-Wolff-Stiftung, zeigte sich bei der Verleihung eines renommierten Verlagspreises davon überzeugt, dass es nicht Aufgabe eines Kulturstaatsministers sei, Porzellan zu zerschlagen.

SIE HATTE RECHT: Mit Zerrüttungen, wie sie sich in Leipzig Luft machten, hatte man im Dezember 1998 gewiss nicht gerechnet, als die damalige rot-grüne Mehrheit im Deutschen Bundestag mit der Verabschiedung der sogenannten „Lex Naumann“ den Weg für den ersten Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien im Amt eines Staatsministers beim Bundeskanzler freigemacht hatte. Zumindest innerhalb der Kulturszene hatte es damals großen Konsens gegenüber dem kleinen Amt mit dem langen Namen gegeben: Mit dem Journalisten und Verleger Michael Naumann (SPD) hatte sich der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) einen politikfernen Schöngeist für den neuen Posten geholt.

Der blitzgescheite Publizist, der einst über Karl Kraus promoviert hatte, war genau so, wie sich das zuweilen noch skeptische Feuilleton einen Kulturbefauftragten erträumt hatte: redegewandt, welterfahren und persönlicher Freund von Paul Auster und José Saramago. Seine „Unfähigkeit, sich zu verbünden“, wie das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* damals noch kritisch über Naumanns politisches Noviziat schrieb, fiel da zunächst nicht ins Gewicht. Der Intellektuelle, der den Worten lieber „hinterherlauschte“, als dass er sie als Waffe gegen die Kultur selbst ins Feld führen wollte, hatte das Zeug zu einem deutschen Jack

Mit Michael Naumann hatte sich Gerhard Schröder einen politikfernen Schöngeist für das neu geschaffene Amt geholt



Lang. Und war es nicht das, worum es ging? Raus aus dem Mief der Provinz, rein in die neue Hauptstadt Kultur?

Auch wenn einige noch mit dem Amt fremdelten, so zeigte man sich im Land der Dichturfürsten und Malerkönige weitestgehend erleichtert: Mit Naumann hatte man endlich einen Diplomaten Arkadiens mit am ansonsten nüchternen Kabinettschreibtisch. Zwar hatte es bereits in Bonn unter dem stets zu Unrecht als tumb geschmähten Helmut Kohl (CDU) einen Staatsminister für besondere Aufgaben gegeben, der sich dann und wann auch um Kulturelle kümmern durfte. Doch sonst war das Musen-Thema eher von solcher Art, dass es der Kanzler selbst in einer Art geheimer Kommandosache am Küchentisch klärte – etwa, wenn es um Kohls Lieblingsprojekt, das Haus der Geschichte in Bonn ging.

Was dann noch übrig blieb, landete in typisch rheinischer Nüchternheit in der sogenannten Abteilung „K“ des Innenministeriums. Dort, in einem sachlichen Funktionsbau an der Graurheindorfer Straße, arbeiteten bis 1998 eine Handvoll Spitzenbeamte unter der Leitung des langjährigen Kohl-Vertrauten Wolfgang Bergsdorf Museumsbaubeschlüsse und Kulturförderanträge nach Posteingangsstempel ab. Bundesrepublikanischer Formalismus, der nichts zu tun hatte mit jenem neuen Drang zu Glanz und Gloria der frisch herausgeputzten Berliner Republik.

150 MITARBEITER hatte Michael Naumann, als er 1999 das Amt nach turbulenten Anfangsdiskussionen endlich antreten konnte. Ein „Impresario ohne Orchester“, wie es damals besonders aus Reihen der Koalition hieß. Manch einem in der Politik aber war schon diese Einsamkeit mit den großen Worten und den winzigen Zuständigkeiten ein Tick zu viel. Und auch der kleine Etat von umgerechnet gerade einmal 0,8 Milliarden Euro erschien nicht wenigen wie rausgeschmissenes Geld.

Besonders Konservative witterten einen „Wilhelminismus von links“, der mit dem neuen Kulturstaatsminister in den riesenhaften neuen Schultes-Bau am

Berliner Spreeufer einziehen würde; eine trügerische Sehnsucht nach Mitte und Metropole, die sich in Schröders neuem Kanzleramt breitmachen könnte.

Die Sorgen waren nicht unberechtigt. Zwar sprach Michael Naumann zwei Tage nach Amtsantritt der neuen Regierung noch davon, dass „Kultur die schönste Form politischer Freiheit in einer demokratisch verfassten Gesellschaft“ sei. Doch wie sehr diese ihre Kultur wirklich beim Bund angesiedelt wissen wollte, darüber war ein heftiger Streit entbrannt. Das Grundgesetz, immerhin die Gebrauchsanweisung dieser „demokratisch verfassten Gesellschaft“, war da nämlich ziemlich klar: Seit der Gründung der Bundesrepublik waren Theater, Museen und Kunstförderung Ländersache. Es war die Konsequenz aus dem Nationalsozialismus, als jegliche kulturpolitische Entscheidung zentral im Propagandaministerium gefällt wurde.

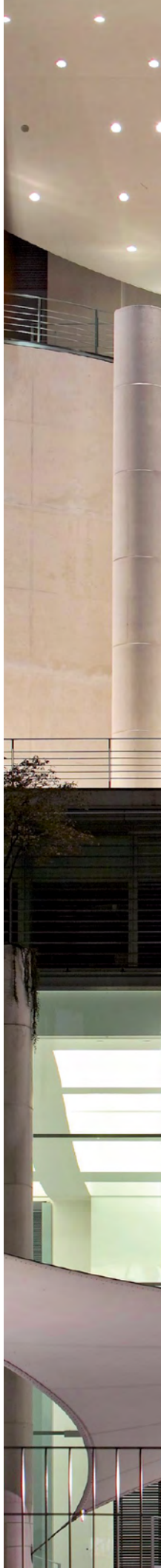
Um eine Wiederholung zu verhindern, fiel die Kulturhoheit also fortan und immerhin 50 Jahre lang ins Kleinklein der Länder. Mit der Kunstfreiheit aus Artikel 5 hatte man der Kunst zudem eine möglichst weitreichende Autonomie gesichert. Lediglich die auswärtige Kulturpolitik wurde nach Artikel 32 des Grundgesetzes zentral aus dem Auswärtigen Amt geführt.

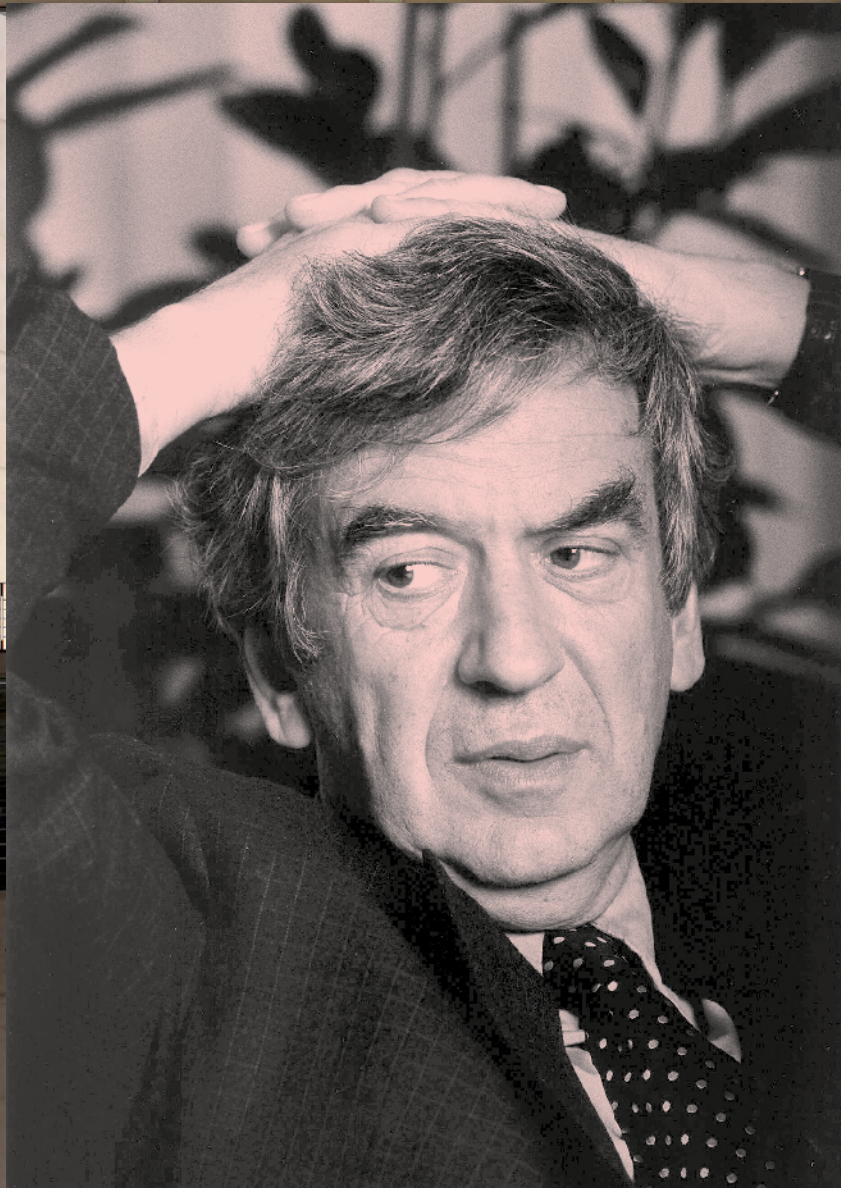
All das aber stand mit einem Mal zur Diskussion. War Kultur mit dem neu geschaffenen Amt „zur Projektion zentralistischer Selbstbespiegelung“ geworden, wie der sozialdemokratische Kulturpolitiker Hilmar Hoffmann damals in einem kritischen Zwischenruf fragte? Und bestand nicht die Gefahr, dass das politische Berlin das Wahre, Schöne und Gute nur als Dekortapete für das politisch so furchtbar Profane nutzen würde?

Wollte man das Problem lösen, musste ein Paukenschlag her. Und der klang manch einem noch Tage später schmerzhaft in den Ohren, nachdem der doch eigentlich so wortfeine Michael Naumann gegen den grundgesetzlich zugebilligten Kulturföderalismus den hässlichen Begriff von der „Verfassungsfolklore“ in Stellung brachte. Endgültig vom Tisch war die Sache damit noch nicht.

Der erste Kulturstaatsminister Michael Naumann (SPD). Im Hintergrund das neue Kanzleramt

Unter Helmut Kohl war das Musen-Thema eher von solcher Art, dass es der Kanzler selbst am Küchentisch klärte





**Besonders
Konservative
witterten in
dem 1998
geschaffenen
Amt einen
Wilhelminismus
von links**



Erst als der ehemalige Verfassungsrichter Ernst Gottfried Mahrenholz darauf verwies, dass „die deutsche Nation wie jede andere auch eine Kultur“ habe, kam die Sache zu einem Abschluss. Denn wenn es eine solche Nationalkultur gebe, so Mahrenholz weiter, dann folge aus der selbstverständlich auch eine Verantwortung des Bundes.

DIE ZUSTÄNDIGKEITSDEBATTE schien beendet. Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, dem Spitzenverband von 285 Bundeskulturverbänden, meint heute, mit einem Abstand von über 25 Jahren, dass die Länder – gelegentlichen Zwischenrufen aus Bayern zum Trotz – längst nicht mehr auf die Idee verfielen, dem Bund seine Mitverantwortung fürs Kulturelle abzusprechen. Natürlich, so Zimmermann gegenüber *Cicero*, liege die Förderverantwortung im Kern bei den Kommunen und Ländern, die Schaffung der Rahmenbedingungen aber beim Bund – mithin beim BKM und dem zeitgleich geschaffenen Bundestagsausschuss für Kultur und Medien.

„Das ist das, was für die Kultur entscheidend ist“, beteuert einer der mittlerweile dienstältesten Kulturlobbyisten der Republik, der das Amt von Anfang an mit begleitet hat. Wichtiger als Geld sei die Schaffung des gesetzlichen Rahmens, sagt Zimmermann – etwa in den Bereichen Urheber-, Arbeits- oder Sozialrecht.

Es sei das Grundmissverständnis dieses Amtes: Ein Kulturstaatsminister müsse nicht kulturaffin sein. Nichts sei deplatziertes, sagt Olaf Zimmermann, als die lästige Frage, ob die mittlerweile siebenköpfige Reihe von Michael Naumann über Julian Nida-Rümelin (SPD) bis hin zu Monika Grütters (CDU) und Claudia Roth (Grüne) ins Theater gegangen sei oder ob sie etwas von Rotwein verstanden habe. Politik sei nicht Feuilleton. Das Einzige, was die Kultur selbst am Kulturstaatsminister interessiere, sei dessen Fähigkeit, Politik zu gestalten. Kunst selbst könnten die Künstler dann am Ende ohnehin mit weit mehr Talent.

So gesehen war der Mozart-Liebhaber Michael Naumann anfangs vielleicht

gar nicht die Idealbesetzung. Möglich, dass etwa der Akkordeonspieler und vierte Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) das Amt am Ende besser ausgefüllt hat – nicht obwohl, sondern gerade weil die Öffentlichkeit in dem einstigen Landesvorsitzenden der Bremer CDU anfangs nur einen grauen Parteisoldaten erblickt hatte. Als Profipolitiker aber hat Neumann später die Klaviatur der Gesetzgebung beherrscht.

Wo die ersten drei Amtsträger bis zur parteilosen Christina Weiss vielleicht noch Denkerstirn und Zeigefinger benötigten, um dem Amt eine Anschub-



Ex-Kanzler Gerhard Schröder (SPD) zusammen mit dem Maler Markus Lüpertz

energie mitzugeben, da überzeugten die Kulturstaatsminister unter Angela Merkel (CDU) eher mit täglicher Fleißarbeit. So sind vom Filmförderungsgesetz bis zum Kulturgutschutzgesetz in diesen Jahren wichtige Impulse aus dem BKM gekommen.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Das Amt selbst ist in jenen Jahren immer größer und teurer geworden. Aus den anfänglich 150 Mitarbeitern sind mittlerweile 430 in drei Hauptabteilungen mit zahlreichen Unterreferaten geworden. Und wo der Etat anfangs deutlich unter einer Milliarde Euro lag, sieht der Entwurf für das laufende Jahr 2,6 Milliarden vor.

Alles im Dienste der Kultur? Vermutlich nicht. Fakt ist, dass das

Vielleicht war der Akkordeonspieler Neumann ein besserer Kulturstaatsminister als der Klassikliebhaber Naumann



Arbeitseinkommen eines freien Künstlers in Deutschland – immerhin der wichtigsten Nutznießer von Kulturpolitik – im selben Zeitraum inflationsbereinigt nahezu gleich geblieben ist. Laut Erhebung der Künstlersozialkasse hat etwa ein Musiker im Jahr 2000 durchschnittlich 13 000 Euro verdient; ein Vierteljahrhundert später sind es 17 300 Euro.

UND DENNOCH ist das Amt wichtig. Davon ist zumindest Sebastian Guggolz, Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, überzeugt. Doch der 44-Jährige hat auch Fragezeichen: Aktuell stelle sich für ihn etwa die Frage, ob sich das Amt von der klassischen Rolle des Ermöglichs entfernt und verstärkt kuratorisch eingreife. „Es gehört aus meiner Sicht nicht zu den Aufgaben des Amtes, Debatten über Inhalte von Büchern, Filmen und Kunstwerken zu beleben“, so der oberste deutsche Buchhändler in Anspielung auf die aktuellen Debatten um Wolfram Weimer und dessen Eingriffe in Kulturpreise und Jury-Entscheidungen. Zuletzt hatte der etwa in den Hauptstadtkulturfonds eingegriffen, als er ein Übersetzungsprojekt für palästinensische Literatur kurzerhand von der Förderungsliste strich.

Aus gutem Grund, sagt Sebastian Guggolz gegenüber *Cicero*, halte sich der Staat eigentlich aus einer Bewertung kultureller Werke heraus. Seit geraumer Zeit aber sei das anders. Olaf Zimmermann sieht es ähnlich. Doch für den Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats habe sich der Wandel im Amtsverständnis nicht erst mit dem aktuellen Kulturstaatsminister Weimer ergeben. Seiner Meinung nach hat das schon mit Claudia Roth begonnen. Mit der Grünen im damals sozialdemokratisch geführten Kanzleramt habe mit einem Mal alles einem größeren Ziel zu dienen gehabt: Kultur – das war von da an Kampf für Demokratie! Kreativität war Kampf für Menschenrechte! Der Kulturstaatsminister als Förderer der Form habe sich da zum Initiator der Inhalte heraufgeschraubt.

Wolfram Weimer ist da für Olaf Zimmermann eigentlich nur die spiegelverkehrte Antwort, die gewollte Gegenpolarisierung zu Claudia Roth.

Wo immer man den Anfang sieht, immer deutlicher wird ein paternalistisches Gefälle: In der öffentlichen Wahrnehmung werden Künstler mehr und mehr wie kleine Kinder betrachtet und Kulturpolitiker wie deren Erziehungsberechtigte. Eine ähnliche Veränderung wird übrigens auch aus dem Bundestagsausschuss für Kultur und Medien gemeldet. Besonders die Parteien an den politischen Rändern, so erzählen es Ausschussmitglieder, hätten Kulturpolitik für den Kulturkampf entdeckt.

Der kulturellen Debatte hat das Schaden zugefügt – gepaart mit der Frage, ob es um die Qualität des Diskurses nicht vielleicht ohnehin besser bestellt war: damals, als sich der Bund noch aus den großen Fragen von Kunst und Kultur herausgehalten hat. Ein halbes Jahrhundert lang hat man es in Deutschland so gehalten, ohne dass die damalige Gesellschaft darüber Schaden erlitten hätte.

Derweil wachsen die Regalreihen der Nationalbibliothek am Deutschen Platz weiter aufeinander zu: vorurteilsfrei, Buch um Buch, ganz von alleine. Es wäre an der Zeit, dass der gegenwärtige Kulturstaatsminister nun die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Zukunft dieses nationalbibliografischen Zentrums der Republik schafft. Andernfalls wäre der letzte verbliebene Freiraum bald gefüllt.

Eine Woche nach der schroffen Absage an den Erweiterungsbau gaben BKM und Deutsche Nationalbibliothek übrigens unverhofft eine gemeinsame Pressemitteilung heraus: „Der Staatsminister für Kultur und Medien, Wolfram Weimer, erarbeitet derzeit Vorschläge für eine Reform des Gesetzes über die Deutsche Nationalbibliothek“, lautet der zentrale Satz. Es scheint, als habe der politikfremde Staatsminister fürs Erste verstanden: Es geht um die Rahmenbedingungen, nicht um die Inhalte deutscher Kultur.



RALF HANELLE ist stellvertretender Chefredakteur und Leiter des Ressorts Salon bei *Cicero*.

Die ehemalige Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne). Im Hintergrund die Berliner Museumsinsel

Mit Claudia Roth habe mit einem Mal alles in der Kultur einem größeren Ziel zu dienen gehabt



War es um die Qualität der intellektuellen Debatte besser bestellt, als sich der Bund noch aus ihr herausgehalten hat?

Fisch sucht Verrat

In Japan ist Sushi traditionell eine Männerdomäne. Die Köchin *Yuki Chizui* ist angetreten, Geschlechtergerechtigkeit in die japanische Küche zu bringen.

Von FELIX LILL

Es braucht keinen geschulten Blick, um zu erkennen, dass Yuki Chizui in ihrem Element ist, wenn sie ihr Messer in der Hand hält. Ein zufriedenes Lächeln durchzieht ihr Gesicht, sobald das Werkzeug durch rohen Fisch gleitet. Dann formt sie etwas frisch gekochten Reis in ihrer Hand, legt den Fisch obendrauf, garniert das Stück mit Ingwer oder anderen feinen Besonderheiten.

Yuki Chizui macht Sushi – was in ihrem Heimatland Japan eigentlich nichts Untypisches wäre. Es sei denn, man ist eine Frau: „Denjenigen, die Frauen verhindern wollen, fallen so einige Gründe ein“, murmelt sie. „Als ein wichtiger Grund gilt die Menstruation. Es heißt, in der Menstruation lasse der Geschmacksinn nach, weshalb Frauen nicht zuverlässig hochwertiges Sushi zubereiten können.“ Aber, sagt Chizui: „Wenn Männer erkältet sind und nichts mehr schmecken oder riechen, arbeiten sie auch oft weiter...“

An einem Vormittag in einer Kellerbar in Ginza, einem Tokioter Nobelviertel, in dem die 39-Jährige derzeit tagsüber ein Pop-up-Sushirestaurant betreibt, gibt sich Yuki Chizui als eine Art Kulinarikrevolutionärin. Im ostasiatischen Land ist ihre Aktivität ein Politikum. Denn das aus sehr feinem, rohem Fisch und Reis bestehende Sushi hat in Japan den Rang eines Nationalgerichts. Entsprechend streng sind die Vorstellungen, wie es zubereitet werden soll – und von wem. Will heißen: Frauen dürfen das nicht.

Sushi ist einer von vielen Bereichen, in denen die japanische Gesellschaft bis heute streng sexistisch funktioniert. Bei internationalen Vergleichen der Geschlechtergleichstellung schließt Japan regelmäßig schlecht ab. Denn auch auf

dem Arbeitsmarkt werden Frauen diskriminiert. „Aber das muss mal aufhören“, sagt Chizui mit fast siegesgewissem Blick, wickelt noch etwas eingerollten Fisch aus, den sie am Morgen auf dem Markt gekauft hat, hackt Gewürze klein.

LÄNGST IST YUKI CHIZUI EIN STAR. Sie ist „die Frau, die Sushi kocht“, die „Herausforderin des Sushisexismus“ oder die „Regelbrecherin“. Gemessen an der Kritik, die sie erfährt, bleibt viel zu überwinden: „Anonyme Anrufe kamen, in denen es hieß, Frauen dürfen kein Sushi machen. ‚Stirb‘, wurde gerufen.“ Auch in sozialen Medien wehte Gegenwind. „Irgendwann beginnt man zu zweifeln.“ Mittlerweile aber nicht mehr. „Mich unterstützen ja jetzt auch viele Leute.“

Die Frau mit hoher Stimme und kurzem Haar liebte Sushi schon als kleines Kind, las ein in Japan bekanntes Manga namens „Oishinbo“ – in dem sie auch lernte, dass Sushi Männerdomäne sei. Trotzdem suchte Chizui als Studentin die Nähe zu diesem für seine Eleganz geschätzten Gericht. Parallel zum Kunststudium arbeitete sie als Nebenjob in der Küche eines Sushilokals. „Da durfte ich nur putzen, den Fisch nicht mal berühren. Wenn ich ihm nur näherkam, gab es böse Blicke.“

Später dann machte ein größeres Personalunternehmen eine Aktion und bot Sushikurse für Frauen an. Chizui bewarb sich, erhielt unter Hunderten Bewerberinnen einen Platz. Das war Anfang des vergangenen Jahrzehnts – und für Yuki Chizui veränderte sich das Leben. Als sie den mehrwöchigen Kurs abgeschlossen hatte, gründete sie mit Mitschülerinnen ein gemeinsames Lokal. Inmitten öffentlicher Kritik gaben einige

von ihnen wieder auf, andere zogen ins Ausland. Chizui aber ließ sich nicht unterkriegen.

Während sie von den Odysseen zum Status einer Sushiköchin erzählt, hat Chizui plötzlich eine Portion Sushi mit Otoro-Tunfisch und schwarzem Pfeffer vorbereitet. Er schmeckt saftig-scharf. Ein ungewöhnlicher, neuer Geschmack. Das Durchhalten dieser Frau hat sich offenbar nicht nur für sie selbst, sondern auch für die Sushikultur insgesamt gelohnt. Zumal Yuki Chizui auch im Ausland längst als Vorzeigeköchin gilt.

Im Januar stellte sie ihre Sushikreationen in Thailand vor. Auch auf deutschen Lebensmittelmessen war sie schon vertreten. „Für mich ist Sushi viel mehr als nur das Gericht selbst“, sagt sie mit Strahlen in den Augen. Sie liebe dessen Schönheit, versuche immer, Teller so auszuwählen, dass sie farblich zum jeweiligen Sushityp passen. „Außerdem liebe ich Atka-Makrele, was aber in den meisten Gegenden in Japan kaum für Sushi verwendet wird. Übrigens auch Rind! Das grille ich und arbeite es in Sushi ein.“

Und es gibt Anzeichen, dass auch in Japan immer mehr Menschen Yuki Chizuis Arbeit schätzen. Zuletzt war sie auf einem Workshop in Kyoto, brachte Kindern das Sushihandwerk bei. Dass die Köchin eine Frau war, habe niemand komisch gefunden. Zudem tritt sie im Frühjahr einen neuen Job an – als Konzeptchefin eines edlen Sushilokals im schicken Tokioter Viertel Ebisu. Damit könnte sich auch Sushi mit Rind, Atka-Makrele oder Pfeffer schon bald durchsetzen.

FELIX LILL ist Journalist und lebt in Tokio und Berlin.





Geschichten aus dem Pfälzerwald

Der Theatermacher *Jan-Christoph Gockel* mag es gern abendfüllend und opulent. Das hat auch mit seiner Sozialisation auf einer ländlichen Freilichtbühne zu tun.

Von BJÖRN HAYER

Kruder geht's nicht: Faust, dargestellt als Puppe, bestellt sich die schöne Helena als Paketsendung. Kaum zugestellt, springt eine Androidin aus dem Karton, die sich sogleich an die sexuelle Befriedigung des Lustmolchs macht. Zwei tote Figuren erwachen zu Leben. Könnte so vielleicht die Zukunft des Theaters im Schatten Künstlicher Intelligenz aussehen? Gar die menschliche, dann gänzlich von Automaten bestimmte Sexualität? Passend dazu auch der erste Teil von Goethes Tragödie. Dieser wird der Besucher in 20 Minuten auf einer rasanten Fahrt durch eine eigens dafür aufgebaute Geisterbahn gewahrt.

Neu befragt und erfunden hat der Deutschen liebster Literaturheld am Schauspiel Frankfurt Jan-Christoph Gockel, einer der aktuell genialsten Regisseure des Landes. Gockel denkt unkonventionell, zeigt Mut in seinen Inszenierungen. Dass er dabei stets die große Show beherrscht, mag mit einer speziellen Theatersozialisation zusammenhängen. Der Regisseur nämlich kommt vom Dorf. Aufgewachsen in der Nähe von Kaiserslautern, sammelte der 1982 in Gießen geborene Gockel erste Bühnenerfahrungen bei der größtenteils von Laien getragenen Freilichtbühne Katzweiler. Auf dieser Spielstätte inmitten des Pfälzerwalds habe er, so Gockel, „ein Gefühl für große Bewegungen und Stoffe entwickelt“.

Ihn interessieren die „giftigen“ und welthaltigen Klassiker. Seit seinen frühen Aufführungen von Anton Tschechows „Die Möwe“ sowie William Shakespeares „Hamlet“ (beides 2012) gehören sie zum Kern seines virtuoseren Schaffens, das gern mit abendfüllendem Programm aufwartet. Zuletzt etwa

mit seinem achtstündigen „Wallenstein“ (2025) an den Münchner Kammerspielen, den man just mit einer Einladung zum Berliner Theatertreffen 2026 prämierte.

GOCKELS SCHILLER IST AKTUELL. Das liegt auch daran, dass er den Feldherrn aus dem 16. Jahrhundert mit dem verstorbenen Chef der Wagner-Söldnertruppe, Jewgeni Wiktorowitsch Prigoschin kurzschließt. Und da der einst ein Restaurant in Sankt Petersburg betrieb, stellt Gockel die Küche als zentrale Metapher seines Stückes vor. Er rückt den ersten Teil, „Wallensteins Lager“, in den Vordergrund und präsentiert das Drama in einem riesigen Küchenstudio. Der Rauch des Krieges gleicht dem Dampf der Töpfe, in denen später Octavio Piccolomini ebenso die tödliche Intrige gegen den titelgebenden Heros „zubereitet“.

Apropos Held: Der wird verkörpert von dem körperlich behinderten Samuel Koch. Mal im Rollstuhl, mal in einer Maschine hängend, ist er auf andere Strippenzieher angewiesen. Dass der Zauderer Wallenstein in Schillers Text selbst ein Wartender, ein Taktierer und Manipulator ist, wird ihm – nach der Loslösung vom Kaiser – zum Verhängnis. Es gehe dem Regisseur bei diesem Abend nicht primär um die Analyse des Gefechts, es geht um den Menschen. Dieser „ist größer als der Krieg, er ist der Maßstab“, weswegen wohl sein Blick auf kanonische Texte nie ein zynischer, sondern immer ein psychologisch tiefgehender, mithin empathischer ist.

Ja, all diese Geschichten führen irgendwie in den Pfälzerwald zurück. Und es lässt sich vielleicht noch mehr aus dieser Herkunft heraus erklären. Bevor Gockel Theater-, Film- und

Medienwissenschaft sowie Regie studierte, wuchs er mit fünf Brüdern auf. Wie im Ensemble in Katzweiler war also auch zu Hause Gemeinsinn gefordert. Heute loben die Darsteller das Teamplay auf der Bühne. Zumeist arbeitet der Regisseur daher auch mit ihm lange verbundenen Gefährten für seine Inszenierungen zusammen, zum Beispiel dem ebenfalls in der Westpfalz geborenen Puppenbauer Michael Pietsch.

Neben dem Entstehungsprozess der Werke sind sie häufig bereits in aufwendige Recherchen einbezogen. Für den „Wallenstein“ war Gockel mehrfach in der Ukraine, wo er auch im kommenden Jahr eine Premiere haben wird. Gerade liegt übrigens eine unvergessliche Reise hinter ihm. Für das im Juni am Deutschen Theater und bei den Ruhrfestspielen in Recklinghausen zu sehende Projekt „Polaris“ besuchte er die Antarktis – ein „absolut irrsinniges Erlebnis“, so das Ausnahmetalent. „Obwohl der Ort schon diverse Zugriffsversuche durch internationale Mächte hinter sich habe, ist es noch immer ein utopischer Raum (...). Einmal mussten wir einer schwedischen Gruppe Benzin bringen. Die extremen Bedingungen zwingen einen letztlich zur Kooperation.“

Wie diese unwirtliche Region dennoch zum Schauplatz eines Verbrechens werden konnte, davon wird die Uraufführung erzählen. Wie wohl diesmal Gockels Spektakel aussehen wird? Gewiss ist schon jetzt: An geografischer wie inhaltlicher Weite dürfte es auch bei dieser Inszenierung nicht mangeln.

BJÖRN HAYER ist Literaturwissenschaftler, Theaterkritiker und Autor.

Donald Trump hat die Geduld seiner Anhänger schon des Öfteren auf die Probe gestellt. Da waren die Schutzzölle, die beinahe die US-Wirtschaft abstürzen ließen. Dann das erste Bombardement des Iran im vergangenen Sommer. Und schließlich das harte Vorgehen gegen illegale Einwanderer. Bislang konnte sich der Präsident darauf verlassen, dass seine Wähler jeden seiner Schritte mitgehen würden.

Mit der Invasion des Iran scheint er nun den Bogen überspannt zu haben. Die Kritik aus den eigenen Reihen wird immer lauter. Das Portal *Bulwark*, eine Plattform moderater Konservativer, titelt: „Trump ist von einem Krieg verwirrt, den er selbst angezettelt hat.“ Der ehemalige *Fox-News*-Moderator Tucker Carlson, der sich als republikanischer Präsidentschaftskandidat für 2028 in Stellung bringt, spricht von einem „ekelhaften und böartigen“ Angriff. Curt Mills, Herausgeber von *The American Conservative*, sagt, das sehe sehr nach einer Wiederholung der Invasion des Irak aus, einer Militärmission, die kolossal scheiterte.

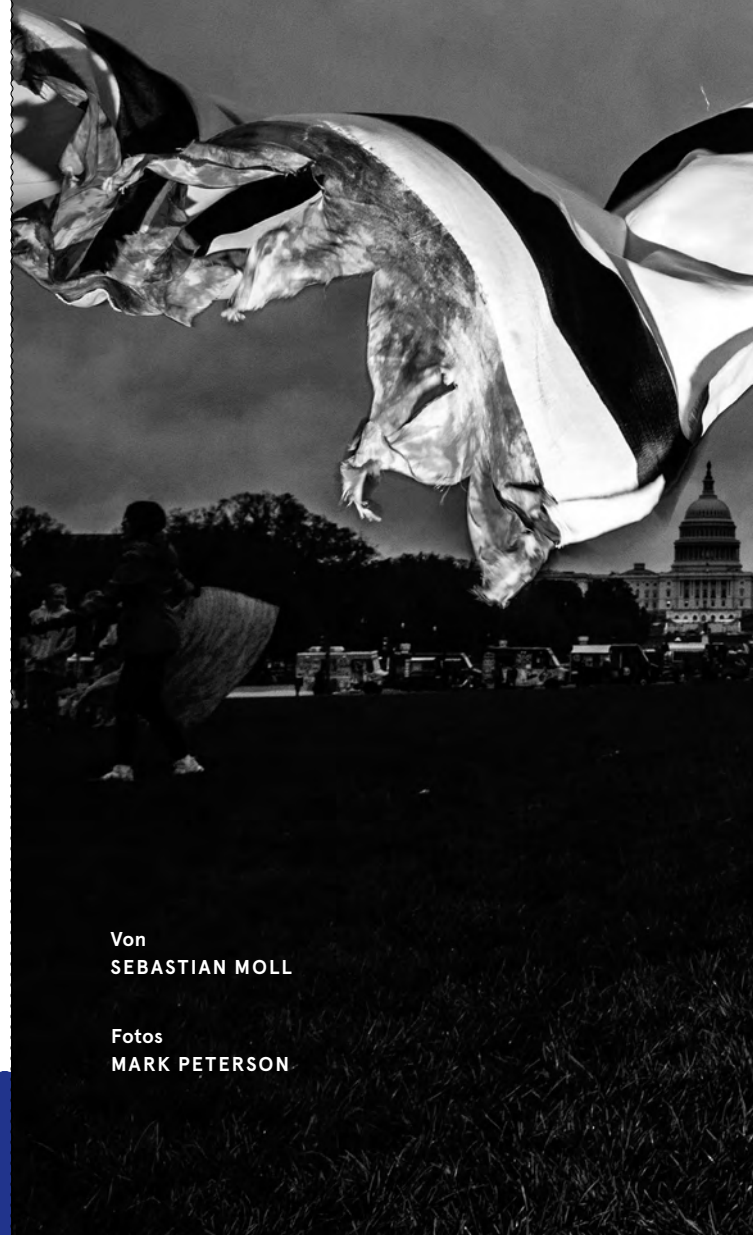
Am nachhaltigsten ist jedoch die Proklamation von Christopher Caldwell, der in einem Aufsatz des britischen Magazins *The Spectator* das Ende des Trumpismus verkündet hat. „Der gegenseitige Respekt zwischen Trump und seiner Bewegung ist zerrissen, seine Revolution ist vorbei“, so Caldwell.

Die Diagnose von Caldwell wiegt schwer. Denn der Journalist ist eine der gewichtigsten Stimmen im konservativen Lager und war bislang einer der feurigsten Verteidiger Trumps. Er hat ein Buch über die Verweichlichung der amerikanischen Gesellschaft seit den 1960er Jahren geschrieben. Neben dem *Wall Street Journal* und dem *Spectator* schreibt er regelmäßig für die *Claremont Review of Books*.

Die *Claremont Review* ist die Publikation des Claremont Institute, einem 1979 gegründeten kalifornischen Thinktank, der heute als Denklabor für die „neue Rechte“ gilt. Bereits lange vor Donald Trumps Einstieg in die Politik wurden in der kleinen Hochschule östlich von Los Angeles jene Ideen entwickelt, die heute mit der Maga-Bewegung assoziiert werden.

Zum Kernprinzip dieser Denkungsart gehört die Ideologie des „America First“, welche den Konservatismus der Trump-Ära vom Neokonservatismus der Kamarilla rund um George W. Bush abgrenzt. Im Gegensatz zum Streben von Dick Cheney oder Paul Wolfowitz, die Demokratie nach amerikanischem Muster rund um den Erdball verbreiten wollten, betont „America First“ nationales Eigeninteresse und schwächt multinationale Bündnisse. Somit versucht es eigentlich genau das zu verhindern, was derzeit zu geschehen droht: in einem fernen Kriegstheater immense Ressourcen zu verschwenden, die zu Hause dringend benötigt werden.

Der ideologische Unterbau der Maga-Bewegung speist sich aus zahlreichen Denkschulen. Die einflussreichste kommt aus dem kalifornischen Claremont.



Von
SEBASTIAN MOLL

Fotos
MARK PETERSON

Der evangelikale Sänger Sean Feucht während einer Demonstration in der National Mall in Washington



Die Prediger des Präsidenten

So beklagte die republikanische Abgeordnete Lauren Boebert, dass ihre Wähler in Colorado nicht genug zum Leben hätten, und gelobte, gegen ein 200-Milliarden-Sonderbudget für den Krieg zu stimmen.

DAS DOGMA, VON DEM TRUMP SICH ABWENDET, ist nicht zuletzt in der Nationalen Sicherheitsstrategie festgeschrieben, die der einstige Direktor für strategische Planung im Weißen Haus, Michael Anton, formuliert hat. Anton spricht hier von einem „flexiblen Realismus“, der ideologisch gesteuerte Außenpolitik durch machtpolitischen Pragmatismus ersetze. Interventionen sollten nur noch stattfinden, wenn sie amerikanischen Interessen dienen. Die Welt nach dem Kalten Krieg solle in Einflussphären aufgeteilt werden, zwischen denen ein delikates Power Sharing herrsche.

Dass Trump nun, wie Caldwell behauptet, unter dem Druck von Israel und der Israel-Lobby diese Prinzipien verrät, nimmt man ihm unter den ideologischen Architekten des Trumpismus übel. Die Hoffnungen, die man in ihn gesetzt hatte, er würde derjenige werden, der ihre Ideen verwirklicht, scheinen enttäuscht zu sein. Oder wie es Andrew Day, Chefredakteur des *American Conservative*, formulierte: „Trump war immer eine riskante Wette.“ Nun sieht es so aus, als gehe die Wette auf Trump verloren.

Die Wette der neuen rechten Ideologen auf Trump begann mit dessen erstem Präsidentschaftswahlkampf. Im September 2016, als alle Umfragen einen Erdrutschsieg für Hillary Clinton voraussagten und J.D. Vance Donald Trump noch als „kulturelles Heroin“ bezeichnete, schrieb Michael Anton, der auch der „Maga-Machiavelli“ genannt wird, einen Essay, in dem er Trump als die letzte Hoffnung Amerikas bezeichnete. Der Aufsatz hieß die „Flug-93-Wahl“ in Anspielung auf die Maschine, deren Cockpit am 11. September 2001 von Passagieren gestürmt wurde, bevor sie auf das Pentagon stürzte.

Der Aufsatz machte Trump für viele Republikaner, die ihn bislang für einen Scharlatan gehalten hatten, plausibel und ebnete den Weg zu seiner Wahl. Er zeigte die Notwendigkeit auf, sich angesichts von Trumps Vulgaritäten die Nase zuzuhalten und ihn zu unterstützen. Denn die Alternative, so glaubte man, sei der Untergang Amerikas.

Anton hatte sich seine politischen Sporen im Nationalen Sicherheitsrat von George W. Bush verdient, wo er noch jene neokonservative Außenpolitik vertrat, die er zuletzt kritisierte. Intellektuell war er selbst jedoch schon lange auf einem anderen Kurs. Als Student in Berkeley hatte er den „Wahnsinn“ der Linken erlebt, der ihn wortwörtlich zum Reaktionär gemacht habe. So schloss er sich dem Claremont Institute an, dem er heute noch nahesteht.



Als geistiger Urvater der „Claremonter“ gilt der deutsch-jüdische Philosoph Leo Strauss, der in den 1930er Jahren vor den Nazis nach New York flüchtete, um dort an der New School for Social Research zu unterrichten. Strauss arbeitete sich an der Frage ab, wie die politischen Bedingungen der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus geführt hatten. Er kam zu dem Schluss, dass der moderne Wertelerativismus dem Radikalismus die Bahn geebnet habe.

Strauss' Schüler Harry Jaffa war der eigentliche Begründer des Claremont Institute und somit Urvater der „neuen Rechten“. Sein intellektueller und politischer Held war Abraham Lincoln, weil er demokratische Ideale mit festen moralischen Prinzipien verband. Das Amerika Lincolns war für Jaffa deshalb die größte Nation in der Geschichte der Menschheit, die Verbindung von Athen und Jerusalem.

Aus dem Umfeld von Claremont und den Eleven von Jaffa entstand eine neue Riege konservativer Intellektueller mit einem frischen Stolz auf Amerika und einem neuen Sendungsbewusstsein. Figuren wie Larry Arnn, Peter Schramm, Tom Silver und Chris Flannery waren emsig damit beschäftigt, inmitten der Trümmer des Vietnamkonflikts Argumente für einen neuen amerikanischen Patriotismus zu formulieren.



Nick Fuentes, Führer der Gruppe „America First“, auf einer Anti-Impfdemo im Jahr 2021 in New York (li.)

Ein Tag vor der großen Geburtstagsparade der US-Army, die entlang der National Mall in Washington führt (re.)

Für Leo Strauss war es der Werterelativismus der Weimarer Republik, der dem Radikalismus die Tür öffnete

Die direkte Linie von Claremont zu Trump führt aber nicht nur über den Jaffa-Schüler Anton. Das Maga-Universum ist durchsetzt mit Claremont-Absolventen und -Stipendiaten. Der ultrakonservative oberste Bundesrichter Clarence Thomas zählt zwei Claremont-Juristen zu seinen engsten Mitarbeitern. Senator Tom Cotton, der als Trump-Loyalist galt und während der ersten Trump-Amtsperiode den Einsatz des Militärs gegen amerikanische Demonstranten befürwortete, ist Claremont-Abgänger. Der Aktivist Christopher Rufo, der sich prominent gegen jegliche Diskussion von Gender und Sexualität an amerikanischen Schulen gestellt hat, war Claremont-Stipendiat.

So war denn auch der „Flight 93“-Aufsatz von Anton nicht der einzige Text aus dem Claremont-Ökosystem, der sich 2016 klar auf die Seite von Trump schlug. Wie Anton argumentierte Charles Kesler, Chefredakteur der *Claremont Review*, in einem Essay mit dem Titel „The Lies of the Ruling Class“, dass das republikanische Establishment ebenso korrupt sei wie das demokratische. Und wie Anton kam er zu dem Schluss, dass Trump die einzige Chance sei, Amerika zu retten.

Als es auf die Wahl von 2020 zugeht, prophezeite Anton bereits im September, dass es zu einem Coup durch Biden kommen werde. Und das, obwohl es dafür nicht die geringsten Anzeichen gab. Vor dem 6. Januar 2021 dann war es ein Jurist des Claremont Institute, John Eastman, der die Strategie dafür austüftelte, Bidens Wahl nicht anzuerkennen. Er legte das Papier Vizepräsident Pence vor, bat ihn, die Wahl nicht zu ratifizieren, und hielt eine Rede bei der Demonstration vor dem Sturm auf das Kapitol.

LAUT DER HISTORIKERIN LAURA FIELD, die gerade eine umfassende Geistesgeschichte der „neuen Rechten“ vorgelegt hat, waren der 6. Januar 2021 und die missglückte Machtübernahme jener Moment, an dem die verschiedenen ideologischen Strömungen des heutigen Maga-Konservatismus zusammenkamen. Die angeblich gestohlene Wahl wurde ein Glaubensbekenntnis, eine Art Dolchstoßlegende, die die Rechte einte.

Field zeichnet in ihrem Buch eine Landkarte dieser Bewegung und all ihrer Fraktionen und Verästelungen. Es ergibt sich ein Bild eines enorm heterogenen Ideologiegebräus, das in der Hauptsache von der Figur Trump zusammengehalten wird. Eine Allianz, die nun mit dem Irankrieg auseinanderzufallen droht. Die Historikerin macht vier durchgehende ideologische Säulen der Bewegung aus. Vom alten amerikanischen Konservatismus, den sie „Paleokonservatismus“ nennt, hat Maga den sozialen Konservatismus übernommen, auch wenn sich dieser in manchen Ausprägungen noch einmal verschärft. Zum fiskalischen Konservatismus ist ökonomischer Nationalismus hinzugekommen. Die

Außenpolitik war bis zum Iran vom Interventionismus der Neokonservativen rund um George Bush zum Isolationismus umgeschwenkt. Hinzugekommen ist eine radikale Anti-Einwanderungspolitik, die unter Reagan und unter beiden Bushs noch deutlich liberaler war.

Die weitaus schillerndste Gruppierung, die Field ausmacht, ist die „harte Rechte“. Ihr rechnet sie den Präsidentenberater Stephen Miller zu, den sie klar als „Ethno-Nationalisten“ bezeichnet. Zur „hard right“ gehört aber auch jemand, der online das Pseudonym „Bronze Age Pervert“ führt. Dahinter verbirgt sich Costin Alamaru, der an der Universität Yale einst über Leo Strauss promoviert hat.

Das Pseudonym stammt aus seiner Theorie, dass das Bronzezeitalter die goldene Ära der Menschheit gewesen sei, weil Männer sich von der Tyrannei der „Gynäkratie“ befreit und die Macht zurückerobert hätten. Es sei dieser Zustand angeblich natürlicher Hierarchien, zu denen wir zurückzukehren hätten. Jungen Männern empfiehlt er, sich muskulär zu stärken, sich vom Weiblichen zu befreien und auf den Kampf vorzubereiten, die verweichlichte, widernatürliche Diktatur des Liberalismus umzustürzen.

Wie der „BAP“ ist auch Curtis Yarvin seit 2016 zum Kult geworden. Yarvin, der als seinen geistigen Ziehvater den Claremont-Gelehrten Angelo Codevilla nennt, war im Hauptberuf Technologieunternehmer, als er vor 15 Jahren unter dem Pseudonym Mencius Moldbug anfang zu bloggen. Er diagnostizierte schon damals die liberale Demokratie als hoffnungslos verkommen und predigte einen neuen Caesarismus. Beinahe prophetisch forderte er die Zerschlagung des administrativen Staates und die autoritäre Herrschaft eines starken Mannes.

Die Tatsache, dass sowohl der BAP als auch Yarvin nicht nur eine breite Fangemeinde, sondern auch Gehör bei den Mächtigen gefunden haben, ist symptomatisch für das gesamte Ideologiespektrum der neuen Rechten. Noch vor zehn Jahren waren Claremonter, konservative und christliche Nationalisten im öffentlichen Diskurs der USA bestenfalls marginal. Als die tendenziell liberale Presse und der kulturelle Mainstream von ihnen Notiz nahmen, waren sie bereits in die Zentren der Macht vorgedrungen.

Das gilt wohl für keine Gruppe so sehr wie für die christlichen Nationalisten, die nicht nur Amerika als christliche Nation umdeuten wollen, sondern im Zweifel die Durchsetzung des christlichen Glaubens als Staatsdoktrin über die Verfassungsprinzipien der Trennung von Kirche und Staat stellen. Sie stützen sich auf das Dogma der „Neuen Apostolischen Reformation“, dem zufolge gläubige Christen dazu aufgerufen sind, nicht mehr auf das Kommen des Erlösers zu warten. Vielmehr werden sie in die Pflicht genommen,



Kulisse für die Conservative National Action Conference, die 2025 in National Harbor stattfand

Für Curtis Yarvin ist die liberale Demokratie hoffnungslos verkommen. Er predigt daher einen neuen Caesarismus



Gottes Reich auf Erden schon jetzt zu errichten, indem sie Kontrolle über alle gesellschaftlichen Bereiche übernehmen: Familie, Religion, die Medien, Kunst, die Wirtschaft und die Bildung.

ZU IHREN PROMINENTEREN VERTRETERN gehört Russell Vought, Direktor der Behörde für Haushaltsmanagement in Washington. Vought ist auch Autor des Project 2025, das eine exakte Blaupause für die Gleichschaltung der Regierung und die Durchsetzung ihrer homophoben, antifeministischen, christlich-konservativen Agenda bildete.

Der Schulterschluss der christlichen Nationalisten mit Trump war zunächst ein strategischer. Angesichts von Trumps eigenem Lebenswandel fühlten sich viele Christen zunächst nicht hundertprozentig wohl damit. Doch Trump versprach ihnen im Gegenzug die Besetzung des Obersten Gerichtshofs mit konservativen Richtern und die Abschaffung der Abtreibung. Das genügte den Evangelikalen, um 2016 zu mehr als 80 Prozent für Trump zu stimmen.

Mittlerweile hat sich das Verhältnis zwischen den christlichen Nationalisten und Donald Trump jedoch verändert. Die Prediger in den Kirchen haben gemerkt, dass die Politisierung ihrer Theologie ihnen

sowohl enormen Zulauf als auch Zugang zu beträchtlichen finanziellen Mitteln verschafft. Und so hat sich, weitestgehend unbeachtet von der liberalen urbanen Öffentlichkeit, ein gigantisches Heer von feurigen Trump-Anhängern gebildet.

Für viele von ihnen ist Trump eine Art Erlöser geworden, der das Königreich des Herrn auf Erden zu errichten bereit ist. So waren christlich nationale Gruppen maßgeblich am Sturm auf das Kapitol 2021 beteiligt. Ihre Flagge wehte durch den besetzten Parlamentssaal. Vor dem Sturm auf das Kapitol wanderten sie tagelang um das Regierungsviertel wie das biblische Volk Israel um die Stadt Jericho, deren Mauern daraufhin einstürzten.

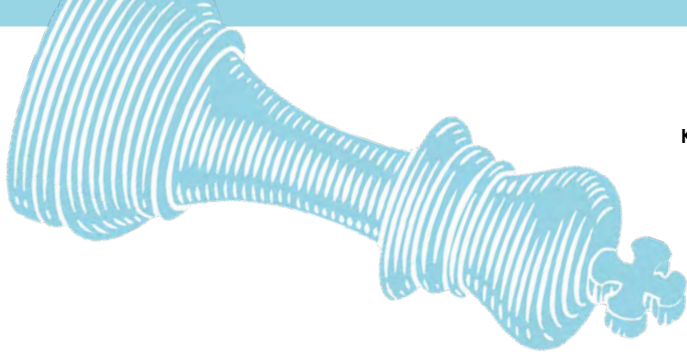
Ein bekennender christlicher Nationalist ist auch Kriegsminister Pete Hegseth. Der beschrieb in seinem Buch „American Crusade“ den Kampf konservativer Amerikaner gegen linksliberalen Verfall als „heiligen Krieg“. Seine Pressebriefings zum Iran schließt er mit einem Gebet und der Bitte um den „totalen Sieg“.

Doch das ist noch nicht das einzige Anzeichen dafür, dass die Militäraktion religiös verbrämt wird. Bei der US-Organisation Military Religious Freedom Foundation (MRFF), die sich für Religionsfreiheit im Militär einsetzt, sind seit Beginn des Krieges über 200 Beschwerden von US-Soldaten eingegangen. US-Kommandeure sollen in mindestens 40 Einheiten die US-Beteiligung an den Angriffen mit christlicher „Endzeit“-Rhetorik gerechtfertigt haben. Ein Kommandeur soll bei einer Lagebesprechung verkündet haben, Präsident Trump sei von Christus selbst auserwählt worden, im Iran „das Signalf Feuer zu entzünden, um das Armageddon herbeizuführen und seine Rückkehr auf die Erde anzukündigen“.

Zuletzt übernahm Trump selbst diese Rhetorik, als er am Osterwochenende der iranischen Bevölkerung ein Höllenfeuer vom Himmel versprach. Eine solche Interpretation des Irankonflikts als heiliger Krieg können die weltlicheren Mitglieder der Trump-Koalition freilich nicht teilen. Mit dem Konzept eines „flexiblen Realismus“ ist sie jedenfalls nicht kompatibel. Und so offenbart sich das Zerbröseln des wohl von Anfang an fragilen ideologischen Fundaments, auf dem Donald Trump sich bis vor Kurzem sicher wähnte. Die Koalition von außenpolitischen Pragmatikern, sozial Konservativen und religiösen Fanatikern ist, wie es sich herausstellt, nicht tragfähig. Nicht einmal Trump, so scheint es, kann sie noch zusammenhalten.



SEBASTIAN MOLL
ist Journalist und
Buchautor, der seit 2002
in New York lebt.



Kulturkampf mit dem Trick der Doppelmaßstäbe

Wer als Nichtlinker in die Kulturkampf-Arena einsteigen will, riskiert viel. Seit 1968 wurde die linke Seilschaft von dem Top-Coach Jürgen Habermas trainiert. Mit einem Heer von Assistenzkräften und Trainingsstützpunkten an jeder Hochschule und Kultureinrichtung sind die Habermas-Mannschaften breit aufgestellt. Der Erfolg ihrer seit Jahrzehnten ungebrochenen Meinungshoheit besteht aber nicht nur in der schieren Masse ihrer Kulturkämpfer, sondern vor allem in der raffinierten Methode „Habermas“.

Ihr Erfolgsrezept besteht in der Kombination von zwei sich ausschließenden Argumentationen. Auf der einen Seite wird der Wert des rationalen Arguments betont. Der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“ soll den Gegner gewaltlos niederstrecken. Doch dieser Kampf ist nicht fair. Denn es gibt noch eine zweite Ebene. Hier gilt der Trick der doppelten Maßstäbe.

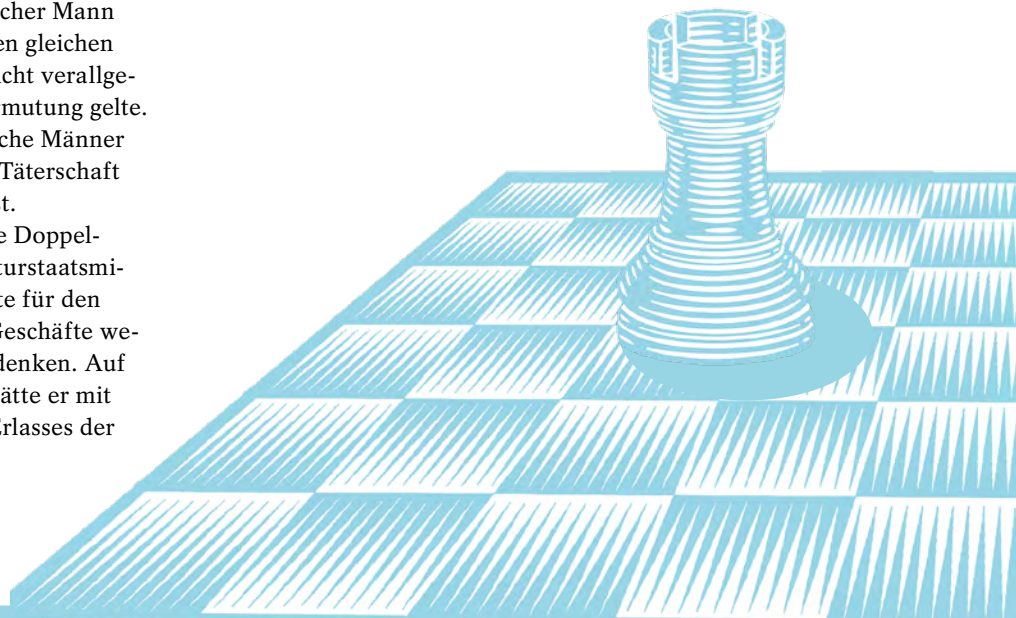
Eine besonders drastische Vorführung dieses Foulspiels konnte man erleben, als Collien Fernandes ihren Exmann Christian Ulmen der „virtuellen Vergewaltigung“ anklagte. Sogar seriöse Medien erklärten „alle“ Männer zu Tätern und taten die „Unschuldsvermutung“ als „Täterschutz“ ab. Wenn aber ein migrantischer Mann eine Frau real vergewaltigt, gilt in den gleichen Kreisen die Ermahnung, dass man nicht verallgemeinern dürfe und die Unschuldsvermutung gelte. Wer von der Gefahr durch migrantische Männer spricht, gilt als Rassist. Wer von der Täterschaft aller Männer spricht, gilt als Feminist.

In eine vergleichsweise harmlose Doppelstandard-Falle tappte jüngst der Kulturstaatsminister Wolfram Weimer. Aus der Liste für den Buchhandlungs-Preis strich er drei Geschäfte wegen verfassungsschutzrelevanter Bedenken. Auf der Ebene des zwanglosen Zwangs hätte er mit dem bürokratischen Argument des Erlasses der



Von
BERND STEGEMANN

Die Fälle Collien Fernandes und Buchhandlungspreis zeigen, wie das unfaire Spiel der linken Meinungswächter funktioniert.



damaligen Staatssekretärin Emily Haber siegen müssen: Der besagt, dass öffentlich geförderte Projekte zunächst vom Verfassungsschutz überprüft werden. Doch er hatte die zweite Ebene im Habermas-Verfahren vergessen.

Bis gerade noch hatte die Habermas-Republik das hohe Lied des Verfassungsschutzes gesungen, denn der schützt „unsere Demokratie“, weil er die AfD als „gesichert rechtsextrem“ bewertet. Wenn aber ein rechter Minister den Verfassungsschutz gegen linke Buchhandlungen nutzt, erinnern sich die Kulturkämpfer an den gegenteiligen Maßstab. Jetzt ist der Verfassungsschutz ein Inlandsgeheimdienst, der mit Misstrauen die eigenen Bürger ausspioniert.

Der Verfassungsschutz ist im Kampf gegen rechts Schild und Schwert der wehrhaften Demokratie. Überwacht er links, ist er eine autoritäre Gesinnungs-Stasi. Sprüht eine Buchhandlung an ihre Fassade: „Deutschland verrecke bitte“, soll ein Staatspreis winken. Sagt jemand: „Alles für Deutschland“, zahlt er 130 Tagessätze an die Staatskasse.

Um nicht in die Falle der doppelten Standards zu geraten, gibt es nur eine Strategie: Weimer hätte auch einer rechten Buchhandlung den Preis verweigern müssen, so wie die Familienministerin Karin Prien, die linken NGOs, aber auch der Konrad-Adenauer-Stiftung die staatlichen Gelder kürzen will. Auch hier tobt das linke Vorfeld, doch ein Blick auf die Contenance der konservativen Stiftung rückt das Bild zurecht.

Gegen Weimer wurde aber nicht nur die Wendigkeit der doppelten Maßstäbe in Stellung gebracht, sondern es kam eine absichtliche Vermischung verschiedener Argumente hinzu. So wurden vom Börsenverein hartnäckig Preiswürdigkeit und Meinungsfreiheit gleichgesetzt, um Weimer Zensur vorzuwerfen.

Am Ende des unfairen Spieles steht es drei zu null gegen Weimer: Er nutzt böse Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, er will die Meinungsfreiheit einschränken und er steht als enttarnter rechter Kulturkämpfer da, der die Mitte verloren hat. Vor allem dieser Verlust an Ansehen ist für ihn besonders schmerzlich. Das bürgerliche Publikum, dessen liberalen Interessen Weimer wieder zu Ansehen verhelfen will, hat ihn zusammen mit den linken Meinungswächtern ausgebuht.

Wer in diesem Spiel den Hauch einer Chance haben will, muss die zwei Ebenen des Kulturkampfes verstehen. Weimers Angriffe gegen die linke Hegemonie enden bisher jedes Mal mit einem blauen Auge für ihn selbst und einer

Wolfram Weimers stolpernde Angriffe bescheren seinen linken Gegnern leichte Triumphe

Stärkung der linken Kulturkämpfer. So selbstbewusst hat sich die Buchbranche lange nicht mehr gefühlt wie im Kampf gegen staatliche Zensur und Inlandsgeheimdienst. Dass sie schon morgen wieder nach dem nächsten AfD-Gutachten des Verfassungsschutzes rufen wird, um damit die Partei baldmöglichst zu verbieten, kümmert sie nicht. Sie haben die Methode Habermas perfekt gelernt.

Ob Weimer dagegen gewinnen kann? Bis jetzt ist er ein Gegner, wie Linke ihn sich nicht schöner hätten wünschen können. Seine stolpernden Angriffe schließen die linken Reihen und bescheren ihnen leichte Triumphe. Den Kulturstaatsminister zum Watschenmann zu machen, an dem eine niedergehende Linke sich aufbaut, gehört zu der Dialektik, die ein konservativer Geist schwerlich versteht.

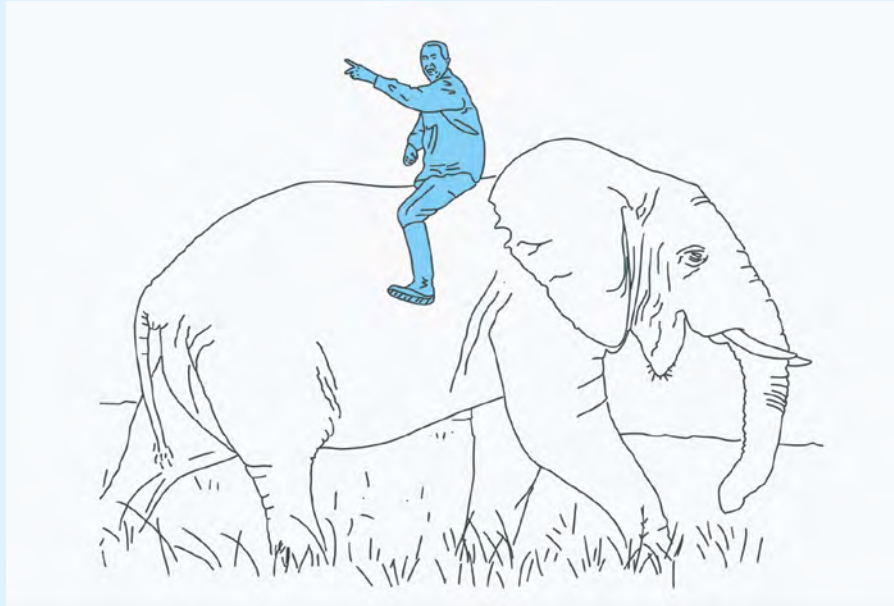
Wie robust Kulturkampf von links geht, zeigt der Fall Fernandes. Pünktlich zum neuen Überwachungsgesetz der SPD-Justizministerin entfachte er den nötigen Empörungsturm, in dessen Rückenwind die nächsten Einschränkungen durchgewunken werden. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

BERND STEGEMANN
ist Professor für Dramaturgie an der Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch in Berlin. Zuletzt veröffentlichte er das Buch „Was vom Glauben bleibt“.



Literaturen

Neue Bücher, Texte, Themen



Sozialpsychologie

Erst kommt die Moral

Unsere Gesellschaft ist zunehmend gespalten. Die Fragmentierung nimmt zu. Auch die politische Radikalisierung. Man mag diese Diagnosen nicht mehr hören. Doch sie sind richtig. Und besorgniserregend. Zugleich steigt die Empörung. Die einen wännen sich von Nazis umstellt. Die anderen glauben links-grün versiffte Gutmenschen am Werk. Und auch wenn nicht alles Hass und Hetze ist, was so genannt wird, ist dennoch nicht zu übersehen, dass in den sozialen Medien, gerade bei politischen Reizthemen, ein neuer aggressiver Ton herrscht.

Wie konnte es so weit kommen? Warum sind die vergleichsweise moderaten Gesellschaften des Westens in den

Der Psychologe
Jonathan Haidt entlarvt
unser rationales
Selbstbild als Illusion.
Nicht Argumente,
sondern moralische
Vorprägungen
bestimmen demnach
politische Urteile.

vergangenen 20 Jahren so auseinandergedriftet? Woher die Polarisierung?

Politologen haben sich zu diesen Fragen geäußert, Soziologen und Philosophen – doch seltsamerweise kaum Psychologen, obwohl hier vor allem erst einmal psychologische Themen tangiert sind. Die bedeutendste Ausnahme ist der amerikanische Sozialpsychologe Jonathan Haidt, der schon 2012 das Buch „The Righteous Mind“ vorlegte, das nun endlich auch auf Deutsch erschienen ist.

Um es gleich zu sagen: „Die Macht der Moral“, so der deutsche Titel, gehört zu jenen seltenen Büchern, die nicht nur eine wissenschaftliche Debatte bereichern, sondern zugleich das Potenzial besitzen, den öffentlichen Diskurs

zu verändern. Denn Haidt setzt bei den Grundlagen an. Und bei dem lieb gewordenen Selbstbild, das wir von uns entwickelt haben. Demnach sind wir mehr oder minder rationale Wesen, die mehr oder minder rational diskutieren und handeln.

Aber das ist ein Mythos, der von übereifrigen Philosophen in die Welt gesetzt wurde. Die Realität sieht anders aus. Faktisch handeln wir nicht rational, sondern intuitiv und emotional. Was wir Rationalität nennen, ist lediglich ein rhetorisches Mittel, um unsere irrationalen Meinungen und Handlungen im Nachhinein vernünftig dastehen zu lassen. Haidt verwendet dafür das Bild vom Elefanten und seinem Reiter. Der Reiter steht dabei für unser logisches Denken, unsere Vernunft. Der Elefant für die übrigen 99 Prozent unserer geistigen Prozesse. Der Reiter dient dem Elefanten – und nicht umgekehrt.

Doch in unseren alltäglichen Debatten starren wir wie besessen auf die Reiter. Wir unterstellen sowohl uns als auch unseren Mitmenschen, dass wir logisch argumentieren, rational denken und versucht sind, die Wahrheit zu finden. Umso frustrierter sind wir, wenn andere nicht unserer Meinung sind. Für politische Debatten bedeutet das: Unserem eigenen politischen Lager glauben wir auch Unwahrheiten und Vorurteile ungeprüft, während es sich bei der Gegenseite um uneinsichtige und uninformierte Dummköpfe handelt.

Hinzu kommt, dass unser moralisches Weltbild weitaus komplexer ist, als es scheint. Es geht nicht nur um Gut und Böse. Unser moralischer Geschmackssinn hat ebenso unterschiedliche Rezeptoren wie unser kulinarischer. Wir beurteilen Sachverhalte nicht nur nach Gerechtigkeitsaspekten, sondern auch danach, ob sie unserer Neigung zur Fürsorge und Loyalität entsprechen, unserem Glauben an Autoritäten oder den herausragenden Wert besonderer Güter und Eigenschaften.

Dieser komplexe moralische Geschmackssinn ist für Haidt der entscheidende Punkt: Politische und ideologische Gegnerschaft sind nicht das Ergebnis von Ignoranz oder bösem Willen, sondern

Rationalität ist nur ein rhetorisches Mittel, um irrationale Meinungen und Handlungen im Nachhinein vernünftig erscheinen zu lassen

Ausdruck unterschiedlicher moralischer Gewichtungen. Man könnte auch sagen: eines anderen moralischen Geschmacks. Wer das nicht versteht, neigt dazu, die jeweils andere Seite zu dämonisieren. Der politische Gegner erscheint dann nicht mehr als jemand mit abweichenden Prioritäten, sondern als moralisch defizitär – ein Missverständnis, das die Eskalation politischer Konflikte befeuert.

DIESE EINSICHT hat weitreichende Konsequenzen für den politischen Diskurs. Wenn Menschen ihre Überzeugungen nicht durch Argumente bilden, sondern durch Intuition aufgrund ihres moralischen Geschmacks, dann greifen klassische Formen der Debatte oft ins Leere. Fakten allein überzeugen selten, wenn sie nicht anschlussfähig sind an die moralischen Grundlagen des Gegenübers. Wer politische Verständigung sucht, muss daher lernen, die moralische Sprache des anderen zu sprechen – ein Anspruch, der in der gegenwärtigen Debattenkultur allzu oft verfehlt wird.

Hinzu kommt nach Haidt ein weiterer Aspekt: Moral bindet und blendet. Das heißt: Als Gruppenwesen sind wir einerseits Opportunisten und Heuchler. Wir passen uns der Meinung unserer Sippe an. Andererseits sind wir, wenn es um Konflikte mit anderen Gruppen geht, loyal und aufopferungsbereit. Moral erzeugt eine erhebliche Gruppenbindung. Und sie führt dazu, dass Menschen sich zu politischen Gruppen vereinen, die politische Narrative teilen. Sobald sie ein bestimmtes Narrativ akzeptieren, werden sie jedoch blind für andere moralische Welten.

Die Aktualität von Haidts Analyse ist evident. Da er als Sozialpsychologe die soziologischen und historischen Rahmenbedingungen ausklammert, führt er nicht aus, weshalb ausgerechnet zu Beginn des 21. Jahrhunderts sich die westlichen Gesellschaften dermaßen polarisieren und fragmentieren. Doch das tut dem Werk keinen Abbruch. Viel wichtiger ist, dass uns Haidt an drei entscheidende Punkte erinnert. Erstens: Wir handeln irrational, immer. Zweitens: Moral ist Geschmackssache – auch wenn manche Philosophen das Gegenteil behaupten. Drittens: Weil wir ultrasoziale Wesen sind, neigen wir zu kollektiven Ideologien. Unsere Mannschaft halten wir für rechtschaffen, die andere für verwerflich oder dumm.

Haidt räumt auf mit dem Wahn von der Rationalität und Objektivität moralischer Urteile, der gesellschaftliche Debatten blockiert. „Die Macht der Moral“ ist daher weit mehr als ein Sachbuch über Moralpsychologie. Es ist ein Plädoyer für intellektuelle Demut in einer Zeit moralischer Besserwisserie, das Pflichtlektüre für alle werden sollte, die an öffentlichen Debatten teilnehmen. *Alexander Grau*



JONATHAN HAIDT
Die Macht der Moral
Rowohlt, Hamburg 2026.
480 Seiten, 28 €

Roman

Die Liebe siegt

Thomas Hettche sucht in der Liebe das gesellschaftliche Bindemittel unserer Zeit.



Geglaubt hatte er daran nicht mehr – dass ihn die Liebe in seinen Sechzigern noch einmal überwältigen würde. Aber genauso kam es. Das einzige Unglück dabei: Die Frau, die Max alle Sinne raubt, ist verheiratet. Anfangs noch mit schlechtem Gewissen, entspinnt sich zwischen ihm und Anna schon bald eine feurige Affäre – bis sie nach einigen Volten als offizielles Paar zusammenkommen. Doch das unvorhersehbare Schicksal vereitelt ein Happy End.

Wovon Thomas Hettches neuer Roman mit dem einfachen Titel „Liebe“ erzählt, ist gewiss eine ebenso reife wie elanvolle Geschichte über eine Seelenverwandtschaft. Jenseits von Romantik zeugt sie vor allem von den Widerständen gegen die Liebe. Zum einen – wie so oft in der Literaturgeschichte – den Widrigkeiten der gesellschaftlichen Ehekonventionen, zum anderen den jüngeren

Zweisamkeit gegen die Zumutungen der Gegenwart

Zumutungen unserer Epoche. Immer wieder verweist der 1964 bei Gießen geborene Schriftsteller auf die politische und kulturelle Kulisse hinter der vordergründigen Love Story.

En passant vernehmen wir, dass Kampfflugzeuge über die Häuser in die Ukraine fliegen, zudem bricht die Coronapandemie aus: „Der tägliche Drogen-Podcast, die neuen Infektionszahlen des RKI. Die Schulen geschlossen [...] alle Veranstaltungen verboten [...] die Bundeswehr berief Reservisten ein [...] In der Tagesschau verummte Ärzte, Patienten in Plastikzelten auf Isolierstationen, die Reihe weißer Kühl-Lkws mit Leichen in Bergamo.“ Gleich einer Kaskade stürzt die Nachrichtenflut über das Paar

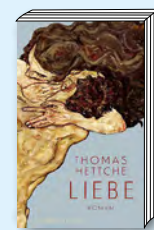
herein, das sämtliche Schrecken dieser Tage übersteht. „AMOR VINCIT“ (die Liebe siegt) lautet dennoch das Motto.

Keineswegs zum ersten Mal befasst sich Hettche mit der Frage, über welche Mittel Menschen verfügen, um die äußeren Zerstörungskräfte zu bannen. Man denke nur an seinen gefeierten Roman „Herzfaden“ (2020). In dem beschwört er die Fantasie der Augsburger Puppenkiste als Bollwerk gegen den Faschismus. Überdies plädiert er immer wieder für das Lesen. Sei es in seinem frühen Internetroman „Animationen“ (1999) oder seinem zurückliegenden Werk „Sinkende Sterne“ (2025) – stets zitiert er historische Texte, legt literarische Spuren, denen man folgen kann.

Auch „Liebe“ wartet mit solchen Anspielungen auf, darunter auf Verse von Erich Fried oder Passagen zur antiken Philosophie: „Du kennst die Geschichte von Platon? Dass die Menschen einmal zwei Köpfe, vier Arme und Beine hatten und die Götter, weil sie zu mächtig geworden waren, sie entzweischnitten. Seitdem, schreibt Platon, trauern die Menschen um jenen einen anderen Menschen, der zu ihnen gehört.“

Bücher geben Halt und Orientierung, sie tragen uns durch schwierige Phasen, so lautet Hettches Botschaft. Müssen wir demnach nur das Sehen neu lernen? Das zentrale Motiv in Hettches aktuellem Entwurf deutet es an. Nicht zufällig stellt Max nämlich als Okularist Glasaugen her. Gleich ihren natürlichen Äquivalenten erweisen sie sich als Tor zum Inneren unseres Gegenübers. Und tut nicht gerade diese Möglichkeit der Nähe not, wenn die Gräben in der Gesellschaft tiefer werden? „Liebe“ ist kein klassisch politischer Roman, am Puls der Zeit ist er trotzdem.

Björn Hayer



THOMAS HETTICHE
Liebe
 Kiepenheuer & Witsch, Köln
 2026. 176 Seiten, 22 €

Biografie

Karajans Karrieristentum

Michael Wolffsohn
verteidigt den Dirigenten
gegen Nazivorwürfe.

Das neueste Werk des renommierten Historikers Michael Wolffsohn betrifft weniger die Vergangenheit des weltberühmten Dirigenten, wie der Untertitel suggeriert („Herbert von Karajan zwischen Musik und Nationalsozialismus“), sondern vor allem den Umgang mit ihm nach 1945. Der Anhang legt Zeugnis von der beeindruckenden Vielzahl der herangezogenen in- und ausländischen Quellen ab.

Zunächst wird die Frage der „NAZIFIZIERUNG“ untersucht, dann die „ENTNAZIFIZIERUNG“, schließlich die „FREMDNAZIFIZIERUNG“. Zwar gelingt Wolffsohn der Nachweis, Herbert von Karajan (1908–1989) sei erst 1935 der NSDAP beigetreten, um in Aachen den begehrten Posten des Generalmusikdirektors zu bekommen, und nicht bereits 1933, wie gemeinhin behauptet wird. Aber das entlastet den Dirigenten schwerlich, denn es gibt zwei (zurückgewiesene) Aufnahmegesuche des Österreichers aus der ersten Jahreshälfte 1933. Nach der 1942 geschlossenen Ehe mit einer „Vierteljüdin“ stagnierte seine Karriere im Dritten Reich. Was über den Fall des Stardirigenten hinausweist und einmal mehr bestätigt: Das totalitäre NS-System war nicht monokratisch organisiert. Unterstützte Göring Karajan, so bremste ihn Goebbels aus.

Nach 1945 wurde Karajan im Entnazifizierungsverfahren als „minderbelastet“ eingestuft, da politische Aktivitäten im Dritten Reich fehlten. Entlastendes von Juden trug zu dieser Klassifizierung bei. Später flammten Proteste gegen ihn immer mal wieder auf, ohne dass dies die Karriere des Chefdirigenten der Berliner Philharmonie bremsen konnte.

Die vielen jüdischen Zeugnisse zu seinen Gunsten seien ein Indiz dafür, dass bei Karajan kein Antisemitismus festzustellen sei, wie dies auch private Briefwechsel belegten.

Die quellengesättigte Studie nimmt kein Blatt vor den Mund. Überaus engagiert fällt die Verteidigung gegen langelige „Nazi“-Vorwürfe aus. Da gelingt dem Autor mancher Volltreffer. Vielleicht hätte er seinem Anliegen noch mehr genutzt durch weniger Polemik gegen Autoren, die Sorgfalt missen lassen und in Karajan fast um jeden Preis einen „GesinnungsnaZI“ sehen wollen. Dieser unachtsichtige Tadel zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch. Mitunter sieht der Leser den Wald vor lauter Bäumen nicht, weil Wolffsohns Spürsinn kein noch so kleines Detail auslässt.

Wie der Historiker überaus akribisch recherchiert hat, profitierte der Gescholtene nicht sonderlich vom NS-System. Der Titel dürfte in dem Sinne zu deuten sein, dass er zwar ein Genie auf seinem Gebiet war, aber eben ohne Gewissen. Karrieristentum ging ihm, der sich zu arrangieren wusste, über alles. Dem Umgang mit der eigenen Vergangenheit wohnte viel Verdrängung inne. Karajan soll sich in den letzten Lebensjahren Kardinal Franz König wegen seines einstigen Opportunismus anvertraut haben.

Die in etwas stakkatohafter Sprache verfasste Studie – im Auftrag der Karajan-Stiftung – ist höchst informativ, nicht apologetisch, denn Wolffsohn, der Schwarz-Weiß-Denken meidet, blendet Karajans weniger günstige Eigenschaften und Verhaltensweisen keineswegs aus. „Genie und Gewissen“ steht paradigmatisch für das konzessionsbereite Verhalten von Künstlern in einer Diktatur.

Eckhard Jesse



MICHAEL WOLFFSOHN
Genie und Gewissen
Herder, Freiburg 2026.
368 Seiten, 26 €

DAS MAGAZIN FÜR ZEITGENÖS- SISCHE KUNST!



JETZT
GRATIS
TESTEN!

Wie kein anderes Magazin spiegelt Monopol, das Magazin für Kunst und Leben, den internationalen Kunstbetrieb wider.

Herausragende Porträts und Ausstellungsrezensionen, spannende Debatten und Neuigkeiten aus der Kunstwelt, alles in einer unverwechselbaren Optik.

JETZT BESTELLEN UNTER

MONOPOL-MAGAZIN.DE/PROBE

TELEFON 03861-5339 703

STICHWORT: „PROBEABO 1“

monopol
Magazin für Kunst und Leben



Das Cicero Podcast-Team:

Alexander Marguier, Volker Resing, Ben Krischke, Ralf Hanselle, Julia Marguier, Carsten Korfmacher, Clemens Traub

CICERO PODCASTS

In unseren Cicero Podcasts diskutieren Mitglieder der Redaktion jede Woche mit Gästen aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft zu aktuellen Themen aus dem In- und Ausland.

Hören Sie jede Woche eine neue Podcast-Folge präsentiert von Cicero – Magazin für politische Kultur.



Cicero Podcasts hören Sie auf cicero.de/podcasts und:



Sachbuch

Aufklärung über den Sozialstaat

Georg Cremer entlarvt die Mythen der Soziallobbyisten.

Georg Cremer, langjähriger Chef der Caritas, hat sich in „Alles schrecklich ungerecht“ den deutschen Sozialstaat vorgenommen. Der Titel macht neugierig, und der Inhalt überzeugt. Der Autor leistet einen fundierten und gut begründeten Beitrag zur aktuellen Reformdebatte.

Hier ist im wahrsten Sinne des Wortes ein unbestechlicher Aufklärer und Faktenchecker am Werk, ein Albtraum für alle Soziallobbyisten und Verelendungspropheten. Cremer analysiert und entlarvt die Narrative und Halbwahrheiten der Untergangsapologeten, und das macht er gründlich und seit Jahren. Die Maxime der Vergangenheit „Mehr Einrichtungen, mehr Geld, mehr Personal“ hat für ihn keine Zukunft mehr.

Cremer's Fazit: Der deutsche Sozialstaat bedarf nicht nur aus finanziellen Gründen einer Reform an Haupt und Gliedern. Er ist aus den Fugen geraten, nicht mehr überschaubar, teuer, intransparent und ineffizient, trifft nur noch partiell die wirklich Bedürftigen, seine Paragraphen sind durchsetzt von Fehlreizen und anfällig für Missbrauch.

In 75 Jahren bundesdeutscher Sozialpolitik haben Parlamente, Gerichte, Interessenverbände und auch die Verwaltungen selbst nicht böswillig, aber als Fanatiker der Einzelfallgerechtigkeit unermüdlich daran gearbeitet, das feinsiselierte Netz sozialer Sicherheit permanent noch ein Stück dichter, komplexer und unüberschaubarer zu machen.

Leider mit dem Ergebnis, dass nur noch der Clevere seine Ansprüche durchschaut und der wahrhaft Bedürftige häufig leer ausgeht, weil er im Paragraphendschungel an der Durchsetzung seines

Hilfebedarfs scheitert. Selbst der kundige Bürger wittert Willkür, Schikane und Verschwendung, bei Leistungsbecheiden mit bis zu 100 Seiten.

Nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die zuständigen Behörden ist der Vollzug von zwölf Sozialgesetzen – mit weltweit einmaligen Regelungen – zur Heimsuchung geworden. Cremer belegt, dass das Gestrüpp von 500 Einzelleistungen mit Vor- und Nachrang, Vorleistungen und Anrechnungen, keiner einheitlichen Definition von Begriffen – wie beispielsweise Einkommen, feinen Differenzierungen zwischen Familie, Haushalt und Bedarfsgemeinschaften – auch von gut ausgebildeten Fachkräften nicht mehr zu überschauen ist.

Der Autor entlarvt gängige Mythen, so zum Beispiel, dass weder der Mittelstand schrumpft noch die Sozialausgaben explodieren. Dass immer mehr Rentner arbeiten, ist für ihn kein Beleg für Altersarmut. Cremer warnt die Sozialverbände, aber auch die Medien, vorschnell und ungeprüft zu dramatisieren und zu skandalisieren.

Spätestens nach der Lektüre von Cremer's Buch wird jeder zu der Erkenntnis kommen: So kann es nicht weitergehen. Sind wir aber bereit, diese Erkenntnis in Handeln umzusetzen? Wie kann es gelingen, ein verwöhntes Wahlvolk für Reformen zu gewinnen? Sind die Akteure bereit, lösungsorientiert zu debattieren? Oder bürdet man die Kosten eines „Weiter so“ den folgenden Generationen auf?

Cremer's Band ist klug aufgebaut, exzellent begründet, verständlich formuliert und spannend zu lesen. Für jeden Sozialpolitiker ist diese Lektüre ein Muss, für alle anderen Leser ein Erkenntnisgewinn.

Heinrich Alt



GEORG CREMER
Alles schrecklich ungerecht?
Herder, Freiburg 2025.
256 Seiten, 22 €

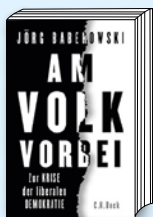


Brodkorb liest

Sachbuchtipps von Mathias Brodkorb

STÖRENFRIED

Der Historiker Jörg Baberowski hat ein unerhörtes Buch geschrieben. Er geht der Frage nach, ob die Krise der Demokratie vielleicht von ihr selbst verursacht sei und nicht von den „Populisten“. Das wird vor allem jenen nicht gefallen, die mit sich sehr zufrieden sind. Der Autor arbeitet minutiös etwas Selbstverständliches heraus, das aber nur noch wenige überhaupt zur Kenntnis zu nehmen scheinen: Die Möglichkeit der Krise gehört zur repräsentativen Demokratie wie die Gefahr eines Unfalls zum Autofahren. Es ist ihr Gründungsmythos, das Volk von der politischen Herrschaft fernzuhalten. Und das stößt beim Souverän nicht immer auf Begeisterung. Das Buch ist begrifflich nicht immer stringent. Baberowski kann sich zum Beispiel nicht entscheiden, ob wir in einer „echten“ Demokratie leben oder nicht, ob Politik den Feindbegriff nötig hat oder ob er schädlich für sie ist. Aber das Buch legt mit einer Furchtlosigkeit den Finger in die aktuellen Wunden demokratischer Herrschaft, die Respekt abnötigt.



JÖRG BABEROWSKI
Am Volk vorbei: Zur Krise der liberalen Demokratie
C.H.Beck, München 2026. 208 Seiten, 25 €

HUMOR STATT HASS

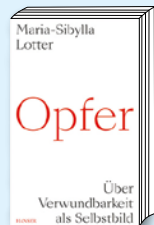
Gegründet wurde die Satire-Nachrichtenplattform der-postillon.com schon 2008. Seit einem halben Jahr gibt es den „Postillon“ nun auch als monatliches Magazin auf bedrucktem Papier. In diesem Frühjahr war er sogar auf der Leipziger Buchmesse mit einem eigenen Stand vertreten. Und der Rubel scheint zu rollen. Anfangs hatten die Macher auf 3000 Abonnenten gehofft, inzwischen sind es schon dreimal so viele. Und die bekommen etwas für ihr Geld: Der „Postillon“ – Untertitel: „Ehrliche Nachrichten“ – kämpft nicht mit Hass und Hetze gegen Hass und Hetze, sondern bearbeitet mit Humor den täglichen Irrsinn der Welt. Eine der Geschichten in der Aprilausgabe 2026 zum Beispiel trägt die Überschrift: „Die fallen auf jeden KI-Müll rein“ – Jugendliche fordern Social-Media-Verbot für Menschen über 40“. Vor allem für überdrehte Weltverbesserer und Anhänger des Opferkults könnte die regelmäßige Lektüre des „Postillon“ ein wirkungsvolles Heilmittel sein. Wer über sich selbst lacht, kann sich schließlich nicht für den moralischen Mittelpunkt der Welt halten.



DER POSTILLON
Überregionale Zeitung für Politik, Wirtschaft, Kultur und Gulasch
Steckenpferd Enterprises, Fürth, <https://shopillon.de>, 4,99 € pro Ausgabe

OPFERKULT

Der Einstieg ist etwas zäh. Auf den ersten rund 100 Seiten ihres Buches beschreibt die Philosophin Maria-Sibylla Lotter, wie Diskurse aus der Psychotherapie in die Gesellschaft einsickerten und damit ein regelrechter Opferkult errichtet wurde. Früher verehrte man Helden, heute wird Opfern gehuldigt. Aber nach diesem langen Einstieg legt die Autorin erst richtig los. Lotter zeichnet anhand der Holocaust-Erinnerungskultur ein Psychogramm Deutschlands. Das Opfer wird jesugleich sakralisiert und verschwindet dadurch zugleich als eigenmächtiges Subjekt aus der Weltgeschichte: „So wird die politische Rolle des ‚Verbündeten‘ zur Bühne der Selbstinszenierung – auf Kosten der tatsächlich Betroffenen“. Maria-Sibylla Lotter macht auf die Konsequenzen aufmerksam: Wenn man sich den Menschen grundsätzlich als „totales Opfer“ vorstellt, müssen alle lebenslang einer Psychotherapie unterworfen und die



Welt in eine Anstalt verwandelt werden. Der Preis dafür ist der Verlust persönlicher Freiheit und Eigenverantwortung. Herzlich willkommen in unserer neuen Wirklichkeit!

MARIA-SIBYLLA LOTTER
Opfer: Über Verwundbarkeit als Selbstbild
Hanser, München 2026. 288 Seiten, 25 €

Für überdrehte Weltverbesserer und Anhänger des Opferkults könnte die Lektüre des „Postillon“ ein Heilmittel sein

CARSTEN BROSDA LIEST ...

Das politische Buch

CARSTEN BROSDA
ist Hamburger Senator
für Kultur und Medien.



Der Tod von Jürgen Habermas hat ein enormes Echo ausgelöst. Sein Werk beschreibt die Idee einer vernunftgeprägten Gesellschaft, die aktuell unter Druck steht. Der Philosoph hatte angesichts einer zunehmend unvernünftigen Welt zuletzt selbst Sorge, dass die Prämissen seiner Überlegungen erschüttert sein könnten. Denn wenn kommunikative Verständigung nicht mehr möglich scheint, dann ist auch die darauf basierende Demokratie in Gefahr.

Dass Verständigung prekär ist, hat Habermas schon in seinem ersten großen Werk „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ reflektiert. Noch präziser entfaltete er den Gedanken in der „Theorie des kommunikativen Handelns“ von 1981. Sie ist immer noch aktuell, gerade weil sich ihre normativen Annahmen nicht einfach empirisch beiseitewischen lassen. Habermas gründet das gesellschaftliche Miteinander auf die Fähigkeit, vernünftig miteinander zu sprechen. Allem Sprechen wohne ein „Telos der Verständigung“ inne. Im Gespräch werden nicht nur Informationen ausgetauscht, sondern soziale Beziehungen aufgebaut. Nicht jedes Gespräch ist vernünftig, aber indem wir miteinander sprechen, unterstellen wir Verständigungswillen – unabhängig davon, ob das stimmt. Erst diese kontrafaktische Unterstellung gibt Kommunikation Sinn. Warum sonst sollte man sich mühen, die eigene Position zu begründen?

Habermas beschreibt eine Gesellschaft, die von dem geprägt wird, was die Menschen öffentlich diskursiv vereinbaren. In ihr kann keine Tradition mehr den Ton angeben, sobald sie infrage gestellt wird. In ihr ist kein Ausschluss zu rechtfertigen, weil alle Menschen denken, sprechen und vernünftig handeln können.

Er schränkt ein, dass diese diskursive Koordinierung nicht überall prägend sei. Macht und Geld treten als Steuerungsmechanismen neben die Sprache, weil sie schneller und effektiver sein können. Zugleich aber drohen sie wie Kolonialherren in die Kultur der Verständigung einzudringen. Der Konflikt verläuft deshalb immer weniger zwischen sozialen Gruppen, sondern zwischen diesen beiden Logiken: Bestimmen Macht oder Geld funktional, was getan werden kann? Oder bedarf es besserer Argumente, um den Weg vorzugeben? Und wo soll was gelten? Diese Fragen müssen wir beantworten.

Wahrheiten gelten nur, so Habermas, wenn ihre Begründungen allseits akzeptiert werden. Dahinter verbergen sich keine „Wahrheitsrelativierungen“, wie Wolfram Weimer in seinem „Konservativen Manifest“ mutmaßt. Vielmehr zeigt Habermas, wie eine singularisierte Gesellschaft ohne traditionale und fundamentalistische Setzungen zu gemeinsamen Auffassungen gelangen kann. Eben weil die Vernunft „in der Vielheit ihrer Stimmen“ liegt, darf sie nicht beliebig werden.

Aufklärung wird so zur Alltagspraxis, zu der wir uns immer neu entscheiden müssen. Denn nur wenn wir miteinander reden und uns als Gesprächspartner anerkennen, kann der „eigentümlich zwanglose Zwang des besseren Arguments“ wirken. Wenn das Gespräch in Schweigen oder Geschrei endet, gewinnen Macht und Geld endgültig. Deshalb brauchen wir Foren und Formate, in denen kommunikatives Handeln möglich bleibt. Dass das nicht die wesentlich durch Macht und Geld gesteuerten sozialen Medien sind, liegt auf der Hand.

Von Habermas können wir lernen, dass erst Verständigung das Zusammenleben in Freiheit, Vielfalt und Frieden ermöglicht. Wenn wir diese Lektion vergessen, wird es sehr schwer. Daher lohnt es, das wegweisende Werk wieder zur Hand zu nehmen.



JÜRGEN HABERMAS
Theorie des kommunikativen
Handelns
Suhrkamp, Frankfurt 2022.
1216 Seiten, 38 €



STEFAN AUS DEM SIEPEN IST ...



Der Flaneur

**Diesmal:
Das Glück,
angekommen
zu sein**

Eine Szene in Paris. Ein Mann nimmt am Tisch eines Straßencafés Platz, macht es sich im Stuhl bequem, schaut behaglich um sich, blinzelt in die Nachmittagssonne. Als der Kellner kommt, sagt er lächelnd: „Wie immer, bitte!“

In diesen drei Worten liegt eine ganze Philosophie beschlossen. Der Gast ist an einem bevorzugten Ort, in einer geliebten Lebenslage angekommen, und nun soll alles nur „wie

immer“ sein. Das Behagen an der schönen Wiederholung. Der Zustand des kleinen, doch erreichten Glücks. Nichts ist verbesserbar – vorausgesetzt, dass alles so bleibt, wie es ist.

Etwas später, während der Gast seinen Café Crème trinkt, fragt der Kellner im Vorbeigehen: „Ist alles recht?“ Die Frage ist unnötig; denn da alles wie immer ist, ist auch alles recht. Vermutlich meint der Kellner es auch gar nicht als Frage, sondern als Feststellung: „Ich sehe: Alles ist recht.“ Dem Gast wiederum ist es recht, dass der Kellner die Scheinfrage stellt, denn sie beglaubigt den idealen Zustand. Sie gehört dazu, leistet ihrerseits einen Beitrag, dass „alles recht“ ist. Er nickt dem Kellner zu, nicht weil er eine Antwort für nötig hält, sondern weil das Nicken dazugehört.

Auch Goethes Faust sehnte sich danach, in einem Zustand des Glücks und der Gestilltheit anzukommen. „Werd ich zum Augenblicke sagen: Verweile doch! du bist so schön! ...“ Sonderbar: Aus irgendeinem Grund glaubte Faust, er könne dieses Ziel nur erreichen, wenn er die Dienste des Teufels in Anspruch nehme; und als Gegenleistung verwettete er auch noch gleich seine Seele. Das zeigt, wie überspannt und hysterisch es mitunter in deutschen Dichtungen zugehen kann. Ein schlichter Gang ins Lieblingscafé hätte genügt!

Wo hat der Mensch der Gegenwart am ehesten das Gefühl, „angekommen zu sein“? Es muss leider ausgesprochen werden: in seinem Auto. Nirgendwo empfindet er stärker, dass sein Dasein sich erfüllt, dass er „ganz bei sich selbst“ ist. Geborgen in einem schützenden Mantel aus Blech, eingehüllt in den Duft des Leders oder Plastiks, umdudelt von Musik und sonstigen Zerstreuungen, gleitet er wunschlos und unangefochten dahin. Der ideale Ort – ausgestattet mit Multifunktionslenkrad und elektronischer Einparkhilfe. Der Mensch scheint sich zwar fortzubewegen und einem Ziel zuzustreben, doch in Wahrheit ist er schon angekommen – im Auto. Den erfüllten Stillstand gibt es nur in der ständigen Bewegung.

In der Kultur der Mayas in Südamerika spielte das Rad keine Rolle. Zwar ist historisch erwiesen, dass sie es kannten – doch sie machten keinen Gebrauch davon. Ein bis heute ungelöstes Rätsel. Archäologische Funde zeigen, dass die Mayas Spielzeuge für ihre Kinder herstellten, Hunde oder Jaguare, die auf Achsen mit Scheiben liefen; doch dabei blieb es. Es kam ihnen nicht in den Sinn, sich als erwachsene Menschen mit solchen Rollen fortzubewegen. Vielleicht haben wir es mit einem frühen, weitsichtigen Aufstand gegen die Mobilität zu tun. Auch ohne Rad ging es den Mayas nicht ganz schlecht – und sie ahnten, was kommen würde. Sie suchten das Glück nicht in Beweglichkeit, Geschäftigkeit, Innovation, Revolutionierung, Disruption – sondern im Angekommensein ohne Achsen und Scheiben.

Ist der Kolumnist etwa ein Gegner der Moderne?! Aber nein. Dafür ist er viel zu realistisch. Es gelingt ihm sogar, dem Rad etwas abzugewinnen, jedenfalls sieht er ein, dass es hin und wieder nützlich sein kann. In diesem Punkt ist er sich mit dem französischen Komiker Pierre Dac einig: „Wenn das Rad nicht erfunden worden wäre, müssten die Fahrer der Tour de France ihre Rennräder immer auf dem Rücken tragen.“

STEFAN AUS DEM SIEPEN war Diplomat und ist Schriftsteller. Zuletzt erschien von ihm beim zu Klampen Verlag „Wie man schlecht schreibt: Die Kunst des stilistischen Missgriffs“.



Foto: Daniel Reilwich



Eine letzte Komposition: fetzig, fröhlich, was mit Beat

Levi.sct

Levi.sct
Der Pianist Levi Schechtmann, geboren 1999, mixt Klassik mit Hip-Hop und hat als Levi.sct zwei Millionen Follower. 2025 erschien das Album „Classified Fusion“. 2026 spielt er Konzerte in europäischen Großstädten.

In meinen letzten 24 Stunden ist das Wichtigste für mich, mit meiner Familie und meinen Freunden zusammen zu sein, zu beten und Musik zu machen. Man kann mit Musik sehr viel sagen, es ist die tollste Sprache, die es gibt.

Ich bin gläubig und starte schon mit einem Gebet in den Tag. Dann macht meine Frau das beste Frühstück, das es gibt: Pancakes mit Beeren und russischer Kondensmilch – und Kaffee ist ganz wichtig. Wir treffen meine Eltern, meine Schwester, meinen Bruder, die Familie meiner Frau. Zusammensitzen, den Moment genießen, alles andere ist heute nicht relevant. Den anderen sage ich nicht, dass es mein letzter Tag ist. Das würde zu viel Fokus auf mich lenken. Ich möchte auch niemanden traurig sehen.

Es ist ein Samstag, weil wir an diesem Tag immer die Gemeinde besuchen, und ich so alle noch mal sehe. Die Leute sind für mich wie eine Familie. Meine Eltern kommen aus der Ukraine, mein Vater war Pastor. Wir haben in unserer kleinen Gemeinde ein großes Repertoire an russischsprachigen Liedern, mit denen ich meine Kindheit verbinde. Heute singen wir viele Lobgesänge. Ich spiele wie immer den Flügel und haue auf jeden Fall auch noch eine eigene Komposition raus. Das muss fetzig sein, ein wirklich fröhlicher Abschluss, was mit Beat.

Weil es ein warmer Sommertag ist und mich nichts mehr beruhigt als die Natur, ziehen wir irgendwann um in den Hamburger Park Planten un Blumen. Den Flügel nehmen wir mit. Wir musizieren und singen bis zum Sonnenuntergang. Es spielen nicht alle ein Instrument, aber alle singen mit. Die Leute bleiben stehen und hören zu. Es ist wie ein Konzert. Zwischendurch essen wir ein ukrainisches Gericht, das ich sehr liebe: mit Fleisch gefüllte, frittierte Teigtaschen.

Wir sind jetzt an einem Punkt angekommen, an dem die anderen stillschweigend doch wissen, dass es mein letzter Tag ist. Ohne einen Grund würden wir das ja nicht alles so aufziehen. Bei Einbruch der Dunkelheit möchte ich noch mal ein Feuerwerk genießen. Ich habe einen Service beauftragt, der alles organisiert hat.

Es wäre ein würdiger Abschluss, jetzt einfach mit meiner Frau nach Hause und schlafen zu gehen. Aber die Frage ist, ob ich zur Ruhe käme. Ich entscheide mich durchzumachen. Wir laufen durch die Stadt, besuchen Orte mit Erinnerungen, setzen uns hin, lachen und weinen.

Frühmorgens möchte ich meine Eltern noch mal sehen und mit ihnen beten. Dann gehen meine Frau und ich doch heim, legen uns erschöpft ins Bett, umarmen uns fest, und ich schließe die Augen. Ich bin überzeugt, dass der Tod nur ein Übergang ist und das Leben weitergeht. Dass ich auferweckt werde und Jesus mich in Empfang nimmt. Wie das ewige Leben genau sein wird, weiß ich nicht – nur, dass es unglaublich schön ist. Darauf freue ich mich.

Für die Trauerfeier möchte ich nichts vorschreiben. Wichtig ist mir nur ein klassischer Gottesdienst. Und ich habe ein Lieblingsstück, das 2. Klavierkonzert von Rachmaninow. Ich würde mich freuen, wenn das gespielt wird. Es ist das Stück, das mich für die klassische Musik begeistert hat. Es hat auch einen sehr coolen, sehr triumphalen und nicht so traurigen Abschluss.

Aufgezeichnet von
NADINE EMMERICH

Bodenlos

Es ist zum Aus-der-Haut-Fahren! Während die weltweiten Schuldenberge explodieren, das Ökosystem unter den Füßen wegbricht und allerorten Kriegsschreier aufheulen, macht Tech-Titan Mark Zuckerberg seine virtuelle Zweitwelt dicht. Die Virtual-Reality-Software Horizon Worlds soll aufgrund zu hoher Verluste eingestellt werden. Der Zeitpunkt könnte nicht schlechter gewählt sein. Denn via Horizon Worlds fanden Hunderttausende Meta-Fans für ein paar Jahre Zuflucht vor ihrer grausamen Wirklichkeit. Nun soll ihre Ersatzwelt am 15. Juni vom Netz gehen. Das Metaversum, die kollektive Dissoziation einer ganzen Generation, wird dann in einer Art künstlichem Big Freeze für immer im Cyberspace verlöschen. Für dieses unverhoffte Ende aller virtuellen Tage, nach dem es an den digitalen Endgeräten wohl ziemlich kalt und schwarz werden wird, braucht es weder dunkle Energie noch komplizierte Gravitationsgesetze. Es reicht ein großer Wille sowie operative Verluste, die sich beim Mutterkonzern Meta zuletzt auf mehrere Milliarden Dollar aufsummiert haben.

Nur noch wenige Tage also, und wir werden auf dem harten Boden der Realität aufprallen – ungebremst und ohne Airbag. Dabei hatte ein alter Cree-Häuptling doch einmal geweissagt, dass, wenn dereinst die letzten Features freigeschaltet und die letzten VR-Brillen verkauft sein würden, wir wieder merken werden, dass Coins und Token essbar sind. Doch ach! Der Glaube an ein besseres Morgen im virtuellen 3D-Raum war wohl vergeblich! Und das, obwohl

Zuckerbergs Horizon Worlds lange Zeit wie gemacht war für eine User-Generation, die sich neben ihrer Illusion von der fiktiven Wirklichkeit auch ihren Glauben an schuldengeneriertes Wachstum oder an Wohlstand ohne Arbeit aufrechterhalten wollte.

Für einen Moment war es, als hätte man im Metaversum tatsächlich den Stein der Weisen und die Quadratur des Kreises entdecken können. Und ausgerechnet jetzt also, wo im Arabischen Golf der Benzinpreis explodiert und der europäischen Wirtschaft der Saft ausgeht, ausgerechnet jetzt schließt das digitale Wolkenkuckucksheim auf immer die Pforten. Wie der blöde Trickfilmkater, der bei der Jagd nach der Maus zu weit über die Abbruchkante hinausgelaufen ist, stürzen Avatare in die Tiefe. Und in der Chatbox flackert eine letzte Frage: Sollte es sie denn wirklich geben, die erbarmungslose Wirklichkeit hinter all unseren Illusionen?



**RALF
HANSELLE**
Stellvertretender
Chefredakteur

DIE NÄCHSTE CICERO-AUSGABE ERSCHEINT AM 29. MAI.

»USAGI SILBER«

EINE EDITION VON LEIKO IKEMURA

LEIKO IKEMURA, in Japan geboren, gehört zu den einflussreichsten Künstlerinnen der Gegenwart. Und ihre „Usagi“-Figur ist ikonisch geworden. Die erste Version dieses Mischwesens zwischen Mädchen und Hase entstand als Reaktion auf die Atomkatastrophe in Fukushima – eine Trostspenderin, die buddhistische und christliche Motive verknüpft. Varianten der „Usagi“ entstanden in Keramik, Bronze oder Wachs und wurden weltweit in Museen und im öffentlichen Raum ausgestellt.

Jetzt hat Ikemura eine kleine Version der Skulptur in Silber geschaffen – exklusiv als Edition für das Kunstmagazin Monopol.



LEIKO IKEMURA „Usagi Silber“, 2025

Die Skulptur ist 17 Zentimeter hoch und besteht aus Reinsilber. Sie erscheint in einer Auflage von 20 Exemplaren (plus zwei AP) und kostet 22.000 Euro plus Mehrwertsteuer zuzüglich Versand.

Ein Teil des Erlöses soll der Organisation Ärzte ohne Grenzen zukommen.

Das Unternehmen Degussa Goldhandel unterstützt die Edition als Silberpartner.

Bestellen unter EDITIONEN@MONOPOL-MAGAZIN.DE
www.monopol-magazin.de/editions





PATEK PHILIPPE
GENEVE

BEGINNEN SIE IHRE
EIGENE TRADITION



DIE CUBITUS KOLLEKTION

EINE PATEK PHILIPPE GEHÖRT EINEM NIE GANZ ALLEIN.
MAN ERFREUT SICH EIN LEBEN LANG AN IHR, ABER EIGENTLICH
BEWAHRT MAN SIE SCHON FÜR DIE NÄCHSTE GENERATION.

PATEK PHILIPPE BOUTIQUEN · BERLIN Friedrichstraße | DÜSSELDORF Königsallee | FRANKFURT Goethestraße
HAMBURG Neuer Wall | KEITUM/SYLt Am Tipkenhoog | MÜNCHEN Residenzstraße

AUTORISIERTE PATEK PHILIPPE FACHHÄNDLER · AUGSBURG Hörli | BERLIN Wempe | DORTMUND Rüschenbeck | DÜSSELDORF Blome
FRANKFURT Wempe | HAMBURG Mahlberg | KITZBÜHEL (AT) Rüschenbeck | KÖLN Gadebusch · Wempe | MÜLHEIM AN DER RUHR Laerbusch
MÜNCHEN Wempe | MÜNSTER Oeding-Erdel | OBERSTAUFEN Höllfelder | STUTTGART Kutter 1825 | ULM Scheuble | WIESBADEN Oberleitner

DIE VOLLSTÄNDIGE LISTE DER AUTORISIERTEN PATEK PHILIPPE FACHHÄNDLER FINDEN SIE UNTER PATEK.COM